



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



4

18

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein turbulentes Jahr geht zu Ende. Ein Jahr, das die Welt mit internationalen Krisen (wie im Nahen Osten, in Korea, in der Ukraine), demokratischen Entscheidungen (Landtagswahlen in Bayern und Hessen) und vielen Jubiläen (100 Jahre politische Bildung, 100 Jahre Freistaat Bayern, 100 Jahre Frauenwahlrecht) in Atem gehalten hat – Themen, die auch in unserer Zeitschrift in Artikeln zum „Spartakusaufstand“ oder über „Revolutionäre Münchnerinnen“ aufgegriffen werden.

Auch für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit selbst neigt sich ein ereignisreiches Jahr dem Ende zu. Am 1. Januar 2019 geht sie als teilrechtsfähige Anstalt Öffentlichen Rechts mit deutlicher Strukturänderung und dem neuen Direktor Rupert Grübl an den Start und wird sich in Zukunft verstärkt Aufgaben im digitalen Raum zuwenden.

Einsichten&Perspektiven trägt dieser Entwicklung schon jetzt Rechnung und beleuchtet in dieser Ausgabe das Thema „Digitalisierung“ von verschiedenen Seiten – so wird u.a. die Frage diskutiert, ob das Internet eine Gefahr für die Demokratie darstellt oder eine echte Chance für demokratische Entwicklungen bietet. Außerdem können Sie lernen, wie man Fake News entlarvt und wie Lehrkräfte bessere Medienkompetenz im Unterricht vermitteln können.

Begeben Sie sich auf eine historisch-biographische Spurensuche und finden Sie heraus, wen wir in unserem Rätsel „Wer war’s?“ suchen. Es gibt ein Exemplar des neu in unserem Sortiment aufgenommenen Buches „Heimat“ von Nora Krug zu gewinnen.

Wir wünschen eine interessante und im besten Fall auch unterhaltsame Lektüre!

Die Redaktion

Leserbriefe richten Sie bitte an folgende E-Mail-Adresse: landeszentrale@stmuk.bayern.de, Stichwort: Einsichten und Perspektiven. Hier können Sie auch ein kostenloses Abonnement der Zeitschrift beziehen.

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Frank Fischer ist Professor für empirische Pädagogik und pädagogische Psychologie an der LMU in München.

Dirk von Gehlen ist Autor und Journalist bei der Süddeutschen Zeitung. Sein Text basiert auf Blog-Einträgen aus seinem Blog digitale-notizen.de und auf Ideen aus seinem Buch „Das Pragmatismus-Prinzip“, das gerade bei Piper erschienen ist.

Carola Hirner ist Gymnasiallehrerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für empirische Pädagogik und pädagogische Psychologie an der LMU und leitet das Kompetenznetzwerk Medienbildung und Digitalisierung.

Prof. Dr. Stephan Russ-Mohl ist emeritierter Professor für Journalistik und Medienmanagement an der Università della Svizzera italiana Lugano sowie Mitbegründer des European Journalism Observatory (www.ejo-online.eu) und hat vor kurzem das Buch „Die informierte Gesellschaft und ihre Feinde“ vorgelegt.

Dr. Michael Sailer lehrt und forscht am Lehrstuhl für empirische Pädagogik und pädagogische Psychologie an der Münchner LMU.

Dr. Bernhard Sauer ist Historiker und hat mit einer Arbeit über die „Schwarze Reichswehr“ promoviert.

Prof. Dr. Rainer F. Schmidt ist Professor für Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte an der Universität Würzburg.

Florian Schultz-Pernice ist Gymnasiallehrer und abgeordnete Lehrkraft am Lehrstuhl für empirische Pädagogik und pädagogische Psychologie an der LMU. **Adelheid Schmidt-Thomé** studierte an der LMU München Geschichte und Germanistik und arbeitet als freie Autorin und Lektorin.

Univ.-Prof. Dr. Rolf Steininger war von 1984 bis zu seiner Emeritierung 2010 Leiter des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, www.rolfsteininger.at.

Ursula Trischler arbeitet als Journalistin und ist Mitbegründerin der digitalen Fact-Checking-Agentur „wafana“.

Inhalt



Dr. Harald Parigger geht in den Ruhestand 4

**Warum die Digitalisierung die Demokratie gefährdet –
und was wir tun sollten, um das zu verhindern** 5

von Stephan Russ-Mohl



Eine Lobbyorganisation für die Demokratie 16

Ein anderer Blick aufs Internet kann helfen, unserer Vorstellung von
einer offenen Gesellschaft zu schärfen

von Dirk von Gehlen

Vorschau auf das Programm der Landeszentrale 2019 21

Auf dem Prüfstand 22

Kernkompetenzen von Lehrkräften für das Unterrichten in einer digitalen Welt
von Carola Hirner, Michael Sailer, Florian Schultz-Pernice und Frank Fischer



Ist die Meldung echt? Praktische Tipps für den digitalen Fakten-Check 28

von Ursula Trischler

Der Koreakrieg 36

25. Juni 1950 bis 27. Juli 1953

von Rolf Steininger



Wer war es? 48

Ein historisch-biographisches Rätsel

von Rainer F. Schmidt



Revolutionäre Münchnerinnen: die Rolle der Frauen 1918/19 50

von Adelheid Schmidt-Thomé

Der „Spartakusaufstand“ – die zweite Phase der proletarischen Revolution? 62

Teil 1: Die Ereignisse bis zum 8. Januar 1919

von Bernhard Sauer

Liebe Freundinnen, Freunde und Kooperationspartner/innen der Landeszentrale,

man könnte fröhlich gestimmt sein: Vom Bundespräsidenten bis zum kleinsten Gemeindeoberhaupt haben es die meisten Politiker/innen verinnerlicht: Diktatur kriegt man geschenkt, Demokratie muss man sich verdienen. Damit man sie sich aber verdienen kann, braucht man eine möglichst gründliche historische und politische Bildung. Deren Träger wiederum benötigen personelle und finanzielle Ressourcen.

Jetzt endlich scheinen viele politisch Verantwortliche von Flensburg bis Mittenwald die Konsequenzen zu ziehen, jetzt endlich gibt es grundlegende Konzepte für Schulen, werden Mittel für Demokratiebildung eingesetzt. Die niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung wurde neu errichtet, in Schleswig-Holstein der Landesbeauftragte für politische Bildung gewählt.

Auch wir in Bayern haben von dem neuen Bewusstsein profitiert, mit einem erheblichen Stellenzuwachs und neuen Arbeitsmöglichkeiten für die Landeszentrale.

Soweit, so erfreulich. Freilich darf man nicht vergessen, dass die Einsicht der Politik ja nicht von ungefähr kommt. Mit der Demokratie ist es nämlich wie mit dem Weltklima: Die bereits angerichteten Schäden sind gravierend.

Europaweit sind wieder Handlungen, Äußerungen, Denkweisen und politische Ansichten salonfähig geworden, die wir, um ein bei jenen, die daran kräftig mitgewirkt haben, beliebtes Bild zu gebrauchen, längst auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet glaubten.

Die Geschichten, die die neuen Vorgestrigen in ganz Europa erzählen, klingen vordergründig so plausibel wie ihre Versprechungen: verlockend. Wenn sie sich als das herausstellen, was sie sind, unwahr, unerfüllbar, katastrophal in den Folgen – dann darf man das vielleicht nicht mehr sagen...

Deshalb müssen wir uns wirklich ranhalten. Dem Zuwachs an Mitteln steht eine gewaltige Menge an Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegenüber – und, so befürchte ich wohl nicht ohne Grund, eine wachsende Zahl von Menschen, die diese Arbeit nach Kräften behindern werden.



Umso wichtiger ist es, dass wir die Grundwerte unseres Staates, die Achtung der Würde und der Gleichberechtigung aller Menschen, die Rechtsstaatlichkeit und die Toleranz, die europäische Sozialstaatlichkeit und Solidarität bereits den Kindern vermitteln, und zwar allen, ganz gleich, aus welchen Schichten oder Kulturkreisen sie kommen.

Das ist eine gewaltige Kärnerarbeit, aber, im Gegensatz zum armen Sisyphos, kommt, wer den Karren nur lang genug zieht, endlich auch ans Ziel.

Ich selbst spanne mich jetzt ordnungs- weil altersgemäß aus dem hauptberuflichen Karren aus und werde künftig nur noch leichtere Fuhrwerke, wenngleich mit gleicher Ladung und gleichem Ziel, übernehmen.

Ihnen allen wünsche ich für Ihre existentiell wichtige Arbeit alles Glück, reichlich öffentliche Mittel, verständnisvolle Politiker/innen und allzeit die Kraft, die es braucht, um den Karren zu ziehen.

Sehr herzlich

Warum die Digitalisierung die Demokratie gefährdet – und was wir tun sollten, um das zu verhindern

von Stephan Russ-Mohl

Serie:
Digitalisierung
zur Diskussion
gestellt

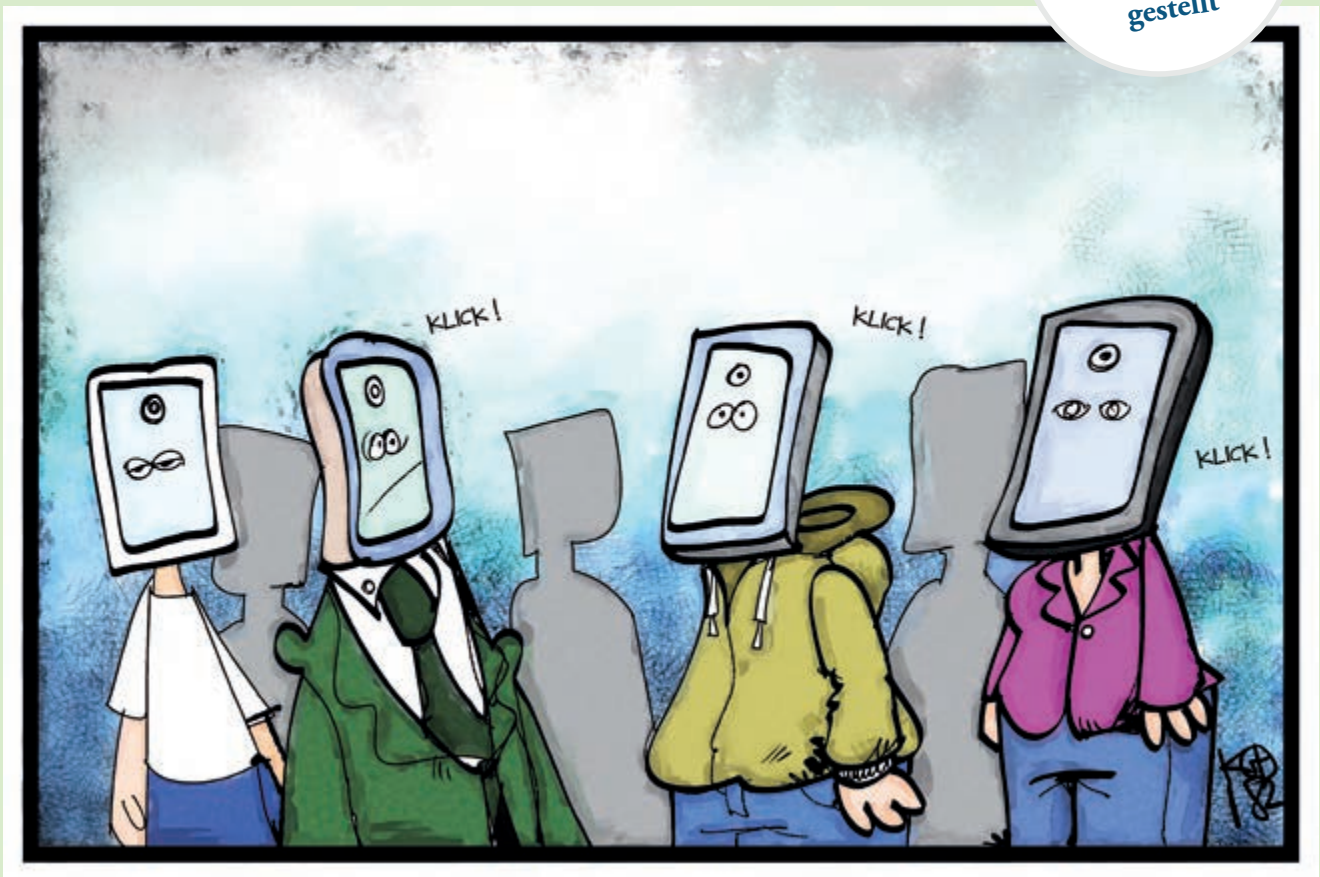


Abbildung: picture alliance/dieKLEINERT.de

Journalistische und wissenschaftliche Aufklärung und Anstrengungen zur Wahrheitsfindung geraten zunehmend unter Druck. Für eine Vielzahl von Akteuren lohnt es sich wirtschaftlich oder machtpolitisch, durch Desinformation, Halbwahrheiten, Verschwörungstheorien und Propaganda Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu erzielen. Damit entsteht ein regelrechter Markt für Falschnachrichten. Mit *Clicks* und *Shares* sorgen wir, die Internet-User, im Zusammenspiel mit den Algorithmen der Suchmaschinen und sozialen Netzwerken dafür, dass sich Legenden und Desinformation in den sozialen Medien weiterverbreiten. Ein Gegensteuern ist bislang nur schwer möglich. Der nachfolgende Beitrag fasst Kernthesen zusammen, die der Autor in seinem jüngsten Buch „Die informierte Gesellschaft und ihre Feinde. Warum die Digitalisierung unsere Demokratie gefährdet“, präsentiert.

Spätestens seit Pegida-Trupps auf der Straße „Lügenpresse“ skandierten, ist der fortschreitende Glaubwürdigkeitsverlust des Journalismus zu einem dominanten Thema geworden. Viele Medienmacher wurden erst durch die schrillen Töne darauf aufmerksam, wie prekär es um die Vertrauenswürdigkeit ihres Metiers bestellt ist. Dabei hätten die Alarmglocken lange zuvor ertönen müssen: In der sogenannten „Langzeitstudie Massenkommunikation“ begannen ARD und ZDF bereits Mitte der 1960er Jahre damit, in Mehrjahresabständen messen zu lassen, wie die Glaubwürdigkeit von Medienberichterstattung wahrgenommen wird.¹

Die Werte, die ermittelt wurden, zeigten schon damals nahezu regelmäßig nach unten (Abb. 1). Im neuen Jahrtausend wurde eine vergleichbare Langzeitstudie nur noch von Gallup² für die USA fortgesetzt – mit ganz ähnlichen Befunden.

Noch beängstigender sind allerdings neuere Statistiken: So hat das Meinungsforschungsinstitut „infratest dimap“³ im Auftrag der Wochenzeitung Die Zeit 2015 eine repräsentative Studie in Deutschland erstellt. Danach gaben 60 Prozent der Befragten an, „wenig“ oder „gar kein“ Ver-

.....
1 Vgl. Klaus Berg/Marie-Luise Kiefer: Massenkommunikation V. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964–1995, Baden-Baden 1997.
2 Vgl. <https://knightfoundation.org/reports/american-views-trust-media-and-democracy> [Stand: 11.2018].
3 Vgl. <https://www.zeit.de/gesellschaft/2015-06/medienkritik-journalismus-vertrauen> [Stand: 11.2018].



Langzeitstudie: Vertrauensverlust im Journalismus seit den 1970er Jahren
Abbildung: Russ-Mohl

trauen in die Medien zu haben. Wie immer bei Repräsentativ-Befragungen, variieren seither die Ergebnisse, je nachdem, wie und wer gefragt wird – aber der langfristige Trend lässt sich auch dann nicht beschönigen, wenn die Medien die ein oder andere Studie hypen, die nach den Pegida-Exzessen und nach Donald Trumps Lügeneskapaden kurzfristig dem Journalismus einen Glaubwürdigkeitszuwachs attestiert.

Der Zungenschlag, der mit dem „Lügenpresse“-Vorwurf einhergeht, ist indes nicht nur Nazi-Jargon, sondern er führt auch rein sachlich in die Irre: Nur wenige Redaktionen und PR-Experten verbreiten absichtlich Falschinformationen. „Lügenpresse“ als Wortwahl ist insoweit selbst verlogen. Wer sie sich zu eigen macht, malt schwarz-weiß, wo Differenzierung angezeigt wäre.

Georg Francks Konzept der „Aufmerksamkeitsökonomie“

Die Medienforschung hat also frühzeitig Daten zur sich anbahnenden Glaubwürdigkeitskrise geliefert. Darüber hinaus haben Wissenschaftler auch das angemessene theoretische Rüstzeug für deren Analyse entwickelt. So publizierte der österreichische Sozialforscher und Ökonom Georg Franck bereits 1998 sein Konzept der „Aufmerksamkeitsökonomie“.⁴ Wenig später folgten die Amerikaner Thomas H. Davenport und John C. Beck mit einer ähnlichen Studie.⁵ Beide Forschungsarbeiten zeichneten nach, wie Institutionen, aber auch Prominente, Politiker und Wirtschaftsführer immer mehr nach öffentlicher Aufmerksamkeit gieren, und wie dieser sich verschärfende Wettbewerb um Aufmerksamkeit den öffentlichen Diskurs verändert.

Franck setzte dem materiellen einen „mentalen“ Kapitalismus entgegen, der „nährliche Züge“ trage.⁶ Er skizzierte einen zweiten Wirtschaftskreislauf: In der Aufmerksamkeitsökonomie werde unter Bedingungen zunehmenden Wohlstands und der Saturierung materieller Bedürfnisse vermehrt Information gegen öffentliche Aufmerksamkeit getauscht. Dieser neue Kreislauf überlagere den bisherigen Austausch von Waren und Dienstleistungen gegen Geld zunehmend, ja er übertreffe diesen an Bedeutung. Es gebe einen Punkt, „von dem an die Aufmerksamkeit dem Geld den Rang des überlegenen wichtigsten Rationierungsmittels ablauft“.⁷

Weil Aufmerksamkeit knapp ist und sich in Geld oder Macht ummünzen lässt, wird von interessierter Seite immer mehr in deren Generierung investiert. Dagegen sind die Publika immer weniger bereit, für Nachrichten und Journalismus zu bezahlen. Somit ist plausibel erklärt, weshalb sich in den USA in den vergangenen drei Jahrzehnten die PR-Apparate nach ihrer Mitarbeiterzahl verdoppelten, zum Teil auch verdreifachten, während sich viele Redaktionen mehr als halbierten. Den Journalisten in Amerika steht inzwischen eine fünf- bis sechsfache Übermacht an PR-Experten gegenüber.

Ganz so krass ist es bei uns noch nicht. Verlässliche Zahlen sind aber schwer zu beschaffen, weil sich jeder-

mann und jede Frau „Journalist“ nennen darf. Viele Journalisten sind auch auf ein Zubrot in der PR-Branche angewiesen, somit also in beiden Welten beruflich unterwegs und statistisch nicht eindeutig zu erfassen.

Zur bereits skizzierten Dynamik der Aufmerksamkeitsökonomie gehört als Gegenbewegung somit ein Abwärtsstrudel, in welchen der Journalismus von drei Seiten hingeriet. Er droht im Bermuda-Dreieck zu verschwinden:

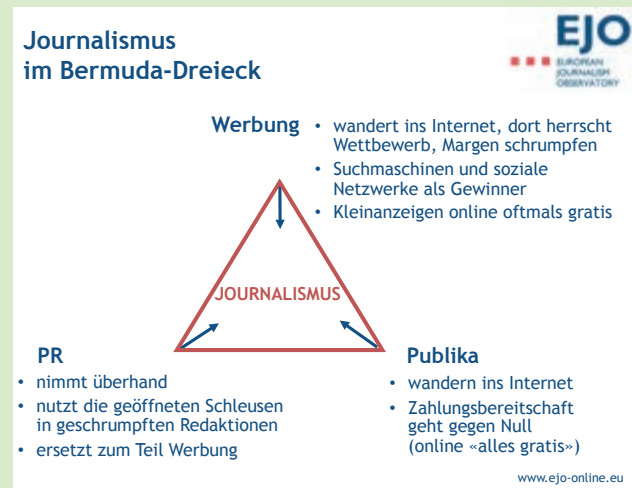


Abbildung: EJO

- Die User erwarten online alles gratis. Dass es beim Publikum immer weniger Zahlungsbereitschaft gibt, hat auch mit fehlendem Qualitätsbewusstsein in Bezug auf den Journalismus zu tun. Gerade weil die meisten Menschen nicht auf die Hinterbühne des Medienbetriebs blicken können, erfolgt Wettbewerb weniger über die Produktqualität als über den Preis. Die Zahlungsbereitschaft sinkt damit einhergehend weiter – und das wiederum erschwert es den Anbietern hochwertiger Qualität, sich am Markt zu behaupten. Durchbrechen lässt sich dieser *Circulus vitiosus* nur zäh. Am ehesten könnte dies gelingen, wenn qualitätsbewusste Redaktionen den journalistischen Mehrwert, den sie erzeugen, auch entsprechend kommunizieren, zum Beispiel durch solide Berichterstattung über Medien und Journalismus. Genau das geschieht allerdings kaum.
- Die werbetreibende Wirtschaft setzt zunehmend auf zielgruppengerechte, besonders wirksame Werbung in Suchmaschinen und sozialen Netzwerken. Viele Unternehmen nehmen lieber das Heft selbst in die Hand und kontrollieren hundertprozentig die Kommunikation mit ihren „Stakeholders“, entweder mit eigenen Medien (*Owned Media*) oder mit *Native Advertising*, also mit bezahlter Werbung, die im Gewande von Journalismus daherkommt - statt auf traditionelle Weise mit ihren

4 Vgl. Georg Franck: *Ökonomie der Aufmerksamkeit*. Ein Entwurf, München/Wien 1998; Georg Franck: *Mentaler Kapitalismus*, München/Wien 2005.

5 Vgl. dazu Thomas H. Davenport/John C. Beck: *Getting the attention you need*, in: *Harvard Business Review* (September – Oktober 2000), Harvard 2000, S. 118 ff.

6 Vgl. ebd., S. 143 und 157.

7 Ebd. S. 50 f.

Werbudgets Medienunternehmen zu alimentieren und damit unabhängigen und unkontrollierbaren Journalismus zu nähren (*Paid Media*).

- Unter diesen veränderten Bedingungen nimmt schließlich die Abfütterung des verbleibenden Journalismus mit Hilfe von Medienmitteilungen weiter überhand. Es kommt zum fatalen Zusammenspiel zwischen Journalisten, PR-Experten und Medienmanagern. Die Journalisten geraten in schrumpfenden Redaktionen zunehmend unter Produktionsdruck und Stress. Sie werden mit Medienmitteilungen eingedeckt und haben kaum noch Zeit für Überprüfungs- oder Ergänzungsforschungen. Diese Gratiszulieferungen von PR-Experten verleiten in den Redaktionen dazu, sich die Arbeit zu erleichtern. Mit der wachsenden personellen Übermacht und der rapiden Professionalisierung der PR-Branche geht einher, dass sich Copy/Paste-„Journalismus“ rapide ausbreitet. Medienmanager wiederum registrieren die Gratiszulieferungen der PR-Branche und wittern weiteres Einsparpotential in den Redaktionen.



Abbildung: EJO

Parallel kommen *Corporate Publishing*, *Content Marketing* und *Native Advertising* so sehr in Mode, dass die Grenzen zwischen PR, Werbung und Journalismus immer mehr verwischen, so der Medienforscher Lutz Frühbrodt.⁸ Auch auf diese Weise wird die Glaubwürdigkeit des einstmals auf redaktionelle Unabhängigkeit getrimmten Journalismus unterminiert. In besseren Zeiten war er durch eine „chinesische Mauer“ von den Anzeigenabteilungen getrennt.

8 Vgl. Lutz Frühbrodt: *Content Marketing*, hg. v. Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt 2016, vgl. <https://www.otto-brenner-shop.de/publikationen/obs-arbeitshefte/shop/content-marketing-ah86.html>. [Stand: 06.2017].

Auf dem Weg in die Desinformationsökonomie

Lange Zeit verstellte Schwarz-weiß-Malerei den Blick, um zu erfassen, was über Jahrzehnte hinweg schiefgelaufen ist. „Desinformation“, so spitzte etwa Wolf Schneider 1984 zu, „wird von einem Kartell aus Politikern, Funktionären, Öffentlichkeitsarbeitern und Pressesprechern betrieben: Sie tun alle das ihnen Mögliche, die Presse in ihren Dienst zu nehmen und sie nur insoweit mit der Wahrheit zu bedienen, als sie dem jeweiligen Mitglied des Kartells nicht schädlich ist“.⁹ Viele Journalisten, aber auch Journalismusforscher, gaben den PR-Leuten, die für Partialinteressen arbeiten, die Alleinschuld an Fehlentwicklungen.

Weiter geholfen hätte indes schon damals die Einsicht, dass es auf beiden Seiten schwarze Schafe gab und gibt. Selbst Wolf Schneider machte - inzwischen altersweise - deutlich, dass nicht nur die PR-Seite für die Misere verantwortlich ist: Der Spiegel, Die Zeit, der Stern – sie alle würden gern „in Rudeln dieselben Themen hochblasen, Schweinegrippe, Rinderwahn, Vogelgrippe und all die anderen Seuchen der Woche, die sich ein paar Monate später wieder in Luft aufgelöst haben“.¹⁰

Herdentrieb und Tunnelblick von Journalisten hat es immer gegeben, spricht: Man hat sich nicht zuletzt an der Berichterstattung der Wettbewerber orientiert und insbesondere von den Cheerleaders der Branche gerne abgekupfert. Seit in Zeiten der Digitalisierung Redaktionen kaputtgespart werden, wurde das allerdings zur Überlebensregel.

Kostenträchtige investigative Recherchen lohnen sich für die meisten Redaktionen nicht mehr. Rechercheaufwand lässt sich nicht mehr monetarisieren - wegen des Trittbrettfahrer-Effekts, der mit dem 24/7-Nachrichtenzyklus einhergeht: Die Konkurrenz kann auf publizierte „Exklusivmeldungen“ online innerhalb von Minuten zugreifen und sie ebenfalls verwerten, ohne sich an den Recherchekosten zu beteiligen und oftmals sogar, ohne die Quelle zu nennen.

Damit ist indes noch nicht erklärt, weshalb die Aufmerksamkeitsökonomie in eine Desinformationsökonomie umkippt. Es muss sich für eine Vielzahl von Akteuren wirtschaftlich oder machtpolitisch lohnen, Aufmerksamkeit durch Falschnachrichten, Halbwahrheiten und Propaganda zu erzielen – und das mitunter so massiv, dass honorige Aufklärungs- und Wahrheitsfindungsversuche von Journalisten und Wissenschaftlern ins Hintertreffen geraten.

9 Wolf Schneider (Hg.): *Unsere tägliche Desinformation*. Hamburg 1984, S. 9.

10 Cordt Schnibben: Knast, wenn du lügst!, in: *Der Spiegel* 10/2015, vgl. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-132040387.html> [Stand: 06.2017].

Ob es um *Chemtrails*, Impfungen oder die Klimakatastrophe geht, ob der Brexit, die Krim-Besetzung, der IS-Terror, die jüngsten Wahlkämpfe in den USA, Deutschland und anderswo oder das philanthropische Engagement von George Soros angesagt sind – zu all diesen Themen zirkulieren im Internet zählebig und massenhaft Falschnachrichten, die keiner gründlichen Überprüfung standhalten. Weil der Schleusenwärter-Einfluss traditioneller Redaktionen schwindet, entsteht ein regelrechter Markt für *Fake News*: Websites sehen wie „echte“ journalistisch gemachte Newssites aus, spezialisieren sich aber darauf, das Netz mit Fälschungen zu füttern – zum Nutzen ihrer Auftraggeber oder zum Schaden von deren Gegnern und Wettbewerbern. Die besonders smarten Produzenten von *Fake News* jubeln diese ihrem Publikum regelrecht unter: Sie vermischen „echte“ Nachrichten mit Falschmeldungen und Propaganda - seien das nun *RT* (vormals *Russia Today*), *AJ+* oder Anbieter wie *Hot Global News*, *Infowars*, *Associated Media Coverage*, *Huzlers*, *World News Daily Report* oder *abcnews.com.co*. Auch Journalisten, die sich redlich um Akkuratessie bemühen, gehen gelegentlich solchen Offerten auf den Leim.

Hinzu kommen schwarze Schafe in den eigenen Reihen: Fälscher als Serientäter wie Tom Kummer oder Jayson Blair mögen zwar Ausnahmeerscheinungen sein. Schwieriger ist es, Grauzonen zu erfassen und dort Desinformations-Effekte zu bewerten:

- Der Marktanteil der Promi-Berichterstattung und der Klatschpresse ist beträchtlich, und deren Inhalte werden inzwischen ja – nicht nur in Form von wöchentlichen „Herzblatt-Geschichten“ der FAZ – längst auch von den seriöseren Medien im Übermaß aufgegriffen.
- Beim Präsentieren von Produkten oder Dienstleistungen wird nicht nur in der Werbung, sondern längst auch im Journalismus geschummelt – vor allem, wenn es um Werbekunden und -partnerschaften geht.
- Die Diskrepanzen zwischen von den Medien perzipierten und den tatsächlichen Problemen sind oftmals krass. Schon 1989 hat Hans-Mathias Kepplinger darauf hingewiesen – zunächst mit einer Studie, die zeigte, dass die Medien das Thema Luftverschmutzung mit großer zeitlicher Verzögerung aufgriffen, zu einem Zeitpunkt, als politische und behördliche Maßnahmen bereits zu einer signifikanten Verbesserung der Luftqualität beigetragen hatten.¹¹

11 Vgl. Hans-Mathias Kepplinger: *Künstliche Horizonte. Folgen, Darstellung und Akzeptanz von Technik in der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 1989.

Am Vorwurf, dass viele Medien mogeln, verzerren, Relevantes ausblenden und Unwichtiges – oftmals in der Wiederholungsschleife – hypen, dass sie Angst erzeugen und Eintrittswahrscheinlichkeiten bedrohlicher Ereignisse krass überschätzen, ist also kaum zu rütteln. Geht es um nicht überprüfbare Behauptungen, die absehbar keine kostenträchtigen Gerichtsverfahren nach sich ziehen werden, wird oftmals „hinzugedichtet“ – auch das angesichts der verschärften Konkurrenz um Aufmerksamkeit in Zeiten der Digitalisierung eher mehr als weniger. Das Motto: Wo kein Kläger, da kein Richter, oder – um Rudolf Augstein zu zitieren – „Fauzi el Khauki aus Arabien klagt sowieso nicht“.¹²

Begünstigt wird die Verbreitung von Desinformation auch dadurch, dass Journalisten zwar gerne Fehler und Fehlverhalten anderer aufspießen und dramatisieren, eigene Irrtümer und Fehlleistungen aber nur ungern eingestehen. Forscher haben in wiederholten Analysen nachgewiesen, dass die Fehlerquote im Journalismus bereits lange vor der Digitalisierung überraschend hoch war. Sie haben darüber hinaus gezeigt, dass sich im Journalismus so gut wie keine Kultur der Fehlerkorrektur entwickeln konnte.

Online sind Berichtigungen, rein technisch betrachtet, leichter geworden. Andererseits verbreiten sich im Netz vor allem spektakuläre Falschmeldungen so rasant, dass sie sich durch Faktencheck und Korrektur kaum mehr einfangen lassen.

Eliten-Arroganz und -Konsens

Der Journalismusforscher Uwe Krüger (Universität Leipzig) analysierte, wie sich die Mainstream-Medien in Deutschland mehr und mehr in einem rot-grünen Scheinkonsens der „politischen Alternativlosigkeit“ einander annäherten, in den sich auch die journalistischen Parteigänger von Angela Merkels CDU einklinkten: Die Stichworte seien „Multikulturalität und Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz, Gleichstellung und Minderheitenschutz, Antidiskriminierung und Gender Mainstreaming“. Zugleich werde abgelehnt und bekämpft, „was in diesem Sinne nicht ‚politisch korrekt‘ ist“, wobei „häufig die Differenzierung zwischen den relativ wenigen Rechtsextremen und den relativ vielen Rechten“ verloren gegangen sei. Zu viele Journalisten seien in Netzwerke der Eliten eingebettet – und so habe sich beim Publikum über Jahre hinweg allmählich eine „Enttäuschungswut“ angestaut. Die Medien scheinen

12 Zit. nach: Leo Brawand: *Die Spiegel-Story. Wie alles anfing*. Düsseldorf 1987, S. 121.

„mehr Anpasser als Aufpasser, mehr Regierungsverstehrer als Anwalt der Regierten zu sein“, so Krüger. Eine „pädagogisch-paternalistische Haltung“ vieler Journalisten sei in die „gefühlte Bevormundung“ des Publikums umgeschlagen.¹³



Abbildung: picture alliance/Geisler-Fotopress

Mit *Clicks*, *Likes* und *Shares* sorgen wir Mediennutzer im Zusammenspiel mit den Algorithmen der sozialen Netzwerke dafür, dass Legenden, Desinformation und Verschwörungstheorien sich in den sozialen Medien weiterverbreiten – oftmals in sogenannten *Filter Bubbles* oder Echokammern. Ein italienisch-amerikanisches Forscherteam um Micaela Del Vicario und Walter Quattrociocchi hat im Rahmen eines Big Data-Projekts zahlreiche Facebook-Konten verglichen. Ihre beunruhigende Erkenntnis: In den Echokammern der sozialen Netzwerke verbreiten sich Desinformation und Propaganda weitaus schneller als die Nachrichten seriöser Anbieter. Die Filterblasen sind zwar nicht hermetisch gegeneinander abgeschirmt. Die Nachrichten, mit denen Facebook in den USA beispielsweise seine konservativ-republikanischen Nutzer versorgt, sind aber gänzlich andere als diejenigen, die Nutzer erhalten, die der Demokratischen Partei nahestehen.¹⁴

Der Politik- und Informationswissenschaftler Christian Sandvig sprach 2016 von einem „Ko-Produktionsprozess zwischen Nutzern und Plattformen“.¹⁵ Welche Rolle die

13 Uwe Krüger: *Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen*, München 2016, S. 73, S. 75, S. 135, S. 143 f.
14 Vgl. Walter Quattrociocchi/Antonio Scala/Cass R. Sunstein: *Echo Chambers on Facebook*. Social Science Research Network, 13.Juni 2016, vgl. http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2795110 [Stand: 06.2017].
15 Christian Sandvig: *Awakenings of the Filtered*, in: *Social Media Collective Research Blog*, 2016, vgl. <https://socialmediacollective.org/2016/06/20/awakenings-of-the-filtered/> [Stand: 06.2017].

Algorithmen spielen, bleibt dabei aus nachvollziehbarem Geschäftsinteresse das bestgeschützte Geheimnis der Internetgiganten. Die weltumspannenden IT- und Medienkonzerne übernehmen freilich weiterhin keine redaktionelle Verantwortung für den Unfug, den sie über ihre Plattformen verbreiten.

Social Bots, sprich: textverarbeitende „Roboter“, ersetzen inzwischen zunehmend Journalisten und auch leibhaftige Trolle, die für Auftraggeber arbeiten. Weil menschliche Arbeitskraft selbst in den Troll-Fabriken Putins in St. Petersburg relativ teuer ist, tummeln sich unter all den Verbreitern von Halb- und Unwahrheiten sowie Hassbotschaften inzwischen längst auch Software-Programme, die lesen und schreiben können und mit *Likes* und *Shares* in den sozialen Netzwerken Stimmung machen. Ihre Kommentare vermögen sie tausendfach zu variieren und über sogenannte *Fake Followers* auf Twitter auch zu vervielfältigen. Ihre Botschaften werden dann mit Hilfe der Algorithmen über eine Vielzahl von Fake-Konten weiterverbreitet. Je mehr es sind, desto weniger fallen sie auf – und auch so gewinnt womöglich die Schwarmdummheit gegenüber der Schwarmintelligenz im Internet die Oberhand.

Der Politologe und IT-Experte Simon Hegelich hat bei einer Klausurtagung der österreichischen Verleger schon 2016 vorgeführt, wie einfach es geht: 10.000 Twitter-Konten seien für 499 Dollar zu haben. Diese mit „Roboter“-Intelligenz auszustatten, koste ebenfalls so gut wie nichts. Ein erheblicher Anteil aller Twitter-Nutzer, schätzte Hegelich seinerzeit, seien *Social Bots*-Tendenz zunehmend.¹⁶ Bei Facebook ist inzwischen laut einem Quartalsbericht des Unternehmens von 2017 von 13 Prozent oder umgerechnet knapp 270 Millionen Fake-Konten die Rede. Bei Twitter sieht es kaum anders aus. Forschern zufolge sind dort zwischen 8,8 und 14,6 Prozent aller Profile unecht - in Zahlen sind das zwischen 29 und 48 Millionen.¹⁷ Fraglos werden so die sozialen Netzwerke zum perfekten Nährboden für PR und Propaganda, zumal der Einsatz der *Social Bots* für die Betreiber risikolos und nur schwer nachweisbar ist.

Durchmarsch der Autokraten und Populisten?

Schließlich sind die Erfolge autoritärer Regime - zum Beispiel von Putin oder Erdoğan – bei der Stabilisierung ihrer Herrschaftssysteme auch dadurch zu erklären, dass sie im

16 Vgl. Simon Hegelich: *Manipulationsgefahr durch Social Bots*. Vortrag bei der Klausurtagung des VÖZ v. 23.5.2016 in Stollhof bei Wien.
17 Vgl. Christian Erxleben: *Auf Facebook gibt es 270 Millionen Fake-Accounts*, Blogbeitrag Basicthinking v.

medialen Raum zunehmend mit Desinformation und Einschüchterung operieren. Sie bedrohen Journalisten, verfrachten sie ins Gefängnis oder lassen sie ermorden. Außerdem bringen sie missliebige Medienunternehmen unter die Kontrolle befreundeter Oligarchen. Sie fluten die sozialen Netzwerke mit Hilfe ihrer Trolls und *Social Bots* solange mit ihren Messages und Meinungen, bis diese entweder „gleichberechtigt“ als „andere“ Wahrheit neben den „richtigen“, überprüfbaren Fakten stehen oder letztere verdrängen. Das tun sie natürlich zuvörderst in den Medien, die sie selbst kontrollieren. Diese erreichen indes direkt auch die türkisch- und russischstämmigen Minderheiten in Deutschland und tragen so zum Entstehen von Parallelgesellschaften in unserem Land bei.

Aber auch auf die deutsche Medienberichterstattung wird direkt Einfluss ausgeübt. Haften geblieben ist der Fall des angeblich von Arabern missbrauchten russlanddeutschen 13-jährigen Mädchens, mit dem die von Putin kontrollierten Medien in traurem Verein mit Deutschlands neuer Rechten kurz nach der Silvesternacht 2015 in Köln gegen Flüchtlinge Stimmung machten. Ferner wurde der Journalist Hajo Seppelt, der beim ZDF maßgeblich die Recherchen zum russischen Doping-Skandal vorantrieb, vom russischen Staatsfernsehen in geradezu hanebüchener Weise behelligt, vorgeführt und skandalisiert. Der türkische Präsident Erdoğan wiederum hat nicht nur Journalisten mit deutschem Pass wie Deniz Yücel, Meşale Tolu und Peter Steudtner eingebuchtet, sondern auch – wie der Theologe Christoph Bultmann gezeigt hat¹⁸ – den Medien geschickt sein Framing des Putschversuchs untergejubelt, demzufolge die Gülen-Bewegung die Drahtzieher des Staatsstrechs waren – ohne dass dafür irgendwelche stichfesten Beweise vorliegen würden.

Inzwischen eifern in westlichen Gesellschaften Populisten wie Donald Trump, Alexander Gauland oder Marine Le Pen den Putins und Erdoğan dieser Welt nach und attackieren tagtäglich Journalisten, um die Medien zu diskreditieren und deren Glaubwürdigkeit weiter zu unterminieren. Auch hier ist die Skala der Dreistigkeit offenbar nach oben offen: So hat die Regierung Trump ein Fake-Video verbreitet, um im Fall des CNN-Reporters Acosta dessen aggressives Verhalten gegenüber einer Praktikantin zu „belegen“, und in Italien ließ jüngst die Regierungspartei „*Cinque stelle*“ die Fake-Übersetzung eines Interviews mit dem EU-Politiker Jeroen Dijsselbloem verbreiten. „Die

18 Vgl. dazu <https://de.ejo-online.eu/author/christoph-bultmann> [Stand: 11.2018].

Lüge, schamlos angewandt, hat eine faszinierende Zerstörungskraft. Zunächst auf die Wahrnehmung. Dann auf die wirkliche Welt“,¹⁹ so warnt der Schweizer Starjournalist Constantin Seibt in einem klugen Beitrag, der den neuen Demagogen auf die Finger schaut.



Abbildung: picture alliance/dieKLEINERT.de

Immer wieder spannen die rechten Strategen geschickt auch diejenigen für sich ein, die vermeintlich im demokratischen Mehrheits-Konsens dagegenhalten. Allzu oft pluschern diese aber in der Konkurrenz um Aufmerksamkeit die gezielten Provokationen der Populisten zur Top-News auf, obschon sie allenfalls in einem Einspalter auf Seite 56 abgefeiert gehört hätten – seien das die insgesamt 5000 Tweets von Trump, die in den ersten 600 Tagen seiner Amtszeit laut einer Dokumentation der Washington Post Fakes oder zumindest missverständliche Aussagen enthielten; seien das Zitate wie das von Alexander Gauland, die Nazi-Zeit sei nur ein „Vogelschiss“ in der „1000-jährigen deutschen Geschichte“ gewesen, oder das von Björn Höcke zum Holocaust-Denkmal in Berlin, wir Deutsche seien „das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“²⁰

Die neuen Medienmagnaten: Politische Impresarios und die IT-Giganten

Wer investiert unter heutigen Bedingungen ins Geschäft mit Journalismus? Die Eigentümer-Strukturen im Medien-sektor sind zu einem weiteren gravierenden Problem

19 Constantin Seibt: Die Macht der Lüge in der Politik, in: Republik vom 30.10.18, vgl. <https://www.republik.ch/2018/10/30/die-macht-der-luege-in-der-politik> [Stand: 16.11.2018].

20 Vgl. dazu <https://www.sueddeutsche.de/news/politik/parteien-die-hoecke-rede-von-dresden-in-wortlaut-auszuegen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-170118-99-928143> [Stand: 06.2018]

geworden. Sie verändern sich rapide, seit im Nachrichten-Geschäft nur noch wenige Großkonzerne Geld verdienen und die Eigentümer von Verlagen und Sendern, die sich in Individual- oder Familienbesitz befinden, oftmals an Verkauf denken. Werfen Medienunternehmen nicht verlässlich Gewinn ab, bedarf es anderer Gründe, um in sie zu investieren. Die Wiederkunft von Medienmagnaten war in jüngster Zeit nicht nur in Osteuropa, sondern auch in England und Frankreich und nicht zuletzt in Amerika und der Schweiz zu beobachten.

Diese neuen Tycoons agieren meist auf nationaler Bühne und sind somit allerdings nur die vergleichsweise kleinen Fische. Die mächtigsten Medienunternehmen der heutigen Welt wollen sind sozusagen Medienunternehmen wider Willen: die *Teenage Giants*, wie Natascha Just (Universität Zürich) Plattformbetreiber wie Alphabet (Google und Youtube), Amazon und Facebook einmal bezeichnete.²¹ Gemessen an ihnen, haben alle anderen Medienunternehmen, seien das die politischer Impresarios und Neueigentümer, seien das alte Mainstream-Medienhäuser wie Murdoch's News Co. oder die Axel Springer AG oder erfolgreiche Start ups wie *Politico*, *Quartz* oder *BuzzFeed* vergleichsweise wenig Macht, auf Nachrichten-Auswahl- und -Distribution Einfluss zu nehmen. Obendrein nehmen Google und Facebook nicht nur mit Hilfe undurchschaubarer Algorithmen Einfluss, sondern bringen viele traditionelle Medienunternehmen auch mit Zuckerbrot und Peitsche in ihre Abhängigkeit. Ohne die Plattformen der neuen Monopolisten geht für die anderen Medienunternehmen nur noch wenig. Projekte wie die *Digital News Initiative* von Google oder *Instant Articles* von Facebook verstärken obendrein die Dependenz vieler Redaktionen von den Plattform-Betreibern.

Aufklärung durch *Factchecking* und *Debunking* derzeit aussichtslos

Eine Kombination aus alten Herrschafts- und Einschüchterungsmethoden und neuen technischen Errungenschaften macht es dem bunten Volk von hochprofessionellen Spin-Doktoren und *Influencers*, aber auch oftmals naiven *Citizen Journalists* und *You Tube Stars*, anonymen Hasspredigern sowie Heerscharen von Trollen und *Social Bots* möglich, das Nachrichtenangebot zunehmend durch geschrotete oder gezielte Desinformation zu unterspülen.

.....
²¹ Vgl. Natascha Just: Of Dinosaurs and Giant Teenagers: Competition in Convergent Media Markets. Vortrag an der Università della Svizzera italiana am 26.05.2014.

Dabei bestehen die Erträge, das hat bereits Franck vor dem Ende des 20. Jahrhunderts mit seinem Konzept der Aufmerksamkeitsökonomie²² klargestellt, nicht notwendigerweise aus Geldeinkommen, sondern auch aus Zugewinnen an Ansehen, Prominenz, Reputation sowie Ausweitung von Macht- und Einfluss-Sphären. Wissenschaftler, auf Seriosität bedachte Massenmedien, aber auch Sites zur Faktenüberprüfung wie *FactCheck*, *Truth-o-Meter*, *Correct the Record*, oder *Stopfake* (Ukraine) bemühen sich in der zunehmenden Flut von Desinformation redlich um Aufklärung. Sie kämpfen aber noch auf verlorenem Posten. Wenn angesehene Redaktionen wie die *ARD-Tagesschau* oder die *Washington Post* sich eigene Faktencheck-Teams zulegen, wirft das außerdem die Frage auf, was die übrigen Journalisten in der Redaktion so treiben – denn eigentlich ist ja die Überprüfung von eingehenden Nachrichten und deren Ergänzung durch eigene Recherche mit die vornehmste und wichtigste Aufgabe professioneller Journalisten.

Das Forscherteam um Walter Quattrociocchi lässt keinen Zweifel daran, dass bislang alle Anstrengungen verlorene Liebesmüh waren, der Desinformationsflut durch *Debunking*, also durch Faktencheck, entgegenzuwirken. Wer Fehler berichtigt, kommt aus seiner Echo-kammer zu selten heraus. Der Politologe Jonathan Kirshner (Cornell University) bilanzierte: „Das Internet, ganz besonders Twitter, fördert eine Umgebung, die aufmerksamkeitsheischendes Außer-sich-Sein ermutigt. Der Zugang ist frei, das Feld ist überfüllt, und die Idee des Recherchierens und Faktenüberprüfens ist ein Anachronismus aus der Mitte des 20. Jahrhunderts. Es ist eine Arena, in der Extremismus als Authentizität interpretiert wird, Information als Wissen fehldeklariert wird, und in der Wiederholung verwechselt wird mit Bestätigung.“²³

Möglichkeiten der Gegensteuerung

Welche Möglichkeiten gibt es, trotz alledem gegenzusteuern? Auch wenn wir derzeit nur begrenzt Chancen zur Korrektur der gesellschaftlichen Fehlentwicklung geben mag, sollten zivilgesellschaftliche Akteure, insbesondere Bildungsbürger und Lehrer, aber auch Journalisten und seriöse PR-Experten sowie Politiker, Kulturschaffende und in der Wirtschaft Manager sowie Unternehmer diese nutzen.

.....
²² Georg Franck: Ökonomie der Aufmerksamkeit: Ein Entwurf, München 1998.

²³ Jonathan Kirshner: Trump and the End of Everything, in: Boston Review, 2016, vgl. <http://bostonreview.net/us/jonathan-kirshner-trump-and-end-everything#.V1cx58t6pjk.twitter> [Stand: 26.11.2018].

Medien- und Nachrichtenkompetenz an Schulen

Um mehr Nutzer mit Medienkompetenz zu generieren, wird zurecht auch immer wieder mehr Medienkunde an Schulen gefordert. In einer Studie, erstellt im Auftrag der deutschen Stiftervereinigung der Presse, haben deshalb die Dresdener Kommunikationswissenschaftler Lutz M. Hagen, Rebecca Renatus und Anja Obermüller, ermittelt, wie es um die „Nachrichtenkompetenz an Schulen“ bestellt ist. Sie haben dabei Erschreckendes zutage gefördert. Ihre Studie belegt zugleich, wie vielschichtig und absehbar zeitraubend es in einem föderalistischen System zugeht, um überhaupt die ebenso nötigen wie erwünschten Veränderungen auf den Weg zu bringen.

Die Forscher haben ihre Analyse spezifisch auf Nachrichtenkompetenz fokussiert, weil sie wissen wollten, wie es um die Kompetenzvermittlung in Bezug auf Nachrichtenmedien und Journalismus bestellt ist, und nicht ganz allgemein um die Kompetenz im Umgang mit allen möglichen Medien und Unterhaltungsangeboten.²⁴

Schon eine erste Dokumentenanalyse auf der obersten Ebene, der Kultusministerkonferenz, die dafür zuständig ist, ein Minimum an Vereinheitlichung der Lehrangebote im deutschen Bildungsföderalismus durchzusetzen, ergab weithin Fehlanzeige: Medienkompetenz sei zwar als Zielvorgabe in den KMK-Papieren „umfassend verankert“, aber die Förderung von Nachrichtenkompetenz spiele dabei „nur eine untergeordnete Rolle“, heißt es in der Studie. Sodann haben Hagen und sein Team insgesamt 207 Lehrpläne für den Deutsch-, Sozialkunde-, Ethik- und Geschichtsunterricht genauer untersucht. Auch dort fanden sie nur wenige Vorgaben im Blick auf Nachrichtenkompetenz: Vergleichsweise stark thematisiert wird das Thema in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Saarland – und zwar in mehr als der Hälfte der Lehrpläne; vergleichsweise wenig dagegen in Bayern, Bremen und Baden-Württemberg, wo nicht einmal ein Drittel der Unterrichtsvorgaben das Thema Nachrichten/Nachrichtenmedien aufgreifen. Das ist auch deshalb ein spannendes Ergebnis, weil sich das Ranking „weder durch die politische Couleure der Landesregierungen noch durch die Grösse der Bundesländer erklären“²⁵ lässt, so die Forscher.

Verstörend ist nicht zuletzt, dass nur drei Prozent der Lehrpläne Aussagen zu den sozialen Netzwerken enthal-

24 Vgl. Lutz Hagen/Rebecca Renatus/Anja Obermüller: Nachrichtenkompetenz durch die Schule. Abschlussbericht für die Stiftervereinigung der Deutschen Presse, Dresden 2017.

25 Ebd., S. 33.



Der Fokus auf Nachrichtenkompetenz in den Lehrplänen variiert stark. Abbildung: Illustration aus Forschungsbericht, S. 33

ten: Facebook und Twitter sind als Nachrichtenmedien in den analysierten Unterrichtsvorgaben noch inexistent, obschon sich ein steigender Anteil der Schüler genau dort mit Nachrichten versorgt.

Ziemlich trostlos sieht es auch bei den 361 Schulbüchern aus, welche die Dresdner Forscher untersuchten. Nur die Hälfte von ihnen widmet der Nachrichtenkompetenz überhaupt Aufmerksamkeit. Wenn das Thema angeschnitten wird, geht es meist um einzelne Nachrichteninhalte, nicht aber darum, ein Grundverständnis des Mediensystems und des Journalismus zu entwickeln und etwa den Schülern die öffentliche Aufgabe der Presse nahebringen.

Weiter befragen die Forscher 83 Lehramtsstudenten, die kurz vor dem Studienabschluss standen. Diese stufen nahezu ausnahmslos Nachrichtenkompetenz als sehr wichtiges Lernziel und Thema des Schulunterrichts ein. Das war auf den ersten Blick ein Hoffnungsschimmer – doch solch hohe Motivation nützt nur wenig, wenn die Absolventen selbst nicht über das nötige Wissen verfügen. Die Forscher haben jedenfalls herausgefunden, dass die Befragten das Mediennutzungsverhalten von Schülern völlig falsch einschätzten. Ebenso waren sie erstaunlich ahnungslos, als sie nach den Aufgaben von Journalisten oder nach der Rolle von Nachrichtenmedien in der Demokratie gefragt wurden, oder als sie Profi-Journalisten von Bloggern und „Bürgerjournalisten“ abgrenzen sollten. Das seien, so Hagen, „blinde Flecken“.²⁶

26 Ebd.

Mehr Medienkompetenz an den Schulen zu vermitteln, wird also absehbar Jahre dauern, weil erst einmal den künftigen Lehrern beizubringen wäre, was selbst hochspezialisierte Medienforscher sich an gesichertem Basiswissen nur noch mühselig und partiell anzueignen vermögen. Denn auch sie hecheln letztlich beim Versuch, sich auf dem Laufenden zu halten, den überbordenden Innovationen im Netz und den zahlreichen einschlägigen wissenschaftlichen Publikationen hinterher. Das rasante Veränderungstempo reduziert ständig die Halbwertszeit von Kenntnissen und Erkenntnissen im Umgang mit digitalen Medien. Ein kurzfristiger Behelf könnte immerhin sein, netzaffine Medienforscher und Journalisten zu Gastvorträgen und Diskussionsrunden mit Schülern, Lehrern und Eltern einzuladen.

Andererseits dürften selbst Lehrkräfte, die überdurchschnittlich über Journalismus, Digitalisierung sowie über alte, neue und über soziale Medien Bescheid wissen, beim Versuch, mehr „*media literacy*“ zu lehren, auf gravierende Alltags Herausforderungen stoßen. Danah Boyd, die für Microsoft im Grenzbereich zwischen Technologie und Gesellschaft forscht, hat eine davon besonders anschaulich beschrieben: Zu oft würde Teenagern beispielsweise beigebracht werden, Wikipedia sei keine glaubwürdige Quelle – sie sollten stattdessen recherchieren. Im Ergebnis führe das dann dazu, dass die Teenies googelten und dann dort den jeweils erstbesten Link nutzten, den ihnen die Suchmaschine liefere.²⁷

Summa summarum halten die Dresdener Forscher fest, dass „Fake News hoffähig werden“ und Kritik an der „vermeintlichen Lügenpresse“ oftmals „auf vollkommen falschen Vorstellungen von der Arbeitsweise des Journalismus“ beruht.²⁸

Wir sollten aber die Erwartungen an die Medienkompetenz-Vermittlung von Schulen nicht allzu hoch schrauben. Der wichtigste Schlüssel zur Veränderung ist und bleibt absehbar der Journalismus selbst als Aufklärungsinstanz über Digitalisierung und Medien sowie die Zahlungsbereitschaft der Publika für Journalismus. Mehr Medienerziehung und, als Teil davon, verstärkte Aktivitäten in den drei von der Medienbranche weithin vernachlässigten „C-Bereichen“ – *Correction Policies, Complaints Management, Coverage of Media by the Media* sind und bleiben wohl weitere Schlüsselinstrumente, wenn man die Entwicklung umkehren und journalistische Glaubwürdigkeit zurückgewinnen möchte.

.....

27 Vgl. Danah Boyd: Did Media Literacy Backfire?, 2017. <https://points.datasociety.net/did-media-literacy-backfire-7418c084d88d> [Stand: 11.2018].

28 Hagen/Renatus/Obermüller (wie Anm. 24).

Die beiden erstgenannten Vorschläge kosten wenig Geld und könnten kleine Wunder bewirken. Fehlerkorrektur, um Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen, ist eine Frage des Wollens und nicht der Kosten. Zum anderen sollte sich nicht nur die deutsche Bild-Zeitung und eine Handvoll Regionalblätter wie die Main-Post einen Ombudsmann zulegen, um auf Kritik und Beschwerden der Mediennutzer angemessen zu reagieren. Gerade den Meinungsführer-Medien stünde solch eine Schiedsinstanz gut an: ein von der Redaktion unabhängiger, journalistisch versierter Mediator, der sich um Beschwerden über die Berichterstattung kümmert und in kniffligen Fällen einerseits die Anliegen der Beschwerdeführer ernst nimmt, andererseits aber auch erklärt, weshalb Redaktionen wie entschieden haben. Ombudsleute könnten sehr viel zum besseren Verständnis von Journalismus und Medien in der Öffentlichkeit beitragen – jedenfalls dann, wenn sie ihre Arbeit transparent machen und regelmäßig mit eigenen Erklärstücken in ihren Medien erläutern, wie das Nachrichtengeschäft und der Journalismus funktionieren.

In dieselbe Richtung würde ein Mehr an Medienjournalismus zielen: Wir alle, aber ganz besonders junge Leute, müssen uns in der neuen Medienwelt zurecht finden. Ohne verlässliche Orientierungshilfe in den Mainstream-Medien selbst kann das kaum gelingen. In Österreich bietet das immerhin der Standard mit seinem fulminanten, üppigen Web-Angebot „Etat“. Die meisten anderen sogenannten Qualitätsmedien haben dagegen dramatischen Nachholbedarf: Viele, zum Beispiel Die Zeit und Der Spiegel, Die Welt und der Tages-Anzeiger, haben ihre Medienseiten ganz abgeschafft, andere wie die FAZ oder die NZZ haben sie stark zusammenstrichen.

Das Argument, das würde die Leser nicht interessieren, zählt an dieser Stelle nicht. Im Gegenteil, die hohe Kunst des Journalismus bestünde darin, das Interesse an solchen Themen zu wecken – ein größeres Angebot, gelegentlich ein prominent platzierter Beitrag auf Seite 1 (wie zu ihren besten Zeiten in der Los Angeles Times) und nicht im hinteren Teil, könnte womöglich genau das Interesse wecken, das Qualitätsjournalismus dringend bräuchte, um sein eigenes Überleben zu sichern.

Eine Allianz von Journalismus und Wissenschaft?

Darüber hinaus sollten sich Journalisten und Wissenschaftler im Kampf um Wissenschafts- und Pressefreiheit sowie um eine zivilgesellschaftlich „verträgliche“ Meinungsfreiheit stärker engagieren und sich von den unseriösen schwarzen Schafen in den eigenen Reihen mutiger abgrenzen. Eine „Allianz für die Aufklärung“ der beiden

wahrheitssuchenden Systeme, in der Journalisten vermehrt auf Wissenschaftler als Quellen zurückgreifen und Wissenschaftler verstärkt den Kontakt zu Redaktionen und zur Öffentlichkeit suchen, könnte beim Bemühen helfen, Desinformation in Schranken zu verweisen. Das darf freilich zu keiner Verbrüderung führen: Die Wissenschaft braucht kompetenten Journalismus, der sie kritisch begleitet – und der Journalismus braucht Forscher, die ihn beobachten und mit der nötigen Distanz analysieren.

Forschungsanstrengungen gälte es vermehrt daraufhin auszurichten, die skizzierten Trends schärfer zu beobachten. Bemühungen um ein *Echo Chambers Observatory*, wie sie die Forschergruppe um Quattrociocchi jüngst skizziert hat, weisen in die richtige Richtung. Auch das vom Verfasser mitgegründete *European Journalism Observatory* (deutsch: www.ejo-online.eu; englisch: <https://en.ejo.ch/>), ein internationales Netzwerk von Forschungseinrichtungen, die gemeinsam eine inzwischen 13-sprachige Plattform betreiben, um Journalismusforschung zugänglich zu machen und um Pressefreiheit und verantwortungsbewusste mediale Selbstkontrolle voranzutreiben, ist ein Versuch, mit bescheidenen Mitteln aufzuklären. Dass die EU eigene Faktencheck-Units etabliert, statt solche zivilgesellschaftlichen Initiativen zu unterstützen, zeigt indes einmal mehr, mit welcher merkwürdig-abgehobener Eigendynamik sich die Brüsseler Bürokratie entwickelt: Die Exekutive sollte in Demokratien solche Aktivitäten besser anderen überlassen, wenn sie nicht zur staatlichen Zensurinstanz werden will.

Auf Abhilfe ist nicht zuletzt deshalb zu hoffen, weil grasierende Desinformation nicht nur die Demokratie und unser Gemeinwesen, sondern auch das Geschäftsmodell der Plattformbetreiber, insbesondere der Suchmaschinen und sozialen Netzwerke, bedroht.

Was sie bisher zuwege gebracht haben, um die Desinformationsflut einzudämmen und öffentliche Interessen sowie Grundrechte einzelner wenigstens rudimentär zu schützen, entmutigt allerdings. Vielleicht bestehen ja Aussichten, dass die pubertierenden *Teenage Giants* irgendwann erwachsen werden. Freiwillig Macht abgeben wollen werden sie allerdings auch dann kaum.

Ökonomen haben indes seit jeher ein schlagkräftiges Konzept gegen Machtkonzentration: Es gälte, Kartelle und Monopole zu zerschlagen und das Netz wieder zu dezentralisieren – so sieht das nicht zuletzt Tim Berners-Lee, als dessen Lebenswerk das Internet gilt. Ideen dafür gibt es viele. Trotz der „großen Koalition“ der politischen Bessermenschen und Bevormunder unter den Politikern von links bis rechts scheint allerdings der ordnungspolitische Wille

Europäisches Journalismus-Observatorium (www.ejo-online.eu)



- Brückenbau zwischen Medienforschung und -Praxis
- sowie zwischen Journalismus-Kulturen Europas
- 13 Sprachen
- Neu: Französisch, Arabisch, Russisch Spanisch

www.ejo-online.eu

Abbildung: EJO

und wohl auch die entsprechende politische Gestaltungsmacht zu fehlen. Offenbar sind selbst unter denen, die sich „Marktwirtschaftler“ nennen, nur wenige an Märkten interessiert, auf denen der Wettbewerb wirklich funktioniert. Dabei wären mehr wirtschaftliche Machtkontrolle und mehr Wettbewerb statt Monopolmacht unter den IT-Giganten elementare Voraussetzungen, um die Demokratie weiterzuentwickeln und neu zum Erblühen zu bringen. ▀

Literatur zum Weiterlesen

Walter Quattrociocchi/Antonio Scala/Cass R. Sunstein: *Echo Chambers on Facebook*. Social Science Research Network, 13. Juni 2016, vgl. http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2795110.

Stephan Russ-Mohl: *Kreative Zerstörung. Niedergang und Neuerfindung des Zeitungsjournalismus in den USA*, Konstanz 2009.

Stephan Russ-Mohl: *Die informierte Gesellschaft und ihre Feinde. Warum die Digitalisierung unsere Demokratie gefährdet*, Köln 2017.

Christian Sandvig: *Awakenings of the Filtered*. June 2016, Social Media Collective Research Blog <https://socialmediacollective.org/2016/06/20/awakenings-of-the-filtered/>.

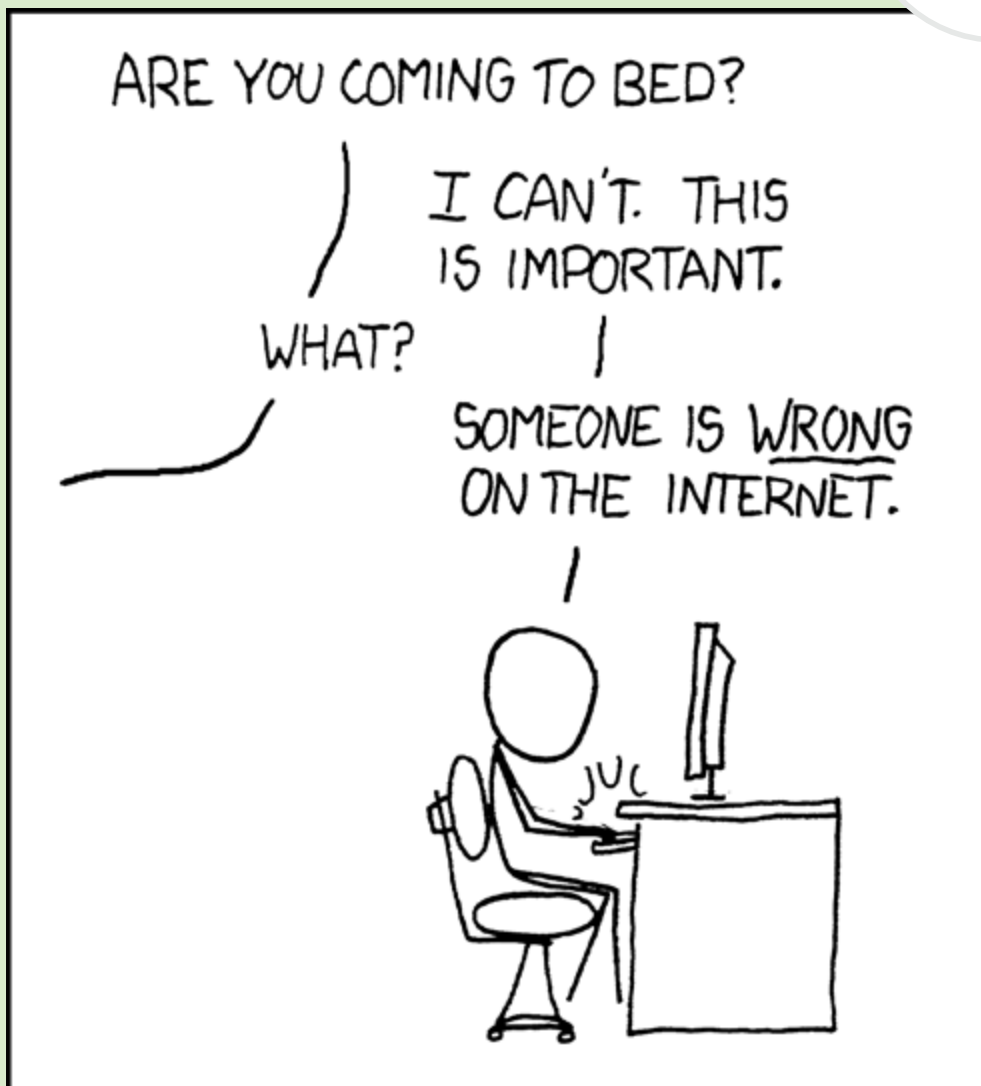
Constantin Seibt: *Die Macht der Lüge in der Politik*, in: *Republik* vom 30.10.2018, vgl. <https://www.republik.ch/2018/10/30/die-macht-der-luege-in-der-politik>.

Eine Lobbyorganisation für die Demokratie

Ein anderer Blick aufs Internet kann helfen,
unserer Vorstellung von einer offenen Gesellschaft zu schärfen

von Dirk von Gehlen

Serie:
Digitalisierung
zur Diskussion
gestellt



„Duty calls“
Abbildung: xkcd.com

Aus der großen Menge an Bildern und Metaphern, die unser Verhältnis zum Internet beschreiben wollen, stechen zwei Motive heraus. Das erste Bild stammt von dem amerikanischen Zeichner *xkcd* und trägt den Titel „*Duty calls* (Die Pflicht ruft)“. Zu sehen ist das typische *xkcd*-Strichmännchen, das am Computer sitzt und mit jemandem redet, der offensichtlich nicht im Raum ist. Die Stimme einer Person, die nicht im Bild ist, fragt jedenfalls: „Kommst du ins Bett?“ Der Strichmann antwortet: „Ich kann nicht. Das hier ist wichtig.“ – darauf die Rückfrage: „Was?“ und seine Antwort: „Jemand im Internet liegt falsch. („*Someone is wrong on the internet!*)“).

Unter dem Titel „*Someone is wrong on the internet!*“ ist das Motiv zu einem Klassiker der Internet-Kunst geworden. „Jemand im Internet liegt falsch“ könnte aber auch der grundsätzliche Titel für die Vorstellung sein, die viele Menschen vom sozialen Austausch im Netz haben. Beschimpfungen, Hassrede und Propaganda sind die Schlagworte, die fallen, wenn das Gespräch auf Internet-Kommentare kommt. Unser (medial transportiertes) Bild vom Internet ist geprägt von der Konfrontation zwischen Rechthabern, die einander überreden wollen und beschimpfen.

Aber stimmt das wirklich? Liegt das Problem tatsächlich im Internet begründet – oder ist es nicht vielmehr so, wie es einer der Internet-Pioniere unlängst in einem Beitrag für die britische Ausgabe des Magazins *Wired*¹ gesagt hat: Das Internet ist ein Spiegel der Gesellschaft. „Manche Menschen sind nicht einverstanden mit dem, was sie in diesem Spiegel sehen, und machen den Fehler zu glauben, sie müssten den Spiegel reparieren, um die Probleme zu beheben, die sie in ihm sehen.“ Vint Cerf hält dieses Vorgehen im Umgang mit dem Internet (und der Gesellschaft) für falsch. Er war vor Jahren mit daran beteiligt, das IP/TCP-Protokoll zu entwickeln, das ein zentraler Bestandteil dessen ist, was wir heute als Internet kennen.

Ihm ist daran gelegen, dass wir nicht an der Idee eines freien und offenen Internet rumfummeln, weil wir ein gesellschaftliches Problem lösen wollen, das viel tiefer liegt – und durch das Netz nur sichtbar gemacht wurde.

Denn es stimmt ja: Auch außerhalb des Webs findet der „Jemand liegt falsch“-Ansatz sehr häufig Anwendung. Es

fällt uns nur vielleicht nicht so sehr auf, weil die medialen Debatten z.B. über den Straßenverkehr nicht geprägt sind von Beschimpfungen und Hass am Steuer. Das liegt nicht daran, dass es solche Fälle nicht gäbe, sondern daran, dass sie dort schon so zur Normalität gehören, dass niemand sie thematisiert.

Im Winter 2018 trug ausgerechnet das Web dazu bei, einen solchen exemplarischen Offline-Fall aus Hannover deutschlandweit bekannt zu machen. In einer Fahrradstraße der niedersächsischen Landeshauptstadt standen sich eine Radfahrerin und ein Kleinlasterkopf an Kopf gegenüber. Beide wähnten sich im Recht – und die Radfahrerin twitterte darüber. Sie postete ein Foto des Lasters und schrieb dazu: „Fahrradstraße. Er will nicht warten oder ausweichen. Jetzt stehen wir Nase an Nase. Seit 10 min.“ Der Tweet löste unter dem Hashtag *#fahrradstrasse* eine kleine Welle an Späßen und Kommentaren aus. Menschen aus ganz Deutschland äußerten sich zu der „Jemand liegt falsch in der Fahrradstraße“-Konfrontation. Es fanden sich Unterstützer für den Lkw-Fahrer, der nicht zurücksetzen konnte und die Radfahrerin deshalb drängte, auf den Gehweg auszuweichen. Es wurde aber auch Verständnis für die Radlerin geäußert, die sich ja schließlich in einer Fahrradstraße befand und deshalb nur ihr Recht durchsetze, wenn sie nicht ausweichen wolle.

Das Problem war also – vermutlich nicht nur in diesem Fall – nicht das Internet, sondern der Wunsch, das Recht durchzusetzen. Dieser Wunsch treibt Menschen on- wie offline so sehr an, dass er ihnen den Blick für den Verdacht versperrt, dass auch der andere im Recht sein könnte. Diese Definition von Toleranz wird dem Publizisten Kurt Tucholsky zugeschrieben. Er starb 1935. Die Aufforderung erscheint jedoch weiterhin aktuell: den Verdacht zuzulassen, dass der andere Recht haben könnte.

.....
¹ Vgl. <https://www.wired.co.uk/article/vint-cerf-internet-free-speech-censorship-fake-news> [Stand: 26.11.2018]

Das Internet fordert auf ganz neue Weise eine Fähigkeit heraus, die in der Vor-Internet-Zeit womöglich weniger häufig gebraucht wurde: die Toleranz zu streiten. Denn durch das Netz können wir mehr als vorher mit Menschen konfrontiert sein, die falsch liegen. Oder weniger subjektiv formuliert: Wir sind im Internet häufiger als vorher mit Menschen konfrontiert, die anderer Meinung sind als wir selber. In Abwandlung des berühmten *Godwins-Law* könnte man über Debatten im Internet prognostizieren: Mit zunehmender Dauer der Netz-Debatte findet sich jemand, die oder der völlig danebenliegt.

Der Rechtsanwalt Michael Godwin hatte schon in der Frühphase des Internets, im so genannten Usenet, die These aufgestellt, dass je länger eine Online-Debatte dauere, sich die Wahrscheinlichkeit erhöhe, dass jemand einen Hitler-Vergleich anstelle. Dabei handelt es sich selbstredend nicht um ein Naturgesetz, sondern um eine ironische Beschreibung des Diskussionsverhaltens im Netz, das mit wachsender Konfrontation quasi automatisch auf einen Nazi-Vergleich hinauslaufe.

Man kann diese Beschreibung als deprimierende Bestandsaufnahme lesen oder als Aufforderung, sich diesem Muster zu widersetzen – und auf bessere Weise zu streiten. Denn Reflektion, also der Blick von außen, verändert häufig die gelernten Muster. Ein solche Reflektion scheint auch angebracht, wenn wir auf den ortlosen Ort schauen, der uns diese bessere Streitfähigkeit offenbar besonders abverlangt: das Internet. Wer dort ein offeneres Klima wünscht, sollte zunächst aufhören, den Menschen im Netz eine grundsätzlich größere Bosheit zu unterstellen. Es ist vielleicht einfach eher so, dass sie im Netz mehr als außerhalb mit gegenteiligen Meinungen konfrontiert sind – und damit schon im Straßenverkehr kaum umgehen können.

Der Fall in der Fahrradstraße in Hannover musste am Ende übrigens von der Polizei gelöst werden, die gerufen wurde und die beiden rechthabenden Seiten versöhnen musste. Es ist also vermutlich kein Zufall, dass die Straßenverkehrsordnung in Deutschland mit einer Vorbemerkung beginnt, an die man auch manchen Nutzer der Datenautobahn erinnern möchte: „Die Teilnahme am

Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht.“

Dass dieser Appell im Netz besonders passend ist, illustriert ein zweites Bild, das unser Verhältnis zum Internet beschreibt. Es hat noch nicht den Status des xkcd-Motivs erreicht, hätte diesen aber in jedem Fall verdient. Das Bild stammt von den deutschen Zeichnern Hauck&Bauer und stellt eine ähnliche Grundsituation da wie das „Jemand im Internet liegt falsch“-Bild: eine Person vor dem Rechner, eine im Raum dahinter. Im Fall von Hauck&Bauer spricht allerdings nur die Person hinter dem Internet-Nutzer. Sie sagt: „Wenn du Angst vor offenen Grenzen hast, mach doch erst mal dein Internet aus.“



Abbildung: Hauck&Bauer

Der Satz erinnert uns daran, dass das Internet etwas anderes ist als das, was heute die Debatten über *Hatespeech* und Cybermobbing bestimmt. Denn in seinem Ursprung ist das Internet ein offenes Netzwerk, das Menschen über alle Grenzen hinweg verbindet. Diesem Netzwerk ist es egal, ob sich ein alter oder neuer Rechner einwählt. Es spielt keine Rolle, welches Betriebssystem der Computer nutzt oder welche Sprache der Mensch vor dem Bildschirm spricht. Mit etwas Pathos gesprochen: Das Internet setzt die Idee einer multikulturellen Verbindung in die Tat um. Oder mit den beiden Zeichnern gesprochen: Wer

Angst vor einer multikulturellen Verbindung hat, sollte das Internet eher meiden als dort zu posten.

Vielleicht sollte man sich daran erinnern, wenn man die Probleme lösen möchte, die sich aktuell auf der Anwendungsebene des Webs ergeben. Denn natürlich stellen die Fragen von Propaganda durch Social-Bots, von Identitätspolitik durch soziale Netzwerke und die Formen von Beschimpfung und *Hatespeech* die offene Gesellschaft vor große Herausforderungen. Um diese zu bewältigen, lohnt es sich aber, einen Blick in die Geschichte des Internets und damit auf die Grundidee des Netzwerks zu werfen. Denn genau dort liegt vielleicht sogar eine Antwort.

Am besten gelingt dies, wenn man der Metapher folgt, die im Jahr 2001 von dem New Yorker Autor und Lehrer Marc Prensky geprägt wurde. Er differenzierte damals zwischen Eingeborenen und Zugereisten der digitalen Welt. Das Bild von den Digitalen Natives und Digital Immigrants ist danach so häufig und so selbst verständlich genutzt worden, dass sein Kern etwas in den Hintergrund geraten ist. Er lautet: Das Internet ist manchen Menschen zur Heimat geworden.

Diesen Gedanken muss man wirken lassen: Der ortlose Ort Internet hat für manche Menschen die gleiche identitätsstiftende Kraft wie es für bodenständige Menschen der Geburtsort sein kann. Beides ist Heimat, in dem Sinn wie man sie landläufig versteht: als Ort, an dem man heimatliche Gefühle hat. Neu daran ist: Es gibt Menschen, die diese Form der Identität an einem ortlosen Ort empfinden.

Wer auf diese Weise auf den Begriff Heimat und das Internet schaut, erkennt darin eine Veränderung des Begriffs. Das Internet als Heimat zu verstehen, wird zum Gegenentwurf zu den nationalistischen Tendenzen, die nicht nur Europa in den vergangenen Jahren erfasst haben. Das Internet als Heimat zu verstehen, ist der Versuch, eine der wichtigsten Erfindungen der vergangenen Jahre auf ihren Kern zurückzuführen und als das zu verstehen, was es in Wahrheit ist: Das Internet als völkerverbindendes Netzwerk versetzt uns auf neue Weise in die Lage, Demokratie zu leben.

Auf diese Weise auf das Internet zu blicken, heißt also auch auf neue Weise auf die offene Gesellschaft zu blicken: sich für das Internet einzusetzen, ist dann mehr als Freude am digitalen Wandel und blinder Zukunftsglaube. Es ist das Eintreten für die Grundideen des Internets: freier Austausch unabhängig von Grenzen und Ideologien.

Um diese Forderung zu institutionalisieren denke ich seit einer Weile darüber nach, einen Heimatverein Internet zu gründen: eine Lobbyorganisation für Menschen, die sich im Netz heimisch fühlen und in Gremien und

Verbänden die gleiche Repräsentation erfahren wollen wie jene, die sich an einem physischen Ort zuhause fühlen. Eine solche Vertretung wäre nicht nur ein Digital-Team, sie wäre auch eine Lobby-Organisation für Demokratie.

Dieser Gedanke basiert auf der Annahme, dass Demokratie wie ein Muskel funktionieren kann: Sie kann unter Belastung stärker werden. Wenn rechtspopulistische Parteien in Parlamente einziehen oder Extremisten unterschiedlicher Prägung den Pluralismus und die Freiheit in Frage stellen, dann ist das eine Belastung für die Demokratie – wie ein langer Lauf eine Belastung für die Muskulatur ist. Es ist anstrengend, aber nicht das Ende. Gleiches gilt für die Herausforderungen, vor die uns *Hatespeech* und die schlechte Debattenkultur im Netz stellen. Die Muskulatur wird gefordert, wenn man sich die Kräfte aber gut einteilt, wird sie dadurch stärker.

Ich will mich nicht denjenigen anschließen, die aus den rechtspopulistischen Entwicklungen weltweit den Schluss ziehen, die Demokratie sei in Gefahr. Ich will nicht denen folgen, die – wie exemplarisch der Autor Gert Heidenreich in dieser Außenansicht in der Süddeutschen Zeitung² – zu Intoleranz auffordern, um die Demokratie zu schützen. Ich halte diese Aufrufe – auch wenn sie aus bester Absicht geschehen – für grundfalsch: Wer die plurale Demokratie verteidigen will, muss beginnen, sie zu praktizieren. Wer die Grundideen der offenen Gesellschaft wertvoll findet, darf sie nicht bei der kleinsten Bewährungsprobe in Frage stellen.

Dass es das Internet überhaupt gibt, ist die beste Erinnerung daran, dass die Idee der offenen Gesellschaft stärker ist.

Was wir gerade erleben, ist eine Herausforderung für die Demokratie: kein Anzeichen für den Untergang, sondern die Möglichkeit zu wachsen. Wer unter sportlicher Belastung zu schwitzen beginnt, ist dadurch ja auch nicht automatisch in Gefahr – womöglich ist es vor allem das: Training. Und das Internet ist in diesem Fall ein besonderer Trainingsplatz, denn hier wird die oben beschriebene Form der pluralistischen Toleranz auf besondere Weise gefordert.

Ich würde mir wünschen, dass wir damit beginnen, auf diese neue Art auf das Internet zu schauen – und die Herausforderungen, vor die es uns stellt, als Training für unsere demokratische Fitness zu verstehen. So wie ein regelmäßiges Lauftraining die Ausdauer steigert, brauchen wir Übungen in Demokratie, die uns offener, toleranter

.....
 2 Gert Heidenreich: „Die Schamlosen“, Süddeutsche Zeitung vom 20. Juli 2018, vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/aussenansicht-die-schamlosen-1.4061196> [Stand: 26.11.2018].

und pluralistischer machen. Das ist anstrengend und fordernd, aber es ist nicht: der Untergang! Denn das beste Mittel um die Demokratie zu stärken, ist demokratisches Verhalten: eine Kultur des aufgeklärten Zweifels und der Ironie (wie Carolin Emcke es in „Gegen den Hass“³ gefordert hat) und ein Bekenntnis zu mehr Demokratie, mehr Offenheit und mehr Menschlichkeit.

Natürlich: Man muss das Training gut dosieren. Und so wie übermäßiges Lauftraining auch schädlich sein kann, muss man auch beim Demokratie-Training das Toleranz-Paradoxon von Karl Popper⁴ im Hinterkopf haben. Es sollte aber niemanden daran hindern, überhaupt mit dem Training zu beginnen.

Deshalb habe ich fünf Übungen gesammelt, die mindestens ein guter Anfang sind. Damit kann jede und jeder bei sich beginnen:

1. Es gibt mehr Meinungen als meine. Selbst, wenn ich sie falsch finde: Es ist okay, dass es andere Meinungen gibt. Es ist nicht okay, wegen Meinungsdivergenzen persönlich angreifend zu werden. Streitkultur ist ein wichtiger Bestandteil demokratischer Öffentlichkeiten. Wir müssen sie praktizieren und vielleicht sogar wie Aladin El-Mafaalani in einem Interview im *Spiegel*⁵ als Teil der Leitkultur verstehen.
2. Ich akzeptiere das Fremde und Andere, denn Demokratie lebt von Pluralität. Wir achten einander – und das Recht auf eine andere (auch falsche) Meinung. Egal, wie dringlich das Thema ist, es gilt die Maxime: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ – auch in Bezug auf die eigene Meinung: Es ist stets auch die Freiheit ZUM Andersdenken⁶.

3. Ich vermeide Verachtung. Egal wie „doof“ die andere Meinung ist, ich erlaube mir nicht, deshalb die Anderen zu verachten. Man kann unterschiedlicher Meinung sein und trotzdem die Gegenseite als Mensch akzeptieren – Arthur Brooks nennt dazu mehrere Ansätze⁷ („*How To Disagree Better*“), im Kern geht es ihm aber immer darum, Verachtung zu vermeiden.
4. Ich versuche nicht zuerst, die Andersdenken zu überzeugen, sondern sie zu verstehen. Selbst wenn ich ihre Argumente für falsch halte, verlange ich von mir selber, dass ich diese Argumente kenne. Denn nur wenn ich die Meinungen der Gegenseite kenne, kann ich mich auch mit ihnen auseinandersetzen. Gerade bei hoher Komplexität ist ein breites Meinungsspektrum wichtig, denn Diversität ist kein moralischer Maßstab, sondern die beste Methode komplexe Probleme zu lösen.
5. Ich versuche, Menschen und Meinungen zu trennen – und suche einen sachlichen Austausch.

Diese fünf Fitness-Übungen können ein erster Ansatz sein, um demokratisch fitter zu werden – und dies in Online-Debatten anzuwenden. Im zweiten Schritt wünsche ich mir, dass wir ein anderes Bild vom Internet entwickeln. Es ist ein Ort demokratischer Teilhabe und Völkerverständigung. Um uns daran zu erinnern, möchte ich, dass das Internet auf einem Straßenschild gewürdigt wird. Darum haben wir die Aktion *internet-strasse.de* gestartet und fordern dort Stadt- und Gemeinderäte auf, darüber nachzudenken, ob es nicht denkbar wäre, in ihrer Stadt und Gemeinde einen Platz des Internet oder eine Internet-Straße einzuführen – als Zeichen für eine lebendige Demokratie. ■

3 Carolin Emcke: *Gegen den Hass*, München 2016.

4 Vgl. z.B. <https://www.welt.de/print-welt/article154640/Karl-Popper-ueber-Toleranz.html> [Stand: 26.11.2018]

5 „Integration? Gelingt in Deutschland besser als je zuvor“ Interview in *Der Spiegel* vom 27.8.2018 <http://www.spiegel.de/plus/soziologe-aladin-el-mafaalani-streitkultur-ist-die-beste-leitkultur> [Stand: 02.11.18]

6 Dirk von Gehlen: *Freiheit zum Andersdenken*, Süddeutsche Zeitung, <https://www.sueddeutsche.de/politik/democracy-lab-im-container-freiheit-zum-andersdenken> [Stand: 26.11.2018]

7 <https://www.vox.com/2018/7/16/17573974/ezra-klein-show-book-recommendations-arthur-brooks> [Stand: 26.11.2018]

Vorschau auf das Programm der Landeszentrale 2019

Die folgende Übersicht zeigt eine Auswahl der geplanten Veranstaltungen und Publikationen der Landeszentrale (Stand: Dezember 2018). Aufgrund der Neuausrichtung der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit ab Januar 2019 werden im kommenden Jahr viele weitere Projekte durchgeführt werden, die in dieser Liste noch nicht erscheinen. Entsprechende Informationen finden Sie zu gegebener Zeit unter www.blz.bayern.de.

	Geplante Veranstaltungen
Januar 2019	Revolution und Räterepublik in München Europachecker
Februar 2019	Die Stände-Versammlung von 1819 und ihre Abgeordneten Kommunalpolitik
Februar/März 2019	Lehrerfortbildung für die Juniorwahl zur Europawahl
Februar/April 2019	Fragen an Europa
März / April	Schulworkshops zur Europawahl mit „CUBE – <i>your take on Europe</i> “
April 2019	Lehrerfortbildung zur Bamberger Verfassung von 1919
April/ Mai/Juni/Oktober 2019	Länderübergreifende Schülerseminare in Mödlareuth
April 2019	Schülerseminar „Nato in Crisis“
Mai 2019	Europawochen Schülermedientag
Mai/Oktober 2019	Mikrokosmos Amateurfußball
Juli 2019	„Freiheitscampus“ in Mödlareuth
Oktober 2019	Aktionstage Netzpolitik & Demokratie Themenwoche Frauenrechte
November 2019	Unterstützung der Deutsch-Deutschen Filmtage Schülerwettbewerb „Wege zur Freiheit“
ganzjährig	Europe after Work; Politik im Kino Lernort Staatsregierung

Geplante Publikationen (Auswahl)
Manfred Tremel (Koord.): Geschichte des modernen Bayern
Thomas Sandkühler (Koord.): Das Gesetz des Unrechts. Zur Geschichte des Nationalsozialismus (3 Bände)
Div.: Die politische Ordnung in Deutschland (Reihe Grundinformation Politik)
Politische Bildung im Kontext: menschenrechte&demokratie.elementar
Kalender 2019: Bavarias Töchter
Wahlinformationshefte zur Europawahl, auch in Leichter Sprache

Geplante Publikationen (Auswahl)
Vier Quartalshefte „Einsichten und Perspektiven“ (März, Juli, Oktober, Dezember)
Plakatserien zum Strukturwandel in Bayern und zum Klimawandel und den Auswirkungen auf die Alpen
Europaquiz
Digitale Medien
Debatte im Netz
Politische Bildung online

Auf dem Prüfstand

Kernkompetenzen von Lehrkräften für das Unterrichten in einer digitalen Welt

von Carola Hirner, Michael Sailer, Florian Schultz-Pernice und Frank Fischer

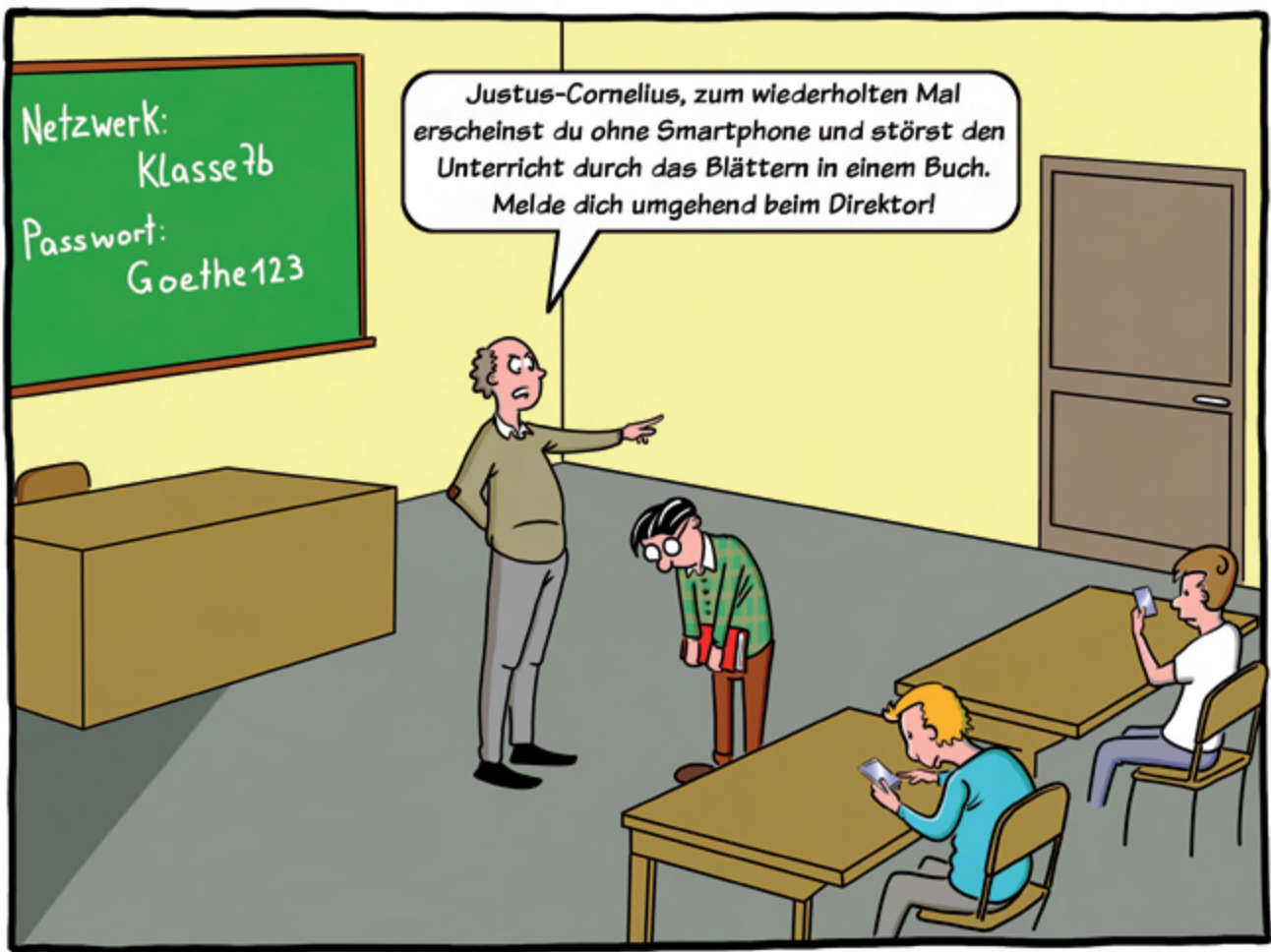


Abbildung: picture alliance/ dieKLEINERT.de

2017 legte die interdisziplinäre und -universitäre Forschungsgruppe Lehrerbildung Digitaler Campus Bayern ein Rahmenmodell „Kernkompetenzen von Lehrkräften für das Unterrichten in einer digitalisierten Welt“ vor. In Anknüpfung an das von der Kultusministerkonferenz vorgelegte Konzept zur Medienbildung¹ werden dort, neben acht Bereichen eigener Medienkompetenzen, 19 spezifisch pädagogisch-didaktische Kernkompetenzen von Lehrkräften für das Unterrichten in einer digitalisierten Welt beschrieben.² Vor diesem Hintergrund ergibt sich nun die Frage nach dem Status Quo dieser Kompetenzen, also danach, ob und in welchem Maße die Lehrkräfte in Bayern über welche dieser medienbezogenen Kernkompetenzen vielleicht bereits verfügen und, falls dies nicht der Fall ist, wie sie diese effizient und effektiv erwerben können.

Der Lehrstuhl für Empirische Pädagogik und Pädagogische Psychologie der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) beschäftigt sich intensiv mit dieser Frage. Ein erster Schritt zur wissenschaftlich fundierten Erfassung medienbezogener Kernkompetenzen von Lehrkräften ist die Entwicklung eines Instruments zur objektiven Messung derselben. Bevor diese erfolgen kann, muss jedoch zunächst die Frage gestellt werden, wie lernförderlicher Einsatz digitaler Medien aussieht und welche Lehrkompetenzen hierfür nötig sind.

Nach dem ICAP-Modell von Chi³ ist Lernen umso effektiver und nachhaltiger, je tiefer die Schülerinnen und Schüler kognitiv involviert sind und je stärker sie sich engagieren.

Aktivierung der Schülerinnen und Schüler gemäß des ICAP-Modells

Dabei erfolgt auf der untersten, der „passiven“ Stufe („*Passive*“) lediglich die isolierte Aufnahme von Information, die ausschließlich im selben Kontext wiedergegeben werden

.....

- 1 Kultusministerkonferenz (KMK), 2016: Bildung in der digitalen Welt. Strategie der Kultusministerkonferenz. https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2016/Bildung_digitale_Welt_Webversion.pdf [Stand: 11.09.2018].
- 2 Forschungsgruppe Lehrerbildung Digitaler Campus Bayern (2017): Kernkompetenzen von Lehrkräften für das Unterrichten in einer digitalisierten Welt. in: merz – medien + erziehung, Zeitschrift für Medienpädagogik, 4/2017, S. 65.
- 3 Michelene T. H. Chi: Active-Constructive-Interactive. A Conceptual Framework for Differentiating Learning Activities, in: Topics in Cognitive Science, 1(1)/2009, S. 73 ff.



Abbildung: Frank Fischer, Julia Murböck, Michael Sailer 2017⁴

kann. Die Verständnistiefe von Schülerinnen und Schülern ist dabei minimal, eine Aktivität von außen nicht sichtbar. Ein Beispiel hierfür wäre das bloße Zuhören bei einer Präsentation. Die aktive Stufe („*Active*“) erfordert die Auseinandersetzung mit dem gegebenen Lernmaterial. Schülerinnen und Schüler bewegen sich auf dieser Stufe, wenn sie etwa die Faktenfragen beantworten oder Lückentexte füllen, zeigen aber keine Aktivität, die über das gegebene Lernmaterial hinausgeht. Stellen sie eigene Überlegungen an, oder kombinieren sie Vorwissen mit neuen Informationen so, dass sie mit unbekanntem Prob-

.....

- 4 Frank Fischer/Julia Murböck/Michael Sailer: Digitale Bildung an bayerischen Schulen. Infrastruktur, Konzepte, Lehrerbildung und Unterricht. Vortrag auf der Tagung der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.: „Digitale Medien in bayerischen Schulen“, München, 13. November 2017.

lemen und Situationen zurecht kommen, arbeiten sie konstruktiv („*Constructive*“). Die qualitativ höchste, interaktive Stufe („*Interactive*“) wäre dann beispielsweise erreicht, wenn Lernende zusätzlich noch auf dem Wissen anderer aufbauen, gemeinsam neue Lösungsansätze entwickeln oder anhand von Peer-Feedback ihre eigene Argumentation überarbeiten.

Gehen Lernziele über die reine Anhäufung von Wissen hinaus, schließen also insbesondere den Erwerb komplexer Problemlösekompetenzen ein, dann müsste schulischer Unterricht gemäß ICAP-Modell darauf abzielen, Schülerinnen und Schüler so im Lernprozess anzuregen, dass sie über möglichst lange Zeiträume in konstruktiven und interaktiven Lernaktivitäten engagiert sind.

Die Studie „Digitale Bildung an bayerischen Schulen“,⁵ in der 410 Lehrkräfte an bayerischen Mittel- und Realschulen sowie Gymnasien telefonisch befragt wurden, hat allerdings ergeben, dass der Medieneinsatz an Schulen am häufigsten noch so erfolgt, dass Lernaktivitäten auf der passiven Stufe gefördert werden:

Verständnis der vier Stufen Voraussetzung für eine entsprechende Umsetzung in der Praxis. Das bloße Erstellen eines Produktes, zum Beispiel einer *Concept-Map*,⁷ ist an sich noch kein konstruktiver Prozess. Oft kann erst anhand der Analyse des Inhaltes der *Concept Map* gesehen werden, ob wirklich eigene, neue Überlegungen mit eingebracht sind.⁸

Auch die Konzentration auf die Schaffung von Rahmenbedingungen für interaktive Lernaktivitäten, wie etwa Überlegungen zur Gruppierung von Schülern, reicht alleine nicht aus, um tatsächlich entsprechende anspruchsvolle kognitive Operationen zu initiieren⁹. Viel mehr bewirken adaptives *Scaffolding* (gestufte Hilfen) und *Coaching*. Nicht zuletzt spielen gewohnte Verhaltensweisen wie Lehr- und Prüfungsformate eine Rolle.

Oft nehmen Lehrkräfte Schülerinnen und Schülern die Chance auf konstruktive Lernaktivitäten, indem sie bestimmte Antworten erwarten, andeuten oder preisgeben.¹⁰ Bei kollaborativen Arbeitsformen stellt die Frage nach der Bewertung der Schülerleistung für viele Lehrkräfte eine abschreckende Herausforderung dar.

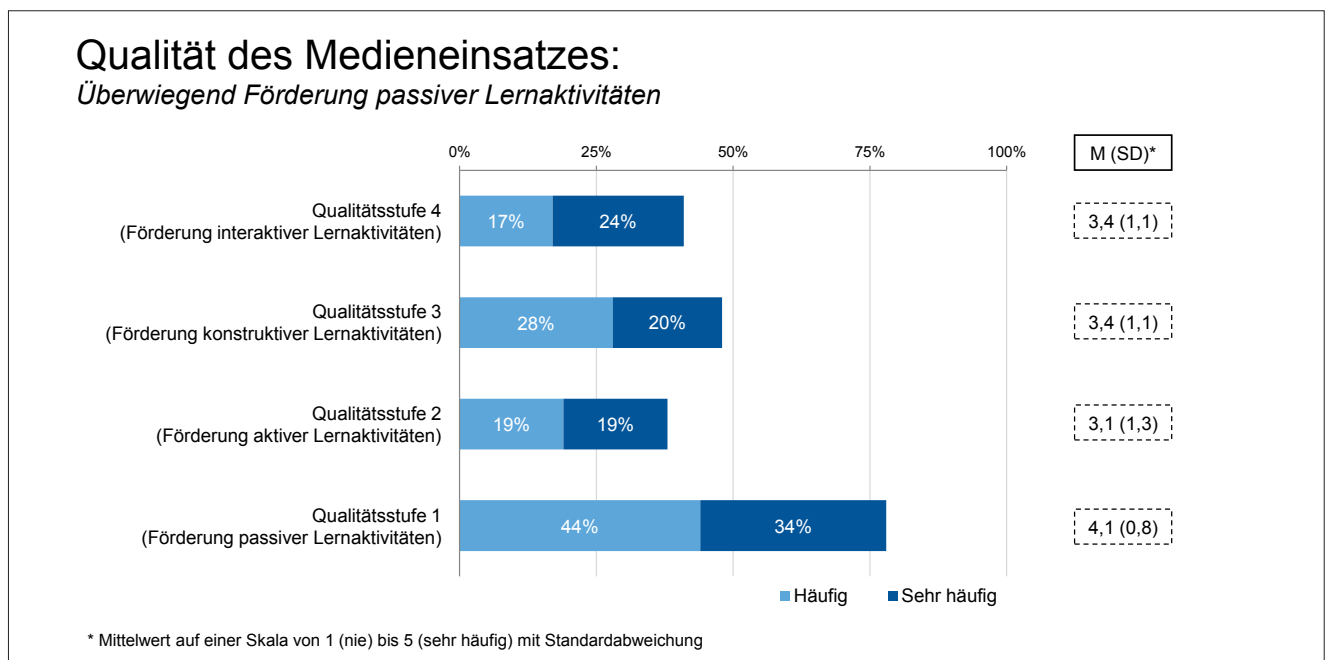


Abbildung: Fischer/ Murböck/ Sailer, 2017⁶

Chi (2018) nennt vor dem Hintergrund eigener empirischer Untersuchungen zahlreiche Gründe, die das Erreichen der beiden höchsten Qualitätsstufen verhindern können. So ist auf Seiten der Lehrkräfte zunächst ein korrektes

7 Unter einer *Concept-Map* versteht man eine Weiterentwicklung der *Mind-Map*, in der nicht nur assoziierte Begriffe um einen zentralen Kern arrangiert werden, sondern Konzepte miteinander in Beziehung gesetzt, untergliedert und hierarchisch behandelt werden.

8 Michelene T. H. Chi u.a.: Translating the ICAP Theory of Cognitive Engagement Into Practice, in: Topics in Cognitive Science, 42 (2018), S. 1777-1832.

9 Ebd., S. 1802.

10 Ebd., S. 1825.

5 Ebd.

6 Sailer/Murböck/Fischer (wie Anm. 4), S. 34.

Andererseits hat die Studie „Digitale Bildung an bayrischen Schulen“ ergeben, dass Lehrkräfte dennoch unter bestimmten Bedingungen digitale Medien so einsetzen, dass sich häufiger konstruktive und seltener passive Lernaktivitäten ergeben. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Schulleitungen den Einsatz digitaler Medien befürworten,¹¹ wenn die Lehrkräfte über höhere eigene Kompetenzen vor allem in den Bereichen „Evaluation“ und „Sharing“ (d. h. beim kollegialen Austausch von digitalen Lehr-Lernszenarien und bei der Anschlusskommunikation) verfügen und schließlich, wenn sie sich regelmäßig über aktuelle wissenschaftliche Theorien und Erkenntnisse informieren.¹²

Einsatz digitaler Medien zur Unterstützung der ICAP-Stufen

Grundsätzlich ist an dieser Stelle in Frage zu stellen, ob das Erreichen einer höheren ICAP-Stufe direkt mit einer besseren Unterrichtsqualität bzw. höheren Lerneffekten zusammenhängt. Gut designte aktive Lernaktivitäten könnten nachhaltigeres Lernen zur Folge haben als eine künstlich erscheinende Gruppenarbeit mit unklaren Instruktionen.

Der Einsatz digitaler Medien kann allerdings jede Form von Aktivierung spezifisch begünstigen und positive Lerneffekte bewirken. So ist beispielsweise beim selbstregulierten Lernen die Kontrolle über die eigenen Emotionen und die eigene Motivation entscheidend für erfolgreiches Lernen. In computergestützten Lernumgebungen kann adaptives Feedback individuelle Fortschritte des Lernenden begleiten und Voraussetzung für das Angebot von passenden Unterstützungsmaßnahmen sein. Vogel und Fischer (2018) zeigen in einer metaanalytischen Studie,¹³ „dass die Hilfestellungen positive Effekte auf domänenübergreifende Lernleistungen haben können“.¹⁴

Ähnlich gewinnbringend können digitale Medien eingesetzt werden, wenn Lernen als individuell-kognitive Veränderung verstanden wird, bei der die Wissens- und Fertigkeitentwicklung des Individuums im Mittelpunkt stehen. Reorganisation und Neukonstruktion von Wissen erfolgen dabei nach einer Irritation bei der Aufnahme von neuen Informationen, wenn diese nicht mit aktiviertem

Vorwissen korrespondieren. Hierbei bieten sich digitale Werkzeuge beispielsweise zur Zusammenstellung von auf das Vorwissen bezogen möglichst heterogenen Gruppen an, in denen „konfliktbehaftete Auseinandersetzungen“¹⁵ wahrscheinlicher auftreten. Dies wiederum erhöht die Chance auf individuellen Lernerfolg.

Anders argumentiert der dialogische Ansatz, demzufolge der Einzelne „auf Übereinstimmung abzielende [...] Interaktion“¹⁶ mit anderen setzt, um mit ihrer Hilfe zur Lösung von Aufgaben befähigt zu werden. Im fortschreitenden Lernprozess führt dies letztlich auf eine selbstständige Problembewältigung hin. Auch hierbei können digitale Medien zur Eruierung von Vorwissen, zur Paarung von Novizen und Experten unter den Lernenden, zur Generierung von geeigneten Unterstützungsmaßnahmen sowie zur Überprüfung des Lernfortschritts sinnvoll eingesetzt werden.

Beim Aushandeln unterschiedlicher Standpunkte und bei der gemeinsamen Erarbeitung neuen Wissens können beispielsweise computerunterstützte Simulationen eine wichtige lernförderliche Rolle spielen, denn durch diese „können die Lernenden auf die Aufgabe fokussiert bleiben, sich über Aktivitäten in der Simulation in einer eindeutigen Sprache unterhalten, non-verbal über Dinge kommunizieren, für die sie noch nicht das richtige Vokabular besitzen, und Einigung über die Durchführung von Experimenten erzielen.“¹⁷

Selbsteinschätzung von Lehrkräften im Bereich Medienkompetenz

Um Schülerinnen und Schüler im Rahmen digitaler Lehr-Lernszenarien gemäß dem ICAP-Modell optimal fördern zu können, benötigen Lehrkräfte neben den eigenen Medienkompetenzen vor allem medienbezogene Lehrkompetenzen, damit sie entsprechende Lernaktivitäten planen, realisieren, evaluieren und gegebenenfalls optimieren sowie sich mit anderen Lehrkräften austauschen (*Sharing*) können. Die vbw-Studie zeigt, dass die Selbsteinschätzung der Lehrkräfte bezüglich des dazu nötigen Wissens sehr hoch ist:

11 Fischer/Murböck/Sailer (wie Anm. 4), S. 36.

12 Ebd.

13 Frank Fischer/Freydis Vogel: Computerunterstütztes kollaboratives Lernen, in: Helmut Niegemann/Armin Weinberger (Hg.): Lernen mit Bildungstechnologien, Berlin/Heidelberg 2018.

14 Ebd., S. 8.

15 Ebd., S. 5.

16 Ebd., S. 6.

17 Ebd., S. 7.

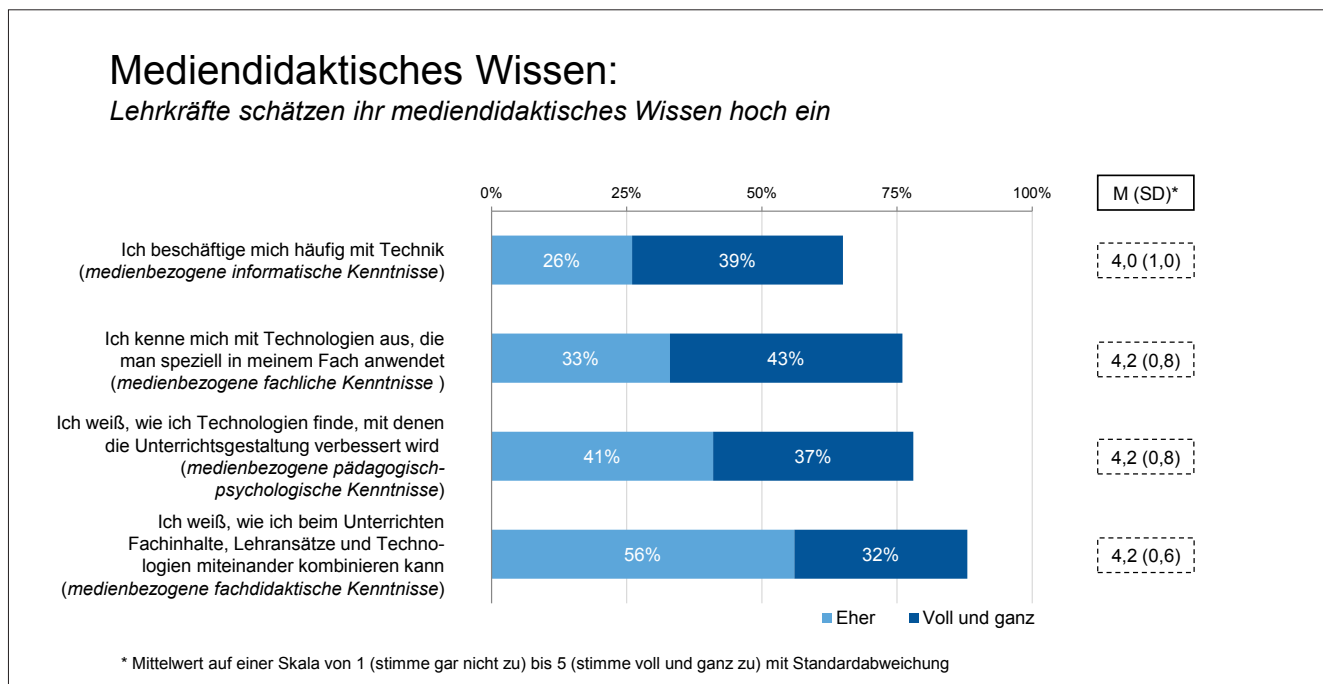


Abbildung: Fischer/Murböck/Sailer¹⁸

Was in dieser Studie jedoch nicht erfasst wird, ist, inwiefern und inwieweit diese Selbsteinschätzungswerte mit konkreten Kompetenzen der Lehrkräfte zur Lösung spezifischer Probleme im Zusammenhang mit digital gestütztem Unterricht zusammenhängen (Handlungskomponente). Aus diesem Grund enthält das am Lehrstuhl für Empirische Pädagogik und Pädagogische Psychologie der LMU entwickelte Instrument zur Messung medienbezogener Lehrkompetenzen¹⁹ deshalb auch Selbsteinschätzungsfragen, die auf verschiedene Kompetenzniveaus abzielen. Dabei werden auf der untersten Stufe, dem sogenannten Literacy-Niveau, eine Wissens- (z. B. „Ich kenne Konzepte und Modelle zu ...“) und eine Handlungskomponente („Ich bin in der Lage, ... umzusetzen“) unterschieden. Die Wissenskomponente der medienbezogenen Lehrkompetenzen wird in Anlehnung an das TPACK-Konzept²⁰ erfasst, das folgende Kenntnisbereiche unterscheidet:

- medienbezogene informatische Kenntnisse, z. B. Umgang mit Hardware, Software und Internet im Unterricht, Konzeptwissen über Datenbanken etc.,

18 Fischer, Murböck, Sailer (wie Anm. 4), S. 28.

19 Instrument zur Messung von Medienkompetenz, 2018, unter: <https://ww2.unipark.de/uc/medien-lehrer/> [Stand: 08.11.2018].

20 Vgl. dazu z.B. Teemu Valtonen: u.a.: Developing a TPACK measurement instrument for 21st century pre-service teachers, in: Seminar.net – International Journal of Media, Technology/ Life-Long Learning, 11 (2)/2015, S. 87-100.

- medienbezogene pädagogisch-psychologische Kenntnisse: z. B. Wissen über lernförderliche Aspekte digitaler Medien und deren Nutzung für die Unterrichtsgestaltung,
- medienbezogene fachliche Kenntnisse: z. B. Wissen über Stellenwert und Funktionsweise von Rechner-systemen bei der Simulation neuronaler Netzwerke in der Biologie,
- medienbezogene fachdidaktische Kenntnisse: z. B. Wissen über die lernförderlichen Potenziale von Schreibprogrammen im Kompetenzbereich „Schreiben“ im Fach Deutsch,

Die Handlungskomponente systematisiert medienbezogene Lehrkompetenzen nach einem allgemeinen Modell unterrichtlichen Handelns (Planung, Realisierung, Evaluation, Reflexion und Anschlusskommunikation bzw. Sharing).

Die Anforderungen auf dem *Literacy*-Niveau lassen sich damit wie folgt formulieren: Unterrichtende können vorgefertigte mediengestützte Unterrichtsmaterialien und -werkzeuge einsetzen und auswerten, besitzen grundlegendes Wissen über einen medienbezogenen Bereich, kennen außerdem informatische Grundfunktionen und können diese implementieren. An der LMU München wird angestrebt, alle Lehramtsstudierenden mit medienpädagogischen Kompetenzen auf *Literacy*-Niveau auszustatten. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde unternommen, indem zwei

grundlegende Trainingseinheiten in den Bereichen Medienziehung und Mediendidaktik für alle Lehramtsstudierenden entwickelt wurden, die seitdem erfolgreich etabliert und kontinuierlich angeboten werden konnten.

Das „Vertiefte Niveau“ baut auf dieser Grundlage auf und vertieft dieselben Kompetenzen: vorgefertigte Instrumente einschätzen, adaptieren und einsetzen sowie ggf. einzelne Komponenten selbst ergänzen können, differenziertes Wissen über einen medienbezogenen Bereich besitzen und dieses Wissen einschätzen können (z. B. Grad an Evidenz, Generalisierungsmöglichkeit), komplexere informatische Funktionen kennen und implementieren können sowie das Kollegium beim Erwerb der Kompetenzen beraten und unterstützen können. Lehramtsstudierende werden dazu in der Regel nach erfolgreichem Abschluss des Erweiterungsstudienganges „Medienpädagogik“ befähigt, der derzeit an drei bayerischen Hochschulen angeboten wird.

Die Ausdifferenzierung der Kompetenzen auf einer dritten, fachspezifischen Niveaustufe liefert Umsetzungsbeispiele auf einer in der Praxis bzw. durch Fortbildungen für das Unterrichten des jeweiligen Faches zu erreichenden Ebene. Sie fokussiert damit diejenigen fachspezifischen medienbezogenen Lehrkompetenzen von Lehrkräften, die in den beiden anderen, fachübergreifend gehaltenen Niveaustufen nicht erfasst werden, und soll parallel zu diesen verfolgt werden. Die LMU München entwickelt seit 2015 auch erfolgreich Kursangebote diesem Bereich. All diese Qualifizierungsbestrebungen entspringen der Einschätzung von Lehrkräften, dass der Besuch von Fortbildungen die sinnvolle Integration von digitalen Medien in den Unterricht begünstigen kann.²¹

In weiteren Schritten wird das an der LMU entwickelte Instrument zur Messung medienbezogener Lehrkompetenzen validiert und weiterentwickelt. Dabei stehen vor allem die mit den Selbsteinschätzungsfragen gekoppelten Performanz-Items im Mittelpunkt, die sich auf das Handeln der Lehrkraft vor, im und nach dem Unterricht beziehen und auf empirische Befunde gestützt sind. Es sollen zudem weitere Ansätze zur Förderung der Medienkompetenz in allen Phasen der Lehrerbildung daraus abgeleitet und ausgearbeitet sowie differenziertes, kompetenzförderliches Feedback ermöglicht werden.

Fazit und Ausblick

Lehrerbildung kann mit einigem Recht als Schlüsseltechnologie für die Digitalisierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung betrachtet werden.

.....

²¹ Vgl. dazu Fischer/Murböck/Sailer (wie Anm. 4), S. 20.



Anfänge der Digitalisierung: hier eine Lehrerfortbildung in Moskau vor über 40 Jahren

Abbildung: ullstein bild - SPUTNIK / STF

Mit der Arbeit am Lehrstuhl für Empirische Pädagogik und Pädagogische Psychologie der LMU München soll eine Antwort auf die Frage gefunden werden, was lernförderlicher Einsatz digitaler Medien ist. Das ICAP-Modell erscheint hierbei als gut geeignete Grundlage, denn es fasst auf verständliche Art den aktuellen Erkenntnisstand der empirischen Lehr-Lernforschung zusammen und ermöglicht damit Orientierung angesichts einer hochkomplexen und spezialisierten Forschungssituation.

Zusammen mit dem Kompetenzrahmen der Forschungsgruppe Lehrerbildung Digitaler Campus Bayern wird damit eine systematische Beschreibung der Fähigkeiten und Fertigkeiten von Lehrkräften möglich, die erforderlich sind, um gemäß dem aktuellen Stand der Lehr-Lernforschung die Möglichkeiten, die digitale Medien für das Lehren und Lernen bereitstellen, in vollem Umfang im schulischen Unterricht zu nutzen. Damit ist zugleich ein Konzept geschaffen, das es ermöglicht, medienbezogene Kompetenzen von Lehrkräften systematisch zu beschreiben, zu erfassen und schließlich spezifisch zu fördern – sei es im Lehramtsstudium, sei es in der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften.

Der aktuelle Entwicklungsstand dieser Grundlagen zur theoretischen Modellierung, empirischen Erfassung und erfolgreichen Förderung medienbezogener Lehrkompetenzen lässt jedoch für zukünftige Forschung und Entwicklung noch viel Spielraum. Insbesondere wird in Zukunft genauer zu untersuchen sein, inwiefern die medienbezogenen Kernkompetenzen von Lehrkräften sich nach Schulart, Altersstufe und insbesondere von Fach zu Fach voneinander unterscheiden und ob einzelne der 19 medienbezogenen Lehrkompetenzen in unterschiedlichen Fächern auch eine unterschiedliche Gestalt haben bzw. auf unterschiedlichen Vertiefungsstufen notwendig sind. ▀

Ist die Meldung echt? Praktische Tipps für den digitalen Fakten-Check

von Ursula Trischler



Anlässlich des *earth day* zieht der *march for science* im April 2017 durch Berlin, um damit gegen „alternative Fakten“, „Fake News“ und Wissenschaftsfeindlichkeit zu protestieren.

Abbildung: *snapshot-photography/T.Seeliger/Süddeutsche Zeitung Photo*

Es ist ein neues, lukratives Geschäftsmodell: Internationale Konzerne gründen in Entwicklungsländern private Schulen. Dabei gehen sie insbesondere in die Armenviertel und bieten Unterricht zu relativ geringen Gebühren an. Jeder Mensch soll an Bildung gelangen können, so das Versprechen der Konzerne. Dafür müssen die Schülerinnen und Schüler aber auch schlecht ausgebildete Lehrer in Kauf nehmen: Diese stehen für sehr wenig Geld vor der Klasse und machen nichts anderes, als einen von den Konzernen vorformulierten Unterricht per Tablet vorzulesen und durchführen.¹ Alleine in Kenia sollen die *Bridge International Academies* mittlerweile über 400 solcher privater Billigschulen hervorgebracht haben.² Auch hier schlägt also mal wieder die Digitalisierung zu – einerseits ein Grund zu jubeln: Endlich ist es auch den Ärmsten der Armen möglich, unkompliziert an Bildung zu gelangen. Andererseits sieht echte Bildung ganz anders aus, kritisiert die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).³

Bildung im digitalen Zeitalter

Das Beispiel aus Kenia ist gewiss extrem, doch drückt es beispielhaft sehr gut aus, was auch bei uns eine immer größere Rolle spielt: Wissen wird im Internet gesammelt. 79 Prozent der 14- bis 29-Jährigen sagten in einer Langzeitstudie von ARD und ZDF, dass sie, um sich zu informieren, ins Internet gehen. Weit abgeschlagen auf Platz zwei befindet sich das Fernsehen mit 50 Prozent. Tageszeitungen spielen mit 37 Prozent eine eher untergeordnete Rolle. Und das Internet liegt auch klar vorne, wenn es darum geht „mitreden zu können“ und um „Denkanstöße zu bekommen“.⁴

Wenn das Internet also eine so außerordentlich große Rolle in der Informationsbeschaffung spielt, ist ein kompetenter und bedachter Umgang mit Online-Quellen essentiell. Nur: genau den haben viele (noch) nicht. Das

Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (BMFFSJ) hat eine praktische Übersicht über die vielfältigen Angebote erstellt, die es bereits auf dem Markt gibt und die die Medienkompetenz von Kindern und Eltern verbessern soll.⁵ Die Eltern mit einzubeziehen ist gut und wichtig. Denn auf die Frage, wo sie sich am häufigsten über politische Themen informieren, antworten 43 Prozent der jungen Erwachsenen, dass dies im Bekannten-, Freundes- oder Verwandtenkreis geschehe. Auf Platz eins liegt sogar der Schulunterricht.⁶ Das heißt: Auch Sie, die Sie diesen Text gerade lesen, sind gleichermaßen Multiplikator und Wissensvermittler.

Es ist also auch für Mütter, Opas, Tanten und Lehrkräfte wichtig zu wissen, welchen Onlinequellen sie trauen dürfen, was sie stutzig machen sollte und wo es sich lohnt, ein bisschen genauer hinzusehen. *Fact-Checking*-Agenturen wie wafana coachen deshalb unter anderem Jugendliche darin, „digitale Fakten“ zu checken. Wir zeigen, wie man überprüfen kann, ob ein in den sozialen Medien gepostetes Bild wirklich von dem Ereignis stammt, an dem es aufgenommen worden sein soll. Und wir erklären, was es für

1 Vgl. brand eins 09/2017: Bildung war immer die Währung. Schwerpunkt: Lernen. S. 144 ff. <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/private-billigschulen-in-afrika/> [Stand: 01.11.2018].

2 Vgl. Generalsekretär der kenianischen Lehrgewerkschaft KNUT, Wilson Sossion, am 31. Mai 2017 auf einer Veranstaltung der GEW in Berlin, vgl. <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/private-billigschulen-in-afrika/> [Stand: 01.11.2018].

3 Vgl. GEW (wie Anm. 2).

4 Vgl. Heike vom Orde/Alexandra Durner: Grunddaten Jugend und Medien 2018. Aktuelle Ergebnisse zur Mediennutzung von Jugendlichen in Deutschland, S. 10, vgl. http://www.br-online.de/jugend/jizi/deutsch/Grunddaten_Jugend_Medien.pdf [Stand: 30.10.2018].

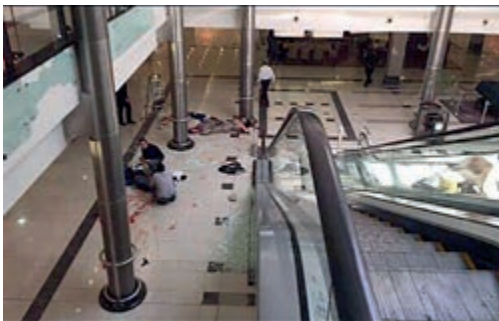
5 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Medienkompetenz stärken, vgl. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/kin-der-und-jugend/medienkompetenz/medienkompetenz-staerken/75350> [Stand: 02.11.2018].

6 Vgl. vom Orde/Durner (wie Anm. 4), S. 15.

Anhaltspunkte gibt, die erkennen lassen, ob der Account, der die Meldung verbreitet, überhaupt von Menschenhand gesteuert wird oder ob vermutlich eher ein Computerprogramm, ein sogenannter *Social Bot* dahinter steckt. Einige dieser wertvollen Tipps wollen wir auch Ihnen mit diesem Artikel an die Hand geben. Wenn Sie sich auf das Abenteuer einlassen wollen, legen Sie bitte die Zeitschrift neben Ihren Laptop. Holen Sie sich einen Kaffee – und los geht es:

1) Die Bilder-Rückwärtssuche

Eines der einfachsten, wichtigsten und effektivsten Mittel, um eine Falschmeldung zu entlarven, ist die Bilder-Rückwärtssuche. Einer der berühmtesten Fälle, in denen die einfache Rückwärtssuche bereits eine Falschmeldung vermieden hätte, stammt vom Amoklauf im Olympia-Einkaufszentrum vom 22. Juli 2016. Kurz, nachdem bekannt geworden war, dass in dem Münchner Einkaufszentrum Schüsse gefallen waren, ploppten sogleich auf Twitter und anderen sozialen Medien vermeintliche Bilder und Videos auf, die alle die Geschehnisse vor Ort bebildern wollten. Das Problem: Die meisten Bilder waren nicht echt. Sat.1 Bayern hatte damals beispielsweise eines der falschen Bilder auf Twitter weiterverbreitet.



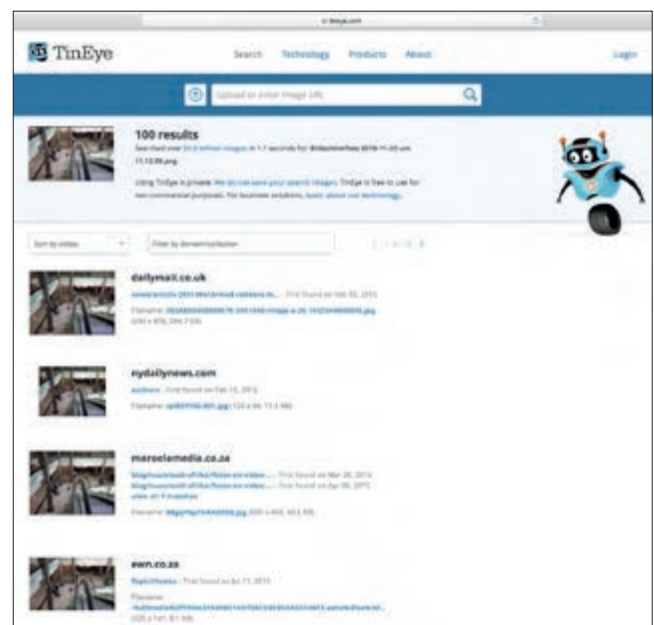
Ein Fake-Bild, das im Verlauf des Amoklaufs in München 2016 im Netz kursierte

Abbildung: Trischler/Mumbeck

Das Bild, das ein vermeintlicher Student gepostet hatte, zeigte nicht, was im OEZ passiert war, sondern es bebilderte ein tragisches Ereignis vom Februar 2015 in Südafrika. Dort waren damals die blutigen Schüsse gefallen. Das von Sat.1 Bayern geteilte Bild stammte also nicht aus München. Wie hätte das Team das schnell herausfinden können? Tatsächlich wäre das in diesem Fall mit der Bilder-Rückwärtssuche ganz einfach gewesen. Google bietet die Option „Reverse Image Search“ an, auch die russische Suchmaschine *Yandex* oder der Suchmaschinendienst *TinEye* ermöglichen eine solche Rückwärtssuche. *TinEye* hat einen entscheidenden Vorteil. Steuern wir zunächst www.tineye.com an.



In unserem aktuellen Beispiel nehmen wir an, wir hätten das vermeintliche Bild vom Amoklauf irgendwo im Internet entdeckt. Sie klicken also auf das Bild mit der rechten Maustaste, und wählen: „Bildadresse kopieren“⁷ aus oder „Bild speichern unter“. Die kopierte Adresse können Sie direkt in die Suchleiste auf *TinEye* einfügen. Wenn Sie das Bild zunächst abgespeichert haben, laden Sie es dann auf *TinEye* hoch – über das nach oben zeigende Pfeilchen neben der Suchleiste. Sobald Sie auf die Lupe drücken, zeigt Ihnen *TinEye* **alle Seiten** an, auf denen die Suchmaschine das Bild gefunden hat. Und nun kommen wir zu dem oben erwähnten großen Vorteil, den *TinEye* bietet: Sie können hier nach „*Oldest*“ sortieren. Dann zeigt *TinEye* als erstes Ergebnis an, **wann das Bild zum ersten Mal** veröffentlicht wurde.⁸



Screenshots vom 03.12.2018

Abbildung: Trischler/Mumbeck

- 7 Zum Mitmachen können Sie sich einfach diese Adresse hier kopieren und in die Suchzeile einfügen: <https://dailyml.ai/2S3MURK>.
- 8 Aber Achtung: Das muss nicht immer automatisch auch das Originalbild sein. Vielleicht hat die Suchmaschine das Original nicht indiziert, oder es ist nicht mehr online, oder es kommt aus geschlossenen Systemen wie z.B. Whatsapp.

Sie sehen also: Das erste Ergebnis stammt aus dem Jahr 2015 von der Quelle *dailymail.co.uk*, gefolgt von der zweitältesten Quelle *nydailynews.com*. Klicken Sie nun auf den Artikel (das ist der Link direkt neben den Wörtchen *Found on*), sehen Sie, was das Bild wirklich zeigt. Es zeigt nicht das OEZ am 22. Juli 2016, sondern ein Einkaufszentrum in Südafrika im Februar 2015. Denn an jenem Tag im Februar berichtete *dailymail.co.uk* in einem Artikel von der Schießerei und veröffentlichte dazu auch unter anderem dieses Foto. Damit ist klar, dass das Bild nichts mit dem Amoklauf zu tun hat, sondern schon lange vorher aufgenommen wurde.

Doppelt überprüfen hält besser

Wer es Journalisten gleich tun und noch eine zweite Quelle finden will, kann und sollte noch eine der vielen anderen Bilder-Rückwärtssuchen nutzen. Denn jede Suchmaschine hat einen anderen Algorithmus, wertet und ordnet Ergebnisse nach ihrem System. Und somit listen manche Suchmaschinen Bilder in ihren Ergebnissen auf, die andere Suchmaschinen wiederum „übersehen“ hatten. Es geschieht nicht selten, dass z.B. TinEye kein Ergebnis liefert, Google dafür etliche oder umgekehrt. Wir empfehlen für eine umfangreichere Rückwärtssuche deshalb die Browsererweiterung RevEye. Diese ist kostenlos herunterzuladen und sehr benutzerfreundlich. Per Rechtsklick auf irgendein Bild können Sie damit ganz leicht jedes Foto durch fünf große und wichtige Suchmaschinen (u.a. Google, Bing, Yandex) gleichzeitig laufen lassen.



2) Social Bots

Ganz wichtig zu wissen: Hinter vielen Accounts stecken keine echten Menschen, sondern Maschinen, so genannte *Social Bots*. Diese sehen meist wie ganz normale Accounts aus, die von Menschen betrieben werden: Sie haben ein Profilbild, kommentieren und liken. Aber sie wurden von jemandem programmiert, der mit ihnen ein klares Ziel verfolgt. Die Gefahr liegt darin, dass Social Bots in sozialen Netzwerken zu Verzerrungen bei der Meinungsbildung und im öffentlichen Diskurs führen können. Sie tragen zu Desinformation bei und dazu, dass manipulierte oder erfundene Nachrichten (*Fake News*) weit verbreitet werden.⁹

9 Vgl. Sonja Kind/Marc Bovenschulte/Simone Ehrenberg-Silies/Tobias Jetzke/Sebastian Weide: Social Bots, vgl. <https://www.bundestag.de/blob/488564/4a87d2d5b867b0464ef457831fb8e642/thesenpapier-data.pdf> [Stand: 03.11.2018].

Social Bots sind auf allen sozialen Netzwerken unterwegs (Instagram, Facebook, Twitter etc.). Niemand weiß, wie viele Social Bots genau in den einzelnen Netzwerken aktiv sind. Klar ist aber, dass es sehr, sehr viele sind. Facebook selbst sprach in einem Börsenbericht 2017 davon, dass insgesamt ca. zehn bis zwölf Prozent aller Accounts „falsche Accounts“ sind.¹⁰ Klar dürfte sein, dass die korrekte Zahl der *Social Bots* sehr viel höher liegt. Facebook selbst – und ebenso natürlich alle anderen sozialen Plattformen – hat ein natürliches Interesse daran, die Zahl der Bots möglichst niedrig einzuschätzen, da sich diese schädigend für das „soziale“ Geschäftsmodell auswirken.¹¹ Sollten Sie auf einer sozialen Plattform aktiv sein, sind sie also ziemlich sicher schon einmal mit einem Bot in Kontakt gekommen, z.B. über eine Gruppendiskussion, ohne es zu merken!



Profil von „Holger Ewald“ auf Twitter. Screenshot vom 30.11.2018
Abbildung: Trischler/Mumbeck

10 Zu den falschen Accounts zählen Duplikate, Accounts die keine Person, sondern z.B. ein Tier darstellen und auch Spam-Accounts, vgl. <http://d18rn0p25nwr6d.cloudfront.net/CIK-0001326801/06205619-7ced-42ed-b8c8-4621b5a121e9.pdf> [Stand: 03.11.2018].

11 Um es ganz einfach zu erklären: Facebook lebt wie alle soziale Plattformen von einem regen Austausch zwischen den Mitgliedern. Die Plattformen sammeln durch diesen Austausch Daten aller Art. Diese Daten nutzen Werbetreibende, um möglichst exakt ihre Zielgruppen mit Werbung ansprechen zu können. Wenn die von Facebook gesammelten Daten durch Bots verfälscht werden, schalten weniger Firmen Werbung und Facebook verliert Geld.

Holger Ewald ist aller Wahrscheinlichkeit nach ein *Bot* auf Twitter, der vermutlich von jemandem programmiert wurde, damit „Holger“ ein rechtes, politisches Weltbild verbreitet.

Erkennungsmerkmale eines Bots:

- **Er setzt extrem viele Tweets ab.**
Holger hat bereits 130.000 Mal getwittert. Seinen Account gibt es seit ziemlich genau fünf Jahren. Das heißt, Holger generiert im Schnitt pro Tag 5,6 Tweets.¹²
- **Er folgt auffällig vielen Accounts und auffällig viele folgen ihm.**
Holger folgt 15.400 Accounts und 14.100 Accounts folgen ihm, obwohl er nicht berühmt ist oder ein wichtiges Amt bekleidet. Diese extrem hohe Anzahl an Followern und an Accounts, denen Holger folgt, ist ein klarer Hinweis auf ein *Social Bot*-Netzwerk. Bots folgen, liken und kommentieren sich gegenseitig, um so mehr Relevanz vorzutäuschen und anderen Usern eher angezeigt zu werden.
- **Oft haben Bots seltsame oder unnatürlich wirkende Profilbeschreibungen.**
Holger Ewald schreibt über sich: „Freier Berichterstatter und Journalist. Gegen Mobbing und Justizwillkür, Psychiatrie. Für Schutz von Schwerbehinderten und freie Meinungsäußerung.“ Allein diese Beschreibung klingt etwas wirr. Sucht man über Suchmaschinen wie *Google* nach Artikeln oder anderen Veröffentlichungen dieses „Journalisten“ Holger Ewald, findet man keine Einträge.
- **Sehr häufig sind die Profilfotos gestohlen.**
Über die Bilder-Rückwärtssuche finden Sie das schnell heraus.
- **Der Account twittert inhaltlich immer sehr ähnliche Nachrichten.**
Holger Ewald twittert fast ausschließlich rechts-nationale Inhalte, in denen er Ausländer als Kriminelle und die Mitglieder der Bundesregierung als Versager darzustellen versucht.

Der Account „Oralie Schulz“ ist nur eines von vielen weiteren Beispielen, wie ein Bot aussieht und kommuniziert. Es handelt sich um ein gestohlenen Bild, unter dem auch andere Accounts agierten. Auffällig an „Oralies“ Account war, dass sie durchweg belanglose und oft seltsame Tweets veröffentlicht. Unsere Vermutung: „Oralie“ sollte wie eine „ganz normale“, unpolitische Frau wirken und so Vertrauen

12 Einige Universitäten sprechen erst von Bots, wenn 50 Posts pro Tag abgesetzt werden. Aber das ist der Erfahrung nach sehr hoch angesetzt.



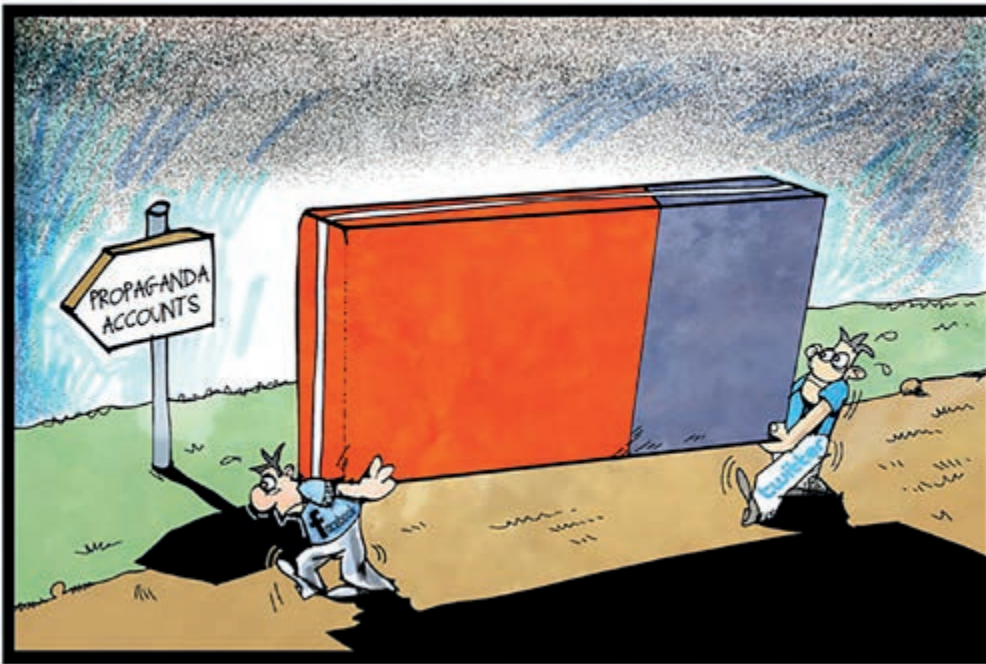
Screenshot von Oralies Twitter-Account vom 27. Mai 2018
Abbildung: Trischler

aufbauen, bis sie zu ihrem eigentlichen, unklaren Zweck eingesetzt würde. Der Account war über zwei Jahre auf Twitter aktiv und ist mittlerweile gelöscht worden. Twitter arbeitet ebenso wie alle anderen sozialen Netzwerke daran, Social Bots automatisiert zu erkennen und zu löschen. Auch für Privatpersonen gibt es mittlerweile kostenlose Programme im Netz, mit deren Hilfe es möglich sein soll zu erkennen, ob man es mit einem echten Menschen oder einem Bot zu tun hat. Die Programme überprüfen die oben genannten Bot-Kriterien automatisiert. Allerdings sind die Tools meist für den englischsprachigen Raum programmiert, was oft zu verfälschten Ergebnissen in der Betrachtung deutscher Accounts führt. So untersucht *Socialbearing.com* unter anderem auch Sprache und Wortwahl der Accounts: Wird viel Negatives, Aggressives getwittert? Das deutsche Wörtchen „die“ wird von *Socialbearing* als das englische „die“, also „sterben“, eingestuft, was dann vom Programm als „negativ“ gefärbter Tweet markiert und entsprechend gewichtet wird. Insgesamt lässt sich sagen, dass die Programme, die es aktuell gibt, noch nicht wirklich zuverlässig arbeiten.

3) Vorsicht vor unseriösen „Nachrichtenportalen“

Es gibt Angebote im Netz, die auf den ersten Blick wie normale Nachrichtenseiten aussehen, das aber nicht sind. Zwei Beispiele sind *Epoch Times* und *RT Deutsch*. Wenn es darum geht, welche Inhalte bei *Facebook*, *Twitter* & co. die meiste Aufmerksamkeit finden, landen diese beiden „Nachrichtenportale“ regelmäßig in den Top Ten.¹³ Auffällig oft beziehen sich unserer Erfahrung nach auch *Social Bots* auf Artikel dieser beiden Portale, teilen und liken sie. So bekommen diese Seiten eine immer größere Aufmerksamkeit. Das Problem liegt darin, dass hinter diesen Portalen

13 Vgl. <http://blog.10000flies.de/?s=ranking+2018> [Stand: 22.11.2018].



Facebook und Twitter löschen Propaganda-Accounts.
Abbildung: picture alliance / dieKLEINERT.de

kein seriöser Journalismus, sondern Propaganda, gepaart mit Verschwörungstheorien zu finden ist.¹⁴ *RT Deutsch* und die *Epoch Times* zählen laut einer Studie¹⁵ zu den Medienportalen, die am häufigsten Falschmeldungen in die Welt gesetzt oder von anderen Portalen übernommen haben. Der Kanal *RT Deutsch* wird vom russischen Staat finanziert um „als alternative Informationsquelle jenseits des Mainstreams“ zu fungieren.¹⁶ Auch die *Epoch Times* gehört zu den Medien, die sehr gerne von rechten Accounts geliked und geteilt werden. So nennt *Zeit Online* die *Epoch Times* in einem Artikel „eine stetige Quelle der Wut“, verweist auf die einseitige Berichterstattung und die Nähe zu AfD und Pegida, deren Demonstrationen die Plattform teilweise live übertrug.¹⁷ Dabei gehen die Portalbetreiber geschickt

un glaublicher, emotionaler und krasser, desto schneller und eher wird sie geteilt. Eine Richtigstellung, sofern es diese überhaupt gibt, wird hingegen weitaus weniger geteilt, da sie nicht so spannend ist. Es bleibt nur die Falschmeldung in den Köpfen präsent.

4) Genau hinsehen und nachdenken!

Wenn Sie einen Post mit einer „unglaublichen“ Geschichte sehen: Achten Sie auf alles! Passt das Bild überhaupt zur Geschichte (Wir erinnern uns an die Bilder-Rückwärtssuche!)? Wenn das Bild bislang noch nicht in einem anderen Zusammenhang auftauchte, überprüfen Sie es weiter: Sind auf dem Bild KFZ-Kennzeichen, Straßenschilder oder auffällige Häuser zu sehen? Wenn ja: Stimmen diese mit dem angeblichen Ort überein? Das können Sie schnell über *maps.google.com* herausfinden oder Sie laden sich kostenlos *Google Earth* herunter. Die Satellitenbilder, die für die – nahezu – ganze Welt zur Verfügung gestellt werden, sind zum Überprüfen von Ortsangabe sehr hilfreich.¹⁸

14 Vgl. Carsten Luther: Das hat uns gerade noch gefehlt, vgl. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2014-11/rt-deutsch-russland-propaganda-luegen> [Stand: 22.11.2018].

15 Vgl. Alexander Sänglerlaub/Miriam Meier/Wolf-Dieter Rühl: Fakten statt Fakes. Verursacher, Verbreitungswege und Wirkungen von Fake News im Bundestagswahlkampf 2017, März 2018, vgl. https://www.stiftung-nv.de/sites/default/files/snv_fakten_statt_fakes.pdf [Stand: 22.11.2018].

16 Vgl. <https://deutsch.rt.com/uber-uns/> [Stand: 22.11.2018] Einen sehr lesenswerten Artikel über die russische Einflussnahme auf die „alternativen Medien“ finden Sie hier: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_84584050/mitten-in-berlin-russlands-heimliche-medienzentrale-in-europa.html.

17 Vgl. <https://www.zeit.de/2017/38/epoch-times-afd-alternativmedium/seite-2> [Stand: 22.11.2018]. Weitere Einordnungen finden Sie auch hier: <https://meedia.de/2016/03/18/kopp-sputnik-epoch-times-co-nachrichten-aus-einem-rechten-paralleluniversum>.

18 Das Allerbeste ist und bleibt auch in der heutigen Zeit persönlich zum Ort des Geschehens zu gelangen, um Fakten zu überprüfen. Da das oftmals unmöglich ist, bieten Tools wie *google earth* eine gute Alternative. Viele Städte und Gemeinden zeigen auf ihrer Homepage außerdem live Webcam-Bilder. Meist von relevanten Plätzen wie dem Marktplatz oder einer belebten Einkaufsstraße. Wenn die Häuser auf der Webcam exakt so aussehen wie die auf dem Bild, das Sie überprüfen, können Sie sehr sicher sein, dass das Bild aus diesem Ort stammt.



Fake News

Abbildung: picture alliance / dieKLEINERT.de / Andreas Prüst

Eine typische Falschmeldung, die eine so große Runde in den sozialen Netzwerken drehte, dass sich schließlich die Polizei genötigt sah einzugreifen, wurde vor wenigen Wochen in Freiburg veröffentlicht.¹⁹



Screenshots vom 30.11.2018

Abbildung: Trischler/Mumbeck

Auf ihrer Twitter-Seite widerlegt die Freiburger Polizei eine typische, rechte Fake News.

Und überlegen Sie immer beim Text: Ergibt der Inhalt Sinn? Oder klingt er „zu krass“, um wahr zu sein? – Dann ist er das oft auch! Berichtet die „normale“ Presse auch über den vermeintlichen Vorfall? Wenn nicht: Hinweis auf Fake! Wenn es einen echten Skandal gibt, würden alle Medien davon berichten. Außerdem können Sie überprüfen, ob es eine offizielle Polizeimeldung dazu gibt. Die allermeisten Polizeistationen veröffentlichen täglich online ihren Polizeibericht.

.....

19 Vgl. Marco Fieber: Polizei geht gegen Fake-News über Demo vor, 31.10.2018, vgl. https://www.focus.de/panorama/welt/panorama-vergewaltigung-in-freiburg-polizei-geht-gegen-fake-news-ueber-demo-vor_id_9827024.html [Stand: 22.11.2018]. Einen sehr lesenswerten Artikel über den Urheber dieser Falschnachricht vgl. <https://bzfd.it/2qWE50J>.

5) Metadaten auslesen

Wenn Sie dieses Bild mit bloßem Auge sehen, erkennen Sie einen Strauch, Wiese, Wolken, einen Weg. Sie nehmen aber nicht die vielen, wertvollen Daten wahr, die hinter dem Foto stecken. Um diese sogenannten Metadaten auslesen zu können, benötigen Sie ein Programm. Metadaten sagen zum Beispiel, an welchem Tag und an welchem Ort ein Bild tatsächlich aufgenommen wurde. Leider werden diese wertvollen Informationen bei Bildern in den sozialen Netzwerken nicht angezeigt. Aber auf Webseiten und Blogs sind sie oft erhalten.²⁰

Für unsere Übung nutzen wir www.fotoforensics.com.



Um zu veranschaulichen, wie das Tool funktioniert, nutzt man ein solches Landschaftsbild und lädt es mit dem Befehl *Upload File* hoch.²¹ Sie können irgendein selbstgeschossenes Foto von Ihrem Rechner verwenden – oder natürlich ein Foto, das Sie online finden. Sobald Sie Ihr Bild hochgeladen haben, erscheint dieses oben auf dem Bildschirm. Darunter, grau meliert, eine zweite Version des Bildes, die eventuelle Manipulationen anzeigen würde. Dies zu erkennen erfordert aber Übung, so dass wir hier nicht genauer darauf eingehen können.²²

Links von den Bildern sehen Sie ein weiß hinterlegtes Kästchen. Dort klicken Sie bitte auf *Metadata*.

Nun werden Ihnen diverse Informationen zu Ihrem Bild angezeigt. In diesem Fall Datum und Uhrzeit der Aufnahme: Dieses Bild wurde am 30.10.2018 um 9.02 Uhr gemacht. Mit meinem Samsung-Handy. Genauer: mit dem Kamera-Modell SM-G925F. Hätte ich dem

.....

20 Vorsicht: Metadaten können zur Überprüfung helfen und gute Anhaltspunkte liefern. Ganz darauf verlassen darf man sich aber auch nicht darauf. Denn auch Metadaten können theoretisch gefälscht werden.

21 Datei auswählen und dann noch rechts auf *upload file* klicken.

22 Falls es Sie aber interessiert: Es gibt ein tolles Tutorial dazu auf der Seite. Bild für Bild können Sie Manipulationen immer besser erkennen lernen: [http://fotoforensics.com/messages.php?challenge=1\"Metadaten](http://fotoforensics.com/messages.php?challenge=1\).



Screenshots vom 30.11.2018

Abbildungen auf dieser Seite: Trischler/Mumbeck

Handy auch erlaubt, auf meine GPS-Daten zuzugreifen, würde mir *fotoforensics* sogar die exakten Koordinaten auf einer *Google maps* anzeigen, wo ich dieses Foto geschossen habe. Wie viele Informationen ein Bild preisgibt, hängt von den Einstellungen der Kamera ab.

Es existieren auch hier mehrere Anbieter, die mich Metadaten auslesen lassen, etwa *www.exifdata.com*. Wofür benötigen wir diese Informationen? Dahinter steckt ein ähnlicher Gedanke wie bei der Rückwärtssuche: Wenn ein Foto vermeintlich ein Ereignis vom 17.12.2018 zeigt, das Bild aber laut Metadaten bereits am 09.12.2018 aufgenommen wurde, sollten Sie sehr skeptisch sein, was den weiteren Inhalt der vermeintlichen Meldung betrifft. Journalisten nutzen Metadaten auch, um bei Bildern, die sie online finden, nachzuhaken: Mit welcher Kamera hat der (Hobby-) Fotograf das Bild gemacht? An welchem Ort? Zu welcher

Uhrzeit? Ist angegeben, dass das Bild mit einem I-Phone aufgenommen wurde, in den Metadaten steht aber, dass es sich bei der Kamera um eine Canon-EOS 70 D handelt, ist klar, dass etwas nicht stimmt. Theoretisch ist es auch möglich, Metadaten zu manipulieren. Aber so oder so wäre in diesem Fall klar, dass man bei dem entsprechenden Bild vorsichtig sein und im Zweifel lieber die Finger davon lassen sollte.

6) Homepages überprüfen: Wer steckt dahinter?

Es gibt einige, berühmte Beispiele, in denen auch Journalisten auf erfundene Geschichten hereingefallen sind. So ist zum Beispiel der „Bund deutscher Juristen“ eine erfundene Organisation, auf die 2006 mehrere Medien, u.a der Spiegel²³ hereingefallen sind. Dieses Beispiel ist zugegebenermaßen schon etwas älter, hat aber nichts an Relevanz verloren. Der angebliche Bund hatte am 1. Januar 2006 eine Pressemitteilung verschickt, in der er Aussagen des damaligen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble zur damals aktuellen, so genannten „Folterdebatte“ unterstützt hatte. Für einige Journalisten wirkte der Webauftritt <http://www.bunddeutscherjuristen.org/> und die Pressemitteilung, die von dem vermeintlichen Bund verschickt wurden, offensichtlich zunächst seriös. Dennoch hätte niemand hereinzufallen brauchen, da man überprüfen kann, wann eine Webseite ins Leben gerufen wurde. Das kann man z.B. über <https://www.united-domains.de/whois-suche> herausfinden.

Dazu gibt man auf dieser Seite z.B. *bunddeutscherjuristen.org* ein und bekommt dann angezeigt, dass die Webseite erst drei Tage vor Verschicken der E-Mail registriert wurde. Auch der *Wikipedia*-Artikel über den Verein wurde erst wenige Tage vor Verschicken der Pressemitteilung geschrieben. Auf diese Weise wird leicht deutlich, dass bei dieser Nachricht Vorsicht geboten ist.

Abschließend möchte ich Ihnen noch eine Botschaft mit auf den Weg geben: Seien Sie kritisch. Und nutzen Sie, so simpel es klingen mag, Ihren gesunden Menschenverstand. Wenn Sie ein Nachrichtenportal nicht kennen und Ihnen die Meldungen auf der Seite suspekt vorkommen, haben Sie vermutlich recht mit Ihrem Gefühl. Überprüfen Sie solche Meldungen dann mit den oben genannten Tipps. Dies hilft Ihnen dabei, in der Flut der Informationen nicht den Überblick zu verlieren. Wenn Sie tiefer in die Materie einsteigen wollen oder generelle Fragen haben, können Sie sich gerne jederzeit an uns von *wafana* wenden. 🍌

.....
 23 Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/folterdiskussion-spiegel-online-fiel-auf-falschmeldung-rein-a-393051.html> [Stand: 22.11.2018].

Der Koreakrieg

25. Juni 1950 bis 27. Juli 1953¹

von Rolf Steininger



Landung amerikanischer Truppen in Korea, 1950
Abbildung: UPI/Süddeutsche Zeitung Photo

Der Überfall und die amerikanische Reaktion

Der Krieg begann an einem Sonntag, im Morgengrauen des 25. Juni 1950. Um 4.00 Uhr eröffneten die Nordkoreaner mit Haubitzen und Mörsern entlang des 38. Breitengrades das Feuer. Dann traten auf der etwa 200 Kilometer

langen Front zwischen dem Gelben und dem Japanischen Meer sieben Infanteriedivisionen und eine Panzerbrigade mit 150 sowjetischen T-34-Panzern, unterstützt von Jagdflugzeugen, zum Angriff an, zusammen etwa 120.000 Mann.²

1 Bei diesem Beitrag handelt es sich um einen Zweitabdruck mit freundlicher Genehmigung der Thüringischen Landeszentrale für politische Bildung.

2 Vgl. Rolf Steininger: Der vergessene Krieg. Korea 1950-1953, München 2006, 2007.

US-Präsident Harry S. Truman und seine Mitarbeiter interpretierten den Überfall Nordkoreas als Beginn einer groß angelegten, globalen, von Moskau gesteuerten kommunistischen Offensive.³

Am Abend dieses 25. Juni fand in Washington eine erste Besprechung auf höchster Ebene statt. Für den Vorsitzenden der Chiefs of Staff, General Omar N. Bradley, war jetzt der Zeitpunkt gekommen, um den Kommunisten unmissverständlich zu sagen: „Bis hierher und nicht weiter!“ („We must draw the line somewhere!“) Truman stimmte dem zu. Noch war man allerdings der Meinung, mit den Maßnahmen auszukommen, die Außenminister Dean Acheson empfahl: Waffenlieferungen zur Unterstützung Südkoreas, Einsatz der Luftwaffe zur Sicherung der Evakuierung von amerikanischen Frauen und Kindern aus Seoul.⁴

Schon am nächsten Tag wurde deutlich, dass die Entwicklung in Korea weitergehende Maßnahmen erforderte. Der Fall der Hauptstadt Seoul stand unmittelbar bevor. Am Morgen des 27. Juni teilte Truman in einer Presseerklärung die Entscheidung vom Abend zuvor mit, nämlich: „Ich habe den Luft- und Seestreitkräften der USA den Befehl erteilt, den Truppen der südkoreanischen Regierung Schutz und Unterstützung zu leisten.“⁵

Erst zehn Stunden später wurde diese Maßnahme vom UNO-Sicherheitsrat nachträglich sanktioniert. Dies war nur möglich, weil Moskau den Sicherheitsrat nach wie vor boykottierte und Sowjetdiktator Stalin es nicht für nötig gehalten hatte, einen Vertreter zu entsenden, da er mit einem schnellen Sieg der Kommunisten rechnete.

Am 28. Juni fiel Seoul; am 30. Juni war die südkoreanische Armee zur Hälfte vernichtet; die Nordkoreaner standen tief im Süden der Halbinsel. Daraufhin genehmigte Truman am 30. Juni den Einsatz der zwei in Japan stationierten amerikanischen Divisionen in Korea.⁶ Die Sitzung, in der dieser historische Beschluss gefasst wurde, dauerte nur eine halbe Stunde.⁷

Truman befahl außerdem die Blockade und die Bombardierung Nordkoreas. Washington hatte sich für den großen antikommunistischen „Kreuzzug“ entschieden. Truman ernannte General Douglas MacArthur zum Ober-



Abbildung: Peter Palm

befehlshaber in Korea. Gleichzeitig wurden Elitetruppen aus den USA nach Korea eingeflogen. Ihnen gelang es, den Vormarsch der Kommunisten zu stoppen und im Südosten Koreas bei Pusan einen Brückenkopf zu bilden.

Formal war die „Polizeiaktion“, wie der Kampf gegen die nordkoreanischen Kommunisten offiziell hieß, kein rein amerikanisches Kommando, sondern vielmehr ein *United Nations Command* auf der Basis der UNO-Resolution vom 27. Juni.

Darin waren alle Mitglieder gebeten worden, Truppen nach Korea zu entsenden. Dies war die Geburtsstunde einer ersten internationalen Streitmacht. Am Ende gehörten ihr neben Amerikanern und Südkoreanern Soldaten aus 15 Nationen an.

Dabei stellten die Amerikaner zwei Jahre nach dem Angriff allerdings nicht nur die Hälfte der Soldaten – rd. 350.000 Mann –, sondern finanzierten auch das ganze Unternehmen.

3 Vgl. Foreign Relations of the United States (FRUS), 1950: Volume 7. Korea, Washington D.C. 1976, S. 347.
 4 Alonzo L. Hamby: Man of the People. A life of Harry S. Truman, New York 1995, S. 157 f.
 5 FRUS (wie Anm. 3), S. 202.
 6 Vgl. Harry S. Truman: Memoiren, Bd. 2, Bern 1956, S. 387 f.
 7 Vgl. The History of the Joint Chiefs of Staff (JCS): Vol. 3. The Korean War, Washington D.C. 1978, S. 118.

Die Vorgeschichte: ohne Stalin kein Krieg

Korea, das „Land der Morgenstille“, war 1910 als Opfer des japanischen Imperialismus von Japan offen annektiert worden. Es diente dem Kaiserreich als Lieferant von Rohstoffen und Arbeitskräften und wurde wie eine Kolonie niederen Ranges behandelt. 80 Prozent der Koreaner konnten 1945 weder lesen noch schreiben. Der Zweite Weltkrieg schien auch hier die Wende zu bringen. US-Präsident Franklin D. Roosevelt, der britische Premierminister Winston Churchill und der damals führende Politiker Chinas Tschiang Kai-schek hatten sich bei ihrem Treffen in Kairo am 26. November 1943 „eingedenk der Versklavung des koreanischen Volkes“ für die Errichtung des freien und unabhängigen Korea „zu gegebener Zeit“ ausgesprochen.⁸

Wie war die Lage bei Kriegsende in Korea?

Nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki war der Krieg gegen Japan praktisch beendet. Die Rote Armee war Anfang August an der Ostküste Koreas 80 Kilometer nach Süden vorgestoßen. Bei den USA gab es zu diesem Zeitpunkt keine konkreten Pläne hinsichtlich der zukünftigen Behandlung Koreas; sie hatten auch noch keine Truppen dort (diese kamen erst am 8. September).

Es ging zunächst nur um die Entwaffnung der Japaner in Korea, im Norden durch die Sowjets, im Süden durch die Amerikaner. Die Frage war, an welcher Linie das stattfinden sollte. Dies wurde in der Nacht vom 10. auf den 11. August 1945 im Pentagon festgelegt. Zwei Mitarbeiter hatten dafür genau 30 Minuten Zeit.

Zunächst wollten sie sich an den Provinzgrenzen orientieren, die Karte, die ihnen zur Verfügung stand, war jedoch dafür nicht geeignet, sie war schlicht zu klein.

So entschlossen sie sich kurzerhand, den 38. Breitengrad, der Korea in etwa halbierte, als Demarkationslinie vorzuschlagen.⁹ Mitte August 1945 akzeptierte Stalin den amerikanischen Vorschlag.

Wie im geteilten Deutschland verfestigte sich die Demarkationslinie bald zur Systemgrenze. Alle Bemühungen um eine baldige Wiedervereinigung des Landes scheiterten. Im September 1947 beschloss die UNO-Vollversammlung, eine UNO-Kommission einzusetzen, die freie und geheime Wahlen für ganz Korea überwachen sollte. Dieser Kommission wurde jedoch Anfang 1948 die Einreise nach Nordkorea verweigert. Die Folge war die endgültige Spaltung des Landes.

8 US Senate, Documents 1943-1953: The United States and the Korean Problem, Washington D.C., Doc. 74.

9 Vgl. William Stueck: Rethinking the Korean War. A new Diplomatic and Strategic History, Princeton 2008, S. 11 ff.

Im Mai 1948 fanden in Südkorea Wahlen statt, die weder als frei noch als geheim bezeichnet werden konnten. Südkoreas Führer Syngman Rhee rief am 15. August dennoch die Republik Südkorea aus. Zehn Tage später fanden in Nordkorea Wahlen statt, die noch weniger demokratisch waren als jene im Süden und in deren Folge Kommunistenführer Kim Il-sung am 9. September 1948 die Demokratische Volksrepublik Korea ausrief.

Beide Regierungen beanspruchten, der legitime Repräsentant ganz Koreas zu sein; beide Politiker forderten die Wiedervereinigung des Landes mit allen Mitteln.

Am 25. Juni schlug Nordkorea zu.¹⁰ Entgegen jahrzehntelanger kommunistischer Propaganda stand von Anfang an fest, dass der Norden den Süden überfallen hatte. Wir wissen heute genau, wie es zum 25. Juni 1950 gekommen ist. Auch hier gilt wie für manch andere Aspekte des Kalten Krieges die Kurzformel: Am Anfang stand Stalin. Ohne Stalin kein Koreakrieg!

Stalin und der Koreakrieg

Anfang Februar 1950 befahl Stalin, drei nordkoreanische Divisionen mit modernen Waffen auszurüsten. Seine Generäle sollten die Detailplanung für den Angriff gegen den Süden durchführen.¹¹

Angriffsbefehle, die er wenig später persönlich genehmigte, sprachen von Gegenangriffen, um so den Eindruck zu erwecken, als ob Südkorea Nordkorea angegriffen hätte. Vom 13. bis 16. Mai 1950 besuchte Kim Peking und präsentierte Mao seinen Angriffsplan, wobei er betonte, dass Stalin ihn bereits genehmigt habe.

Am 10. Juni gab Stalin endgültig grünes Licht für den Angriff. Um seine Verantwortung für die Nachwelt zu vertuschen, setzte er die Unterschrift von Andrej Gromyko, dem damals stellvertretenden Außenminister, unter das entsprechende Telegramm. Gleichzeitig befahl er, die sowjetischen Berater vom 38. Breitengrad abzuziehen, und forderte eine „Geschichte“ für die Nachwelt. Die konnte man dann in offiziellen sowjetischen Militärenzyklopädien nachlesen: Aus einem kommunistischen Überfall – intensiv und detailliert geplant und durchgeführt – wurde eine Verteidigungsaktion, um einen amerikanischen Angriff zurückzuschlagen. Diese Version galt bis zum Ende der Sowjetunion im Jahre 1991 – und gilt in Nordkorea immer noch.¹²

10 Vgl. William J. Sebald: With MacArthur in Japan, New York 1965, S. 180 f.

11 Vgl. Norman Friedman: The Fifty-Year War. Conflict and Strategy in the Cold War, Annapolis/Maryland 2000, S. 153.

12 Ebd.

Oktober 1950: Das Überschreiten des 38. Breitengrades

Nachdem es mit Hilfe aus den USA eingeflogener Elitesoldaten gelungen war, im Südosten Koreas bei Pusan einen Brückenkopf zu bilden, begannen in Washington Planungen, durch Einsatz massiver Kräfte nicht nur die militärische Wende herbeizuführen, sondern den 38. Breitengrad zu überschreiten und Korea wiederzuvereinen.

Am Beginn dieses Unternehmens stand die Operation *Chromite*, die amphibische Landung in Inchon, dem Hafen von Seoul, im Rücken der Kommunisten, die MacArthur gegen den Rat der Stabschefs und der meisten seiner Kommandeure durchführte, die eine solche Operation für undurchführbar hielten. Und in der Tat ist Inchon schwieriges Gelände: Bei Ebbe zieht sich das Wasser fünf Kilometer zurück, bei Flut erreicht es eine Höhe von elf Metern. Am 15. September lief die Operation an – mit 230 Schiffen und 70.000 Mann.

Die Überraschung war perfekt, das Unternehmen wurde zu einem einzigartigen Erfolg und brachte die Wende im Koreakrieg. Am 28. September wurde Seoul befreit, am 29. die Regierung Syngman Rhee feierlich wieder eingesetzt. Gleichzeitig brach die 8. US-Armee aus dem Kessel von Pusan aus und stieß nach Norden vor. Die Kommunisten waren verloren. Der große Sieger hieß MacArthur.¹³

Als weder Rotchina noch die Sowjetunion eingriffen, fiel in Washington die endgültige Entscheidung zum Überschreiten des 38. Breitengrades. Obwohl es in den folgenden Tagen Hinweise für ein Eingreifen Chinas gab, hielt die CIA dies nicht für möglich.¹⁴

Truman hielt es dennoch für notwendig, persönlich mit MacArthur – „Gottes rechte Hand“, wie er ihn intern nannte¹⁵ – zu konferieren. Am 15. Oktober kam es auf Wake Island im Pazifik zu jener spektakulären Zusammenkunft, die Truman mit dem beruhigenden Gefühl verließ, dass es tatsächlich keine chinesische Gefahr gab.

Den besten Zeitpunkt zum Eingreifen, so MacArthur, hätten die Chinesen verpasst. Würden sie es trotzdem versuchen, „werden wir sie abschlachten“ („*we will slaughter them.*“).¹⁶

Nach dem Treffen von Wake Island hielt die grenzenlose Siegeszuversicht bei den Amerikanern unvermindert an. Am 19. Oktober wurde Pjöngjang eingenommen, am 24. Oktober erteilte MacArthur den Befehl, an den Yalu, den Grenzfluss zu China, vorzustoßen.



General Douglas MacArthur (sitzend) und seine Mitarbeiter beobachten Bombardierungen und Luftangriffe vor der Landung in koreanischen Gewässern, als die US-Streitkräfte ihre Offensive beginnen, 16. September 1950. National Archives II, College Park, Maryland.

Abbildung: picture alliance/AP Images

Zwei Tage später allerdings wurde eine südkoreanische Division, die den Yalu erreicht hatte, im Nahkampf mit Chinesen fast vollständig aufgerieben. War dies der Beginn einer offenen Intervention Pekings in Nordkorea? MacArthur stoppte seine Offensive jedoch nicht. Für ihn gab es nach wie vor keinen Grund zur Beunruhigung. Ein Eingreifen Chinas hielt er nach wie vor für unwahrscheinlich¹⁷ und wollte das Problem zunächst auf seine Weise lösen: Am 5. November befahl er einen zweiwöchigen Einsatz der Luftwaffe: mit Ausnahme einiger Staudämme sollten am Yalu alle Brücken, Nachschublinien und militärische Einrichtungen, Fabriken, Städte und Dörfer zerstört werden.

Zu diesem Zeitpunkt schien die akute chinesische Gefahr plötzlich vorüber zu sein. Die Chinesen schienen verschwunden zu sein, lediglich kleinere Gruppen Nordkoreaner leisteten Widerstand. Am 20. November standen die ersten Amerikaner am Yalu, am 24. November befahl MacArthur die Endoffensive „*Home by Christmas*“: Weihnachten sollte alles vorbei sein.¹⁸

Fast zur gleichen Stunde startete Rotchina seinen Gegenangriff. Der CIA war einer ihrer schwersten Fehler unterlaufen: Mehr als 200.000 Chinesen hatten nämlich unbemerkt den Yalu überquert, mehr als 300.000 stießen jetzt nach. Sie hatten mit dem Angriff am Freitag, 24. November, begonnen, einen Tag nach Thanksgiving, und trieben die völlig überraschten Amerikaner in Scharen nach Süden.

13 Vgl. Spencer C. Tucker: *Encyclopedia of the Korean War*, Santa Barbara 2000, S. 273-278.

14 Vgl. FRUS (wie Anm. 3), S. 826.

15 David McCullough: *Truman*, New York 1992, S. 801.

16 FRUS (wie Anm. 3), S. 953.

17 Vgl. Truman (wie Anm. 6), S. 425 f.

18 Vgl. *New York Times* vom 24.11.1950.

Bei der 8. US-Armee im Westen spielten sich erschreckende Szenen ab. Lediglich die Marines des X. Corps im Osten – die „Ledernacken“ – leisteten Widerstand.

Statt des von MacArthur versprochenen Endsieges standen die USA vor der schwersten militärischen Niederlage ihrer Geschichte, die später nur noch von dem Debakel in Vietnam übertroffen werden sollte.

Am 28. November schickte MacArthur sein inzwischen berühmtestes Telegramm nach Washington, in dem er die Stabschefs über das, was in Korea ablief, mit folgender Feststellung unterrichtete: „Wir sehen uns einem völlig neuen Krieg gegenüber. („*We face an entirely new war.*“).“¹⁹

Das Telegramm wurde um 4:46 Uhr im Pentagon empfangen, um 6:15 Uhr rief der Vorsitzende der Staatschefs, Omar Bradley, Präsident Truman an und teilte mit, er habe eine „furchtbare Nachricht“ von MacArthur erhalten.²⁰

Entscheidungen in Moskau und Peking

Dank der Forschungen amerikanischer, sowjetischer und chinesischer Kollegen wissen wir inzwischen ziemlich genau, was sich damals in Moskau und Peking abspielte. Zwei Dinge sind in diesem Zusammenhang wichtig:

1. Mao betrachtete die Amerikaner als Aggressoren und Korea als mögliches Sprungbrett für einen amerikanischen Angriff gegen sein Land.
2. Bei allen Entscheidungen war wieder einmal Stalin der entscheidende Mann.

Bereits Ende Juli hatte Stalin den Vorschlag gemacht, dass Mao neun Divisionen an der Grenze zu Korea stationieren sollte, „falls der Feind den 38. Breitengrad überqueren würde“. Er werde Luftunterstützung für diese Einheiten zur Verfügung stellen. Die Rede war von 122 MiGs, die im August in der Mandschurei stationiert wurden. Zur gleichen Zeit ging man im Politbüro in Peking davon aus, dass zwölf chinesische Armeen entlang des Yalu stationiert werden sollten. Anfang August meinte Mao im Politbüro: „Falls die amerikanischen Imperialisten den Krieg gewinnen, werden sie noch arroganter und uns bedrohen.“²¹

Am 29. September bat Kim Stalin um Hilfe. Der schickte jedoch keine Truppen, sondern lediglich Material (später dann allerdings MiG-Jäger mit nordkoreanischem Hoheitszeichen, aber sowjetischen Piloten). Am 1. Okto-

.....
19 JCS (wie Anm. 7), S. 1237 f.

20 William Manchester: *American Caesar. Douglas MacArthur 1880-1964*, Boston 1978, S. 608.

21 Friedman (wie Anm. 11), S. 161.

ber bat Kim Mao um Intervention. Wir wissen heute, dass Mao bereits zu diesem Zeitpunkt den Entschluss gefasst hatte, in den Krieg einzugreifen. Seine Generäle hatten ihm einen Sieg vorausgesagt, angesichts amerikanischer Truppen, die politisch wenig motiviert seien, keine Nachtangriffe durchführen könnten, taktisch unflexibel seien, Angst vor dem Sterben und überlange Verbindungswege über den Pazifik hätten. Für Mao würde ein Sieg in Korea auch seine Position in China selbst konsolidieren.

Am 6. Oktober drängte Stalin Mao, in den Krieg einzutreten. Am 8. Oktober fuhr Ministerpräsident Tschou En-Lai nach Moskau, um mit Stalin Einzelheiten der militärischen Operation auszuarbeiten. Stalin war jetzt vorsichtig und machte einen Rückzieher: möglicherweise könne er überhaupt keine Hilfe zur Verfügung stellen und höchstens den Luftraum über China sichern, nicht aber der vorrückenden chinesischen Armee Luftunterstützung geben. Er befürchtete offensichtlich einen direkten Zusammenstoß mit amerikanischen Truppen und wollte keinen Krieg mit den USA riskieren, für den sein Land – noch – nicht vorbereitet sei.

Immerhin stimmte er zu, 20 chinesische Divisionen auszurüsten, Luftunterstützung könne er aber erst zwei bis zweieinhalb Monate nach Eintritt Chinas in den Krieg leisten.²²



US-Truppen auf koreanischem Territorium
Abbildung: picture alliance/AP Images

Mao betrachtete Stalins wenig klare Zusage als Verrat, dies auch mit Blick auf den wenige Monate zuvor geschlossenen Bündnisvertrag. Er stoppte daraufhin alle Vorbereitungen für eine Intervention in Korea. Ohne chinesische Hilfe würde Nordkorea allerdings zusammenbrechen. Stalin erkannte, dass Mao nur bluffte:

.....
22 Vgl. Stueck (wie Anm. 9), S. 107.

Am 12. Oktober befahl er Kim, sich hinter die chinesischen Grenze zurückzuziehen und eine Exilregierung in der Mandschurei zu bilden. Das hätte bedeutet, dass amerikanische Truppen an der chinesischen Grenze stehen würden – ohne dass Mao eingegriffen hatte. Das war für Mao nicht hinnehmbar, und so gab er nach. Am 18. Oktober befahl er seinen Truppen, in den Krieg einzutreten.²³

Am nächsten Tag überquerten die ersten von 250.000 Chinesen – „Freiwillige“, wie Peking sie nannte – den Yalu, auch ohne sowjetische Luftunterstützung.

Begrenzter Krieg oder Einsatz der Atombombe?

Seit MacArthurs Telegramm vom 28. November herrschte Krisenstimmung in Washington. Überlegungen für den möglichen Einsatz der Atombombe wurden jetzt konkreter. Das Pentagon legte unmittelbar nach Eingang des Telegramms eine 14 Punkte umfassende Liste möglicher Maßnahmen vor, in der es u. a. hieß, die USA sollten nunmehr alle notwendigen Schritte unternehmen, um sicherzustellen, „dass die Atombombe sofort gegen die chinesischen Kommunisten eingesetzt werden kann, entsprechend dem Befehl des Präsidenten, wenn bzw. falls dieser kommt.“

Die Liste war für die von Truman einberufene Sonder-sitzung des Nationalen Sicherheitsrates gedacht, die am selben Tag um 15.00 Uhr im Weißen Haus begann. Es war dies wohl eine der wichtigsten Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrats während der gesamten Truman-Ära.²⁴

Es ging um die entscheidende Frage: Ausweitung oder Begrenzung des Krieges? Verteidigungsminister George Marshall plädierte mit Nachdruck für eine Begrenzung des Krieges. Eine Ausweitung gegen China würde bedeuten, dass man „in die von den Sowjets sorgfältig vorbereitete Falle läuft“. Es gehe darum, sich nicht noch tiefer in die Angelegenheiten Koreas zu verstricken und einen „ehrvollen Ausweg“ aus dem Dilemma zu finden („*to get out with honor*“). Von einem möglichen Einsatz der Atombombe war in diese Sitzung nicht die Rede.²⁵

Am 1. Dezember folgte eine weitere Krisensitzung. Da wurde die Frage gestellt, was geschehen würde, falls die Sowjets die Chinesen massiv unterstützen würden und man die eigenen Truppen evakuieren müsse. Für diesen Fall, so der Stabschef der Armee, General J. Lawson Collins, „müssten wir den Einsatz oder die Drohung mit der Atombombe in Erwägung ziehen“.²⁶

23 Vgl. Friedman (wie Anm. 11), S. 162.

24 Vgl. McCullough (wie Anm. 15), S. 817.

25 Vgl. Memorandum of Conversation, FRUS (wie Anm. 3), S. 1242-1248.

26 Ebd., S. 1276-1281.

Die Lage war ernst. Zum einzigen (und bislang letzten) Mal in der Geschichte der USA rief Truman am 16. Dezember 1950 den nationalen Notstand aus, der u. a. staatliche Eingriffe ins Wirtschaftsgefüge und eine massive militärische Aufrüstung ermöglichte.²⁷

Inzwischen ging im Westen Koreas der Rückzug der 8. US-Armee – „der längste Rückzug in der amerikanischen Militärgeschichte“, wie der amerikanische Historiker David McCullough das genannt hat²⁸ – unter unsagbaren Opfern weiter, während sich im Osten die „Ledernacken“ durchkämpften. Ende Dezember 1950/Anfang Januar 1951 trat der Krieg in eine dramatische Phase sein. In Washington wurde jetzt nämlich von einigen Militärs zum ersten Mal die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass der „große Krieg“ der bessere Weg zur Lösung der Krise war.

Am 20. Dezember hieß es, ein Rückzug aus Korea werde dem Prestige der USA in Asien und der übrigen Welt einen „nicht wieder gutzumachenden Schaden“ zufügen.²⁹

Vier Tage später forderte MacArthur den Einsatz von 24 Atombomben – und erhielt als Antwort die Direktive der Stabschefs, Korea solle ein „begrenzter Krieg“ bleiben. MacArthur wurde angewiesen, die Stellung so weit wie möglich zu halten. Wenn das zu unerträglichen Verlusten führe, müsse Korea geräumt werden.³⁰

Der Fünf-Sterne-General stellte sich das ganz anders vor. Er wollte die Ausweitung des Krieges, hatte sie immer gewollt. Am 30. Dezember ging er einen Schritt weiter und forderte jetzt den Abwurf von 34 Atombomben auf chinesische Städte.

Die Ziele lieferte er gleich mit. Inzwischen hatten die Chinesen ihre Frühjahrsoffensive gestartet und eroberten am 4. Januar Seoul, das zum zweiten Mal aufgegeben werden musste.

Für die Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am 17. Januar legten die Stabschefs ein Memorandum vor, das sich in wichtigen Punkten den Forderungen von MacArthur näherte, u.a. Bombardierung Chinas, Vorbereitung einer Blockade und Einsatz von Nationalchinesen in Rotchina.³¹

Eine Einigung war nicht möglich – und dann auch nicht mehr nötig. Am Vormittag des 17. Januar kabelte der Stabschef der Armee, General Joseph L. Collins, als Ergebnis seiner Inspektionsfahrt in Korea nach Washington:

.....

27 Vgl. Facsimile in: Steininger (wie Anm. 2), S. 162 f.

28 McCullough (wie Anm. 15), S. 834.

29 Top Secret. United States Objectives and Courses in Korea. National Archives II, College Park, Maryland, NSC 118/2.

30 Vgl. FRUS (wie Anm. 3), S. 1625 f.

31 Vgl. ebd., S.1514 ff; Steininger (wie Anm. 2), S. 176.



Im Gefecht
Abbildung: Rue des Archives/Tallandier/Süddeutsche Zeitung Photo

„Die 8. Armee ist in guter, ständig besser werdender Verfassung. Ihre Moral ist sehr zufriedenstellend; sie hat neue Stellungen bezogen und ist in der Lage, bei jedem Großangriff erfolgreich zurückzuschlagen.“³²

Die Entlassung MacArthurs

Die militärische Entwicklung in Korea ersparte Washington die bittere Entscheidung zwischen einer von den Kommunisten erzwungenen Aufgabe Koreas und dem offenen Krieg gegen Rotchina mit Einsatz der Atombombe, und damit womöglich gegen die Sowjetunion. Korea blieb ein begrenzter Krieg.

Am 20. März unterrichteten die Stabschefs MacArthur von der Absicht Präsident Trumans, Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten.

MacArthur sah das nach wie vor anders. Auf die Frage der Staatschefs, welche Kräfte er brauche, um den 38. Breitengrad zu halten, antwortete er, Korea habe keine andere Grenze als den Yalu. Für ihn entschied sich das Schicksal der freien Welt in Asien, nicht in Europa: in

32 „Eighth Army in good shape and improving daily [...]. Morale very satisfactory [...]. On the whole Eighth Army new in position and prepared to punish severely any mass attack.“ J. Lawton Collins: *War in Peacetime: The History and Lessons of Korea*, Boston 1969, S. 253 f.

Asien musste seiner Meinung nach der totale Krieg gegen den Kommunismus geführt werden. Die Kommunisten hatten den Krieg provoziert, nicht die USA. Er forderte erneut den Einsatz der Atombombe – mindestens die radioaktive Verseuchung der Grenzregion zur Mandschurei –, die Bombardierung Rotchinas, sodass das Land auf Generationen keinen Krieg mehr führen könne, und den Einsatz national-chinesischer Truppen sowohl in Korea als auch auf dem chinesischen Festland.³³

Die amerikanische Führung aber wollte nicht in die ihrer Meinung nach vom Kreml aufgestellte gigantische Falle laufen und die Masse der eigenen Truppen in Korea bzw. Asien engagieren und Europa damit den Sowjets ausliefern.

Mit den Worten von General Omar Bradley, dem Nachfolger MacArthurs: „Ein solcher Krieg wäre der falsche Krieg am falschen Ort zur falschen Zeit gegen den falschen Gegner.“

Am 10. April entließ Truman den Fünf Sterne-General.³⁴



Titelblatt der New York Times vom 11. April 1951: Entlassung von Douglas MacArthur als Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Korea durch Präsident Harry Truman

Abbildung: ullstein bild/Granger, NYC

33 Vgl. Steininger (wie Anm. 2), S. 173-176.

34 Vgl. JCS (wie Anm. 7), S. 67.

Am 17. April 1951 landete der nach 14 Jahren Abwesenheit von den USA in San Francisco. Am 19. April hielt er als erster General eine Rede vor beiden Häusern des Kongresses. Sie dauerte 34 Minuten und wurde 34-mal durch Beifall unterbrochen.³⁵

Schon bald begann die Öffentlichkeit allerdings zu realisieren, dass der General dem Obersten Befehlshaber getrotzt hatte, dass er schriftliche Befehle nicht befolgt hatte und dass fehlende Subordination von keinem Präsidenten geduldet werden konnte. Überlegungen der Republikaner, MacArthur zum Präsidentschaftskandidaten zu machen, wurden nicht weiter verfolgt. Kandidat wurde ein anderer General: Dwight D. Eisenhower.

Waffenstillstand oder Atomschlag?

Die USA wollten inzwischen den Krieg in Korea beenden und boten Waffenstillstandsverhandlungen an. Inzwischen ist einiges über die damals in Moskau und Peking angestellten Überlegungen bekannt.

Anfang Juni 1951 war die Frühjahrsoffensive der chinesischen „Freiwilligen“ gescheitert; die Kommunisten hatten über 100.000 Tote zu beklagen.

Als Reaktion darauf forderte Mao am 21. Juni von Stalin die Ausrüstung von weiteren 60 Divisionen bis zum Ende des Jahres. Stalins Antwort: „Das ist physisch unmöglich und vollkommen undenkbar.“ Es würde bis 1954 dauern, um eine solche Forderung zu erfüllen. Stalin war im Übrigen unzufrieden mit der chinesischen Ausbildung der Piloten: Mao wolle offensichtlich aus ihnen „Professoren machen, aber keine Piloten“, wie er meinte. Am 14. Juni stimmte er Waffenstillstandsverhandlungen zu.

Die begannen am 10. Juni in Kaesong am 38. Breitengrad und wurden später in Panmunjom fortgesetzt. Dabei kam es vor, dass sich die Delegationen stundenlang schweigend gegenüber saßen. In der Folgezeit wurden die Verhandlungen mehrfach unterbrochen, wieder aufgenommen, wieder abgebrochen – ein Ritual, das sich über mehr als zwei Jahre hinzog, während der Krieg in den USA immer unpopulärer und die Zustimmung zu Trumans Politik immer geringer wurde.³⁶

Wir wissen heute, dass es Stalin war, der die Beendigung des Krieges letztlich verhinderte. Kim Il Sung wollte ein Ende, aber auch Mao. Im August 1952 ließ Stalin ihnen mitteilen, dass der Krieg in Korea eine nützliche Form der Erziehung sei, in einem Krieg, der wenig koste,

mit Ausnahme von Menschen, die entbehrlich seien. Stalin lieferte jene Waffen, die die Chinesen benutzten. Falls er die Waffenlieferungen stoppen sollte, würde die Gefahr einer Invasion durch Tschiang Kai-schek wachsen. Tschu En Lai bat Stalin um eine Garantie für weitere Hilfe, falls die Amerikaner den Krieg ausweiten würden. Stalin stimmte lediglich zu, sowjetische Truppen in Port Arthur als Abschreckung weiter stationiert zu halten. Den Amerikanern war damals nicht klar, dass es Stalin war, der an der Fortsetzung des Krieges interessiert war, um Mao weiter in Abhängigkeit zu halten.

In den Verhandlungen in Panmunjom wurde der Austausch der Kriegsgefangenen zur schwierigsten Frage. Von 170.000 gefangenen Nordkoreanern und Chinesen wollten nur 70.000 in ihre Heimat zurück. Die Kommunisten befürchteten einen Prestigeverlust und verlangten die Auslieferung aller Kriegsgefangenen, was die USA entschieden ablehnten.

Korea war das Thema im amerikanischen Präsidentenwahlkampf im Herbst 1952. Die Republikaner nannten dort als „oberstes Ziel“ ihrer Außenpolitik einen „ehrenhaften und gerechten Frieden“ in Korea. Ihr Kandidat, Eisenhower, sagte auf einer öffentlichen Wahlveranstaltung in Detroit einen Besuch in Korea zu, falls er gewählt werden würde. Das hieß wohl, er hatte einen Plan, den Krieg zu beenden.

Er hatte zwar keinen, aber er wurde gewählt und besuchte im Dezember 1952 Korea in geheimer Mission. Nach seiner Amtseinführung ging es ihm darum, so schnell wie möglich den Krieg zu beenden. Die Kommunisten, d. h. Stalin, sahen das anders – und rührten sich nicht. Das wiederum führte auf amerikanischer Seite zu einer weitreichenden Entscheidung:

Im Frühjahr 1953 billigte die neue Administration einen Entwurf der Vereinigten Stabschefs, in dem zur Beendigung des Krieges die Ausweitung zum „großen Krieg“ vorgesehen war: massive Angriffe gegen China, einschließlich der Mandschurei. Dabei sollten alle notwendigen Operationen unternommen werden, einschließlich „extensiver strategischer und taktischer Einsätze von Atombomben“ – von denen die USA damals etwa 1000 besaßen –, um „maximale Überraschung und Wirkung“ zu erzielen. Dabei war man sich darüber im Klaren, dass das möglicherweise zu einem Krieg mit der Sowjetunion in Asien oder sogar zu einem Weltkrieg führen würde. Gleichzeitig sorgt man dafür, dass diese Entscheidung Washingtons den Kommunisten nicht verborgen blieb.³⁷

35 Vgl. Steininger (wie Anm. 2), S. 179.

36 Vgl. ebd., S. 182.

37 Vgl. JCS (wie Anm. 7), S. 960.



Kommunistische Delegierte und Delegierte der Vereinten Nationen während der Waffenstillstandsgespräche in Panmunjom 1953
 Abbildung: Rue des Archives/Tallandier/Süddeutsche Zeitung Photo

Eisenhower war davon überzeugt, dass diese harte Haltung schließlich zur Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen und zu deren erfolgreichem Ende führte. Das mag so sein, aber entscheidend war möglicherweise eine andere Tatsache, nämlich der Tod Stalins am 5. März 1953. Bereits am 19. März beschloss der Ministerrat in Moskau, der UNO mitzuteilen, dass nunmehr die Zeit gekommen sei, den Waffenstillstand abzuschließen. Am 26. April 1953 wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen, dann zwar wieder unterbrochen, aber Anfang Juni hatte man einen Kompromiss in allen Punkten gefunden. Zwangsrepatriierungen würde es nicht geben – ein schwerer Prestigeverlust für die Kommunisten. Am 27. Juli 1953 wurde der Krieg durch einen Waffenstillstandsvertrag beendet.

In der traditionellen „Friedensbaracke“ von Panmunjom setzten an jenem Montag um 10.00 Uhr koreanischer Zeit der amerikanische Generalleutnant William K. Harrison und der Nordkoreaner Nam Il – der noch kurz zuvor zum General befördert worden war, damit er einen höheren Rang als Harrison hatte – ihre Unterschriften unter ein

dickes Bündel von Dokumenten.³⁸ Etwa 170 Journalisten aus der westlichen Welt und einige kommunistische Pressevertreter standen vor der Halle, in der die Unterzeichnung vorgenommen wurde. Nach 15 Minuten war alles zu Ende; Harrison und Nam entfernten sich – immer noch ohne ein Wort, einen Blick oder einen Gruß zu wechseln.

James Reston von der „New York Times“ hatte den Eindruck, „als ob sie eine Kriegserklärung statt eines Waffenstillstandsabkommens“ unterzeichnet hätten.³⁹ Drei Stunden später unterschrieb General Mark W. Clark als UN-Oberkommandierender das Dokument im wenige Kilometer entfernten Munsan.⁴⁰

Zwölf Stunden später schwiegen die Waffen in Korea. Von nun an gab es eine vier Kilometer breite entmilitarisierte „Pufferzone“ zwischen Nord- und Südkorea, die von einer internationalen Kommission überwacht wurde. Ihr

.....

38 Vgl. Stueck (wie Anm. 9), S. 342.

39 Hakjoo Kim, in: Tucker (wie Anm. 13), S. 470.

40 Faksimile in: Steinger (wie Anm. 2), S. 186.



Denkmal für die im Korea-Krieg gefallenen Soldaten in Washington, D.C.
Abbildung: ullstein bild - joko

Verlauf entsprach in etwa dem 38. Breitengrad, der in den folgenden Jahren zu einer der todbringendsten Grenzen des Kalten Krieges wurde.

Fazit

Der Koreakrieg blieb zwar ein „begrenzter Krieg“, seine globale Bedeutung kann allerdings nicht hoch genug eingeschätzt werden. Er war „der Wendepunkt des Kalten Krieges“, wie Truman es in seiner Abschiedsrede am 15. Januar 1953 formulierte,⁴¹ und hatte gravierende Konsequenzen für alle Beteiligten.

In den USA war er lange Zeit der „vergessene Krieg“ zwischen dem „guten“ Zweiten Weltkrieg und dem „schlechten“ Vietnamkrieg; und das obwohl etwa 37.000 Soldaten starben und 100.000 verwundet wurden; erst 1995 wurde ihnen in Washington ein Denkmal gesetzt. Die Verluste auf koreanischer und chinesischer Seite werden auf 1,7 Millionen Tote und Verwundete geschätzt. Eine Million Zivilisten

.....
⁴¹ McCullough (wie Anm. 15), S. 919.

fanden im Süden den Tod, mehr als doppelt so viele im Norden. Das Land selbst war vollständig zerstört.

In den USA löste der Krieg apokalyptische Ängste über die kommunistische Weltverschwörung aus. Das innenpolitische Klima war auf Jahre belastet. Es begann die Periode des McCarthyismus: die antikommunistische Hexenjagd des Senators Joseph R. McCarthy aus Wisconsin.

Größte Konsequenzen hatte der Krieg schließlich für das amerikanisch-chinesische Verhältnis: Er vergiftete für Jahrzehnte die Beziehungen und zwang Peking für lange Zeit an die Seite Moskaus, was offensichtlich von Anfang an Stalins Absicht gewesen war. Tschiang Kai-schek war und blieb der Verbündete der USA, gesichert u. a. durch die 7. US-Flotte, die Maos Pläne einer Invasion der Insel zunichtemachte. Und er führte dazu, dass die USA Japan als Verbündeten suchten und dessen Wiederaufbau vorantrieben.

Der Krieg war „ein Geschenk der Götter“, wie der japanische Ministerpräsident Shigeru Yoshida 1951 meinte. Japan erhielt 1951 einen moderaten Friedensvertrag und ein Sicherheitsabkommen mit den USA. Noch während des Krieges wurde der Grundstein für den wirtschaftli-



Treffen des US-Präsidenten Donald Trump mit Kim Jong Un, Sentosa Island, 12. Juni 2018
Foto: picture alliance/AP - Fotograf: Evan Vucci

chen Wiederaufstieg des Landes gelegt. Allein für die UN-Truppen in Korea lieferte Japan für mehr als 3,5 Milliarden Dollar Material.

Gleichzeitig führte Stalins, Maos und Kim Il Sung's gigantische Fehlkalkulation zu einer massiven Aufrüstung in den USA: Die konventionelle und atomare Rüstungsproduktion wurde beschleunigt, die Militärhilfe an die Verbündeten verstärkt, insbesondere Frankreichs Krieg in Indochina massiv unterstützt (bis zu 75 Prozent der Kosten), die NATO bei gleichzeitiger Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland unter dem neu ernannten Oberbefehlshaber Dwight D. Eisenhower ausgebaut und die Gründung eines Verteidigungspaktes in Südostasien – SEATO – vorbereitet.

Das globale Wettrüsten begann mit diesem Krieg, in dem zum ersten und gleichzeitig zum letzten Mal eine kommunistische Hauptstadt – Pjöngjang – erobert wurde.

Es war gleichzeitig auch das erste und letzte Mal, dass Stalin mit dem Angriff gegen den Süden jene unsichtbare, in Jalta 1945 gezogene Linie der beiderseitigen Einflussphären überschritt.

Das Gleiche galt auch für die USA, trotz der neuen „Roll back“-Strategie, in der es um das Zurückdrängen des Kommunismus ging, die an die Stelle des „containment“, der Eindämmung des Kommunismus, trat.

Dass diese vom neuen US-Außenminister John Foster Dulles 1953 formulierte antikommunistische Befreiungspolitik nicht viel mehr war als aggressive Befreiungsrhetorik, die sich in der Praxis nicht wesentlich von der Containment-Politik Trumans unterschied, wurde damals nicht sogleich erkannt.

Hoffnungen im Ostblock auf eine Befreiung vom Kommunismus mit Unterstützung der USA – 1953 in der DDR, 1956 Ungarn, 1968 Tschechoslowakei – wurden in der Folge enttäuscht. Konflikte wurden in der „Dritten Welt“ ausgetragen: Lateinamerika (Kuba), Naher und Mittlerer Osten (Israel, Afghanistan), Afrika (Angola, Äthiopien), Asien (Laos, Vietnam).

War der Kalte Krieg mit Gründung der NATO 1949 gleichsam „institutionalisiert“ worden, so wurde er jetzt mit dem Koreakrieg „organisiert“.



Mansudae Grand Monument, ein nordkoreanisches Denkmal zu Ehren Kim Il Sungs und seines Sohnes Kim Jong Il in Pjöngjang
Foto: Picture alliance/Robert Harding - Fotograf: Gavin Hellier

Durch ihn erhielt er so etwas wie eine Organisationsstruktur, die im Prinzip bis an sein Ende, den Zusammenbruch der Sowjetunion 1991, galt.

Der Koreakrieg war sozusagen die „formative Phase“ dieses Krieges. Damit aber hat er den Lauf der Geschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachhaltig beeinflusst, wenn nicht sogar bestimmt.

In Korea – Nord wie Süd – hat man den Krieg mit seinem Elend nie vergessen, auch wenn er nach wie vor unterschiedlich interpretiert wird. Dort heißt er nur der „25. Juni“, eine Erinnerung an den Tag des Beginns.

Es existieren zahlreiche „Erinnerungsorte“, Denkmäler und Museen. In Pjöngjang gibt es ein riesiges „Befreiungsmuseum“, in Südkorea allein 1500 (!) Denkmäler, davon 300 staatlich organisierte. Der 15. August – Japans Kapitulation 1945, ist Nationalfeiertag in beiden Koreas. Ansonsten bestehen nur wenig Gemeinsamkeiten.

Seit 1953 ist die entmilitarisierte Zone eine unüberwindliche Todeszone. Anders als im geteilten Deutschland gab es kein „West-Berlin“ im Norden, der sich so beinahe unter Ausschluss der Öffentlichkeit in der Kim-Dynastie –

Ergänzende deutschsprachige Literatur

Christoph Kleßmann/Bernd Stöver (Hg.): Der Koreakrieg: Wahrnehmung–Wirkung–Erinnerung, Köln 2008.

Bernd Bonwetsch/Matthias Uhl (Hg.): Korea – ein vergessener Krieg? Der militärische Konflikt auf der koreanischen Halbinsel 1950–1953 im internationalen Kontext, München 2012.

Bernd Stöver: Geschichte des Koreakriegs: Schlachtfeld der Supermächte und ungelöster Konflikt, München 2013.

Fernsehdokumentation

Drei Jahre, die die Welt bewegten: Koreakrieg und deutsche Wiederbewaffnung, ARD 1980, WDR 2003, Farbe/s/w, 60 Min, Heribert Schwan/Rolf Steininger, abrufbar unter www.rolfsteininger.at

erst unter Kim Il-sung, dann seit 1994 unter dessen Sohn Kim Jong-il und seit 2011 unter dessen Sohn Kim Jong-un – zu einer kommunistischen Diktatur der besonderen Art entwickelte, mit einer Million Soldaten und einem Atomprogramm, das die Welt lange Zeit beunruhigt hat (und immer noch beunruhigt). Gleichzeitig (ver-) hungern seine Bewohner. Der einzige Verbündete, die Volksrepublik China, schaut eher mitleidig auf dieses Land und macht lieber Geschäfte mit Südkorea, das zu einem führenden Industriestaat Asiens aufgestiegen ist.

An eine Wiedervereinigung in nächster Zukunft ist wohl nicht ernsthaft zu denken, trotz zaghafter Annäherungsversuche. So traf Kim Jong-un im April und Mai 2018 Südkoreas Präsident Moon Jae-in in Panmunjom, am 12. Juni 2018 sogar US-Präsident Donald Trump in Singapur. Thema dort war offensichtlich die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel. Das ging sogar soweit, dass Trump öffentlich erklärte, er habe sich in Kim Jong-un verliebt.

Man darf gespannt sein, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden. 🍷

Wer war es?

Ein historisch-biographisches Rätsel

von Rainer F. Schmidt



Er war ein Kleinbürger auf dem Sessel der Macht, der sich plötzlich auf der Bühne der großen Politik fand, die ihm immer verwehrt geblieben war; der sich von jenen umschmeichelt und hofiert sah, die auf ihn herabgeblickt, ihn diffamiert und lächerlich gemacht hatten. Nichts prädestinierte ihn für die gewaltige Aufgabe, die auf ihn wartete. Denn er entsprach geradezu idealtypisch jenem Charakterbild, das Robert Musil wenige Jahre später als „Mann ohne Eigenschaften“ titulierte. Aber auch Zwerge können lange Schatten werfen, wenn die Sonne niedrig steht.

Er war ein Pragmatiker und Realpolitiker, mit dem präzisen Blick für das Machbare und das Unmögliche, kein Satan und Schurke großen Formats, für den ihn seine Gegner hielten, aber auch kein Opportunist oder geldgieriger Raffzahn, wie viele seiner Anhänger argwöhnten. Er war ein Biedermann, dessen Welt ganz von unverrückbaren, engen Festungsmauern umhegt war: von Patriotismus und Verantwortungsbewusstsein, von Sicherheitsdenken und Risikoscheu, von Opferbereitschaft und Ordnungsfanatismus.

Die dialektische List der Geschichte aber katapultierte diese Durchschnittsnatur just in dem Moment auf den entscheidenden Platz, als alles auf ihn, auf zupackende Tatkraft, auf Einfallsreichtum, auf Wagemut und schöpferische Energie ankam. Er sah sich vor die Aufgabe gestellt, einen Tiger reiten zu müssen, ihn zu bändigen, zu lenken oder ihn unschädlich zu machen. Seine historische Leistung weist deshalb nichts Dämonisches, Kühnes, Visionäres oder gar Heroisches auf. Vielmehr bestand sie darin, die Entwicklung in geordnete Bahnen zu lenken und das Bestehende behutsam zu renovieren.

Dass sich einst alle Augen auf ihn richten würden, dass noch heute Schulen, Straßen und Plätze nach ihm benannt sind, grenzt an ein Wunder. Er war keine imponierende Erscheinung: dickleibig und klein, kurzbeinig und kurzhalsig, mit einem birnenförmigen Kopf auf einem gedrungenen Körper. Nur sein die Mundpartie



Abbildung: picture alliance/imageBROKER/Manfred Bail

umrahmender, mächtiger Schnauzbart, der artifiziell gezirkelt auf die kaum sichtbare Halspartie nach unten zulief, hob ihn aus der Masse heraus.

Zwar war er der Nachfolger von wortgewaltigen Volkstribunen, die die Massen in ihren Bann schlagen konnten. Aber ihm selbst fehlte jedes mitreißende rhetorische Talent. Er sprach mit kehliger, unmodulierter Stimme, las seine Reden vom Manuskript ab und rang oft, wenn er improvisieren musste, nach Worten und Formulierungen.

Er war auch kein Intellektueller, kein Mann großer Entwürfe, Visionen und Weichenstellungen. In den hitzigen Debatten, die den Reichstag im Kaiserreich beherrschten, über Revolution oder Reform, über Parlamentarisierung und Friedensresolution, hatte er sich nie zu Wort gemeldet, nie Stellung bezogen oder den Weg gewiesen. Aber was er sofort getan hatte, als er in den Parteivorstand gewählt wurde, war, für Telefone und Schreibmaschinen in den Büros zu sorgen und eine ordentliche Registratur einzuführen. Als der Krieg ausbrach, war er derjenige gewesen, dem man die Parteikasse und die Mitgliederkartei anvertraut hatte, die er nach Zürich in Sicherheit brachte, um dann brav und pünktlich nach Berlin zurückzukehren.

Er war auch kein Proletarier. Vielmehr entstammte er der Familie eines selbständigen Schneidermeisters in Heidelberg, wo er unmittelbar nach der Reichsgründung geboren wurde. Dort, in der Pfaffengasse 18, führt noch heute die alte, verwinkelte Holzterrasse hinauf in die drei engen Zimmer mit den niedrigen Decken und knarrenden Fußböden, wo er mit mitsamt seinen acht Geschwistern auf knapp 50 Quadratmetern aufwuchs und wo ein Zimmer für die Schneiderwerkstatt seines Vaters reserviert war. Die bescheidene Behausung ist heute eine Gedenkstätte, in der eine Dauerausstellung die Erinnerung an sein Leben und seine Zeit wachhält.

Für ihn selbst, der sich für eine Lehre als Sattler entschied, reichte es nicht einmal zur Gesellenprüfung. Von seiner heimlichen Liebe, den Pferden, denen er schon als Kind mit offenem Mund nachgestarrt hatte, wenn sie durch die Heidelberger Innenstadt trabten, konnte er nur träumen. Aber später, als er es in Berlin zu etwas gebracht hatte, machte er den Traum zur Realität: fast jeden Morgen sah man ihn im Tiergarten hoch zu Ross ausreiten.

Nicht die Studierstube oder die Agitation brachten ihn in die Politik, sondern das Gastgewerbe. Schamhaft hat er zeitlebens verschwiegen, dass er ab 1894 als Pächter eine Bierkneipe in Bremen führte. Der materielle Erfolg des Gasthauses erlaubte ihm die Heirat mit Louise Rump und die Gründung einer fünfköpfigen Familie. Vor allem aber verschaffte er sich hier, weil er stets ein Ohr für die Sorgen und Nöte seiner Gäste hatte, eine intime Kenntnis der sozialen Probleme seiner Zeit: der überlangen Arbeitszeiten, der menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und der Machtlosigkeit der Arbeiter gegenüber den auf Profit getrimmten Unternehmerinteressen. In dieser Zeit formte sich seine Skepsis aus gegenüber Theoriedebatten, realitätsfernen Ideologieentwürfen und Umsturzphantasien. Er war der Anwalt pragmatischer Lösungen, lebenspraktischer Reformen, voller Fürsorge, Anteilnahme, menschlicher Wärme und Nähe zu den Menschen.

Das war und blieb sein Kapital und wurde zum Sprungbrett seiner politischen Karriere. 1905, mit 34 Jahren, ergatterte er die ihm auf den Leib geschneiderte Stelle des Sekretärs beim Parteivorstand in Berlin. Und jetzt machte er ganz Deutschland zu seiner Gaststube. Mit unermüdlichem Einsatz reiste er im Land umher, half den Leuten, wo er konnte und trug ihre Wünsche dem entrückten Parteivorstand vor. Acht Jahre später wurde er von der Basis zum Parteivorsitzenden gekürt, 1916 Fraktionsvorsitzender im Reichstag und nach dem Ende des Krieges zum Konkursverwalter des untergehenden Kaiserreiches bestellt. Inmitten von Chaos und Anarchie zögerte er kei-

nen Augenblick, sich in die Bresche zu werfen, für gesittete Verhältnisse, für Arbeit, Brot, Sicherheit und Ordnung einzutreten. Er wurde zum Mann der Stunde, der dafür sorgte, dass das auf den Trümmern der Niederlage errichtete neue Deutschland nicht im Sumpf von Blutorgien und Terror versank, dass es nicht auf Bajonetten und Maschinengewehren ruhte, sondern auf der demokratisch verbrieften Mehrheitsentscheidung seiner Wahlbürger. Und ihm war es zu verdanken, dass, mitten im Winter, die Gas-, Wasser-, Kohle- und Stromversorgung intakt blieb und eine Hungerkatastrophe gigantischen Ausmaßes abgewendet werden konnte, als die Ration eines Erwachsenen pro Tag weniger als 1000 Kalorien betrug, dem Nahrungsbedarf eines zweijährigen Kindes.

Gedankt haben ihm das weder seine Parteifreunde noch seine Zeitgenossen. Für die einen wurde er zum Verräter und Arbeitermörder, weshalb sie nicht müde wurden, ihn durch Verbalinjurien herabzuwürdigen und seinen Parteiausschluss zu fordern. Für die anderen avancierte er zum Landesverräter, der auf dem Höhepunkt des Krieges, im Januar 1918, einen Munitionstreik organisieren half, der die Nation angeblich um den Sieg gebracht hatte, weshalb sie ihn immer wieder mit ehrabschneidenden Beleidigungsanklagen überzogen und ihn damit wie ein waidwund geschossenes Wild buchstäblich zu Tode hetzten.

Wenn er sich noch aus dem Haus wagte, dann nur mit einem als Spazierstock getarnten Degen und schwer bewacht von Kriminalbeamten. Den Verlust, den die Republik mit seinem Tod am 28. Februar 1925 erlitt, erkannten nur die einfachen Leute, von denen fast eine Million hinter seinem Sarg her schritt, als dieser von seinen geliebten Pferden durch die Straßen Berlins gezogen wurde. Und die Partei zeigte sich schuldbewusst, als sie eifertig alsbald eine Stiftung ins Leben rief, die bis heute seinen Namen trägt.

Wer war es? 🍌



Schicken Sie uns Ihre Lösung per Email an landeszentrale@stmuk.bayern.de. Einsendeschluss ist der 11.1.2019. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir ein Exemplar der neu in unser Programm aufgenommenen Publikation „Heimat“ von Nora Krug.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Der Gewinner/ die Gewinnerin wird in der nächsten Ausgabe von „Einsichten&Perspektiven“ bekannt gegeben.

Die Auflösung sowie die literarischen Hinweise zu diesem Rätsel finden Sie ebenfalls in der nächsten Ausgabe.

Viel Erfolg und Freude bei der historischen Spurensuche.

Revolutionäre Münchnerinnen: die Rolle der Frauen 1918/19

von Adelheid Schmidt-Thomé



Kundgebung auf der Theresienwiese nach einem Aufruf von SPD, USPD und Gewerkschaften. Die Redner, allen voran Erhard Auer und Kurt Eisner, fordern den Rücktritt des Kaisers, den sofortigen Waffenstillstand und eine Demokratisierung der Verfassung.

Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Im November 2018 trat in Deutschland das allgemeine und freie Wahlrecht in Kraft, deshalb feiern wir 2018 auch den 100. „Geburtstag“ des Frauenwahlrechts. Bei der Betrachtung der Ereignisse 1918 und 1919 fällt außerdem auf: Zahlreiche Frauen waren am politischen Geschehen beteiligt, besonders im zwar konservativen, aber dennoch liberalen, intellektuellen München. Dies zeichnete sich schon während des Ersten Weltkriegs ab. Nach dem Umsturz hatten Frauen in verschiedenen revolutionären Gremien Funktionen inne, zum Beispiel im Provisorischen Nationalrat. Nach den Wahlen im Januar 1919 waren in allen deutschen Parlamenten weibliche Abgeordnete vertreten, die heutzutage meist unbekannt sind.

Vorgeschichte: Politikverbot bis 1908

Nach der Märzrevolution 1848 begannen Frauen mit ihren Forderungen nach Gleichstellung auf sich und ihre gesellschaftliche Rolle aufmerksam zu machen. Zu den ersten zählen Louise Otto-Peters, die 1849 eine Frauen-Zeitung gründete, und Louise Aston, die radikal für Geschlechtergleichheit eintrat. Als Gegenreaktion wurde daraufhin das Vereinsgesetz verabschiedet, das ab 1850 in Preußen, Sachsen und Bayern „Frauenspersonen, Schülern und Lehrlingen“ verbot, Mitglied in politischen Vereinen zu werden oder an politischen Veranstaltungen teilzunehmen. Wollte eine Frau einen Frauenverein gründen, musste sie sorgfältig darauf achten, welche Ziele sie formulierte und welche Veranstaltungen sie anbot. Immer waren Polizisten dabei und kontrollierten, ob das Gesetz nicht missachtet wurde. Falls doch, wurden die missliebigen Gruppierungen, vor allem Arbeiterinnen- und Frauenbildungsvereine, verboten.

In München wirkte sich das ebenfalls aus: Anita Augspurg wollte 1891 einen Verein namens „Frauenbildungsforum“ gründen. Die gesetzlichen Einschränkungen waren allerdings so restriktiv, dass sie keine Möglichkeit für eine sinnvolle Tätigkeit sah und den Verein wieder auflöste. Die stattdessen 1894 gegründete „Gesellschaft zur Förderung der geistigen Interessen der Frau“ war deshalb eher ein Privatklub. Die Umwidmung 1899 in den „Verein für Fraueninteressen“ war nur aufgrund sehr schwammiger Statuten und einer Lockerung des Vereinsgesetzes möglich. Wirklich politisch war der Verein nicht, er sah seine Aufgabe mehr in der Frauenbildung. Auch der „Münchner Lehrerinnenverein“, 1887 von Helene Sumper gegründet, sowie die Münchner Gruppe des „Katholischen Deutschen Frauenbunds“, die Ellen Amman 1904 ins Leben rief, traten eher unpolitisch auf.

1908 endlich wurde das Gesetz abgeschafft, jetzt durften Frauen in eine Partei eintreten und sich politisch betätigen. Das machte sich vor allem in der SPD bemerkbar. 1910 installierten Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann den Münchner Stimmrechtsverein und der „Jüdische Frauenbund“ wurde gegründet, der sich ebenfalls für das Frauenwahlrecht stark machte.

Frauen im Ersten Weltkrieg

Ein Krieg trifft immer auch die Frauen, in der Sorge oder in der Trauer um die Männer; mit der alleinigen Verantwortung für die Familie; mit der zunehmend schlechter werdenden Versorgungslage, verbunden mit stundenlangem Anstehen, Hunger und Krankheiten.

Die proletarischen Frauen nahmen im Ersten Weltkrieg vielfach die Stellen der Männer in den Fabriken und in anderen Berufen ein, die ihnen bisher verschlossen waren – bei bis zu 50 Prozent geringerer Entlohnung. Bürgerliche Frauen wurden ins sogenannte „Heimatheer“ verpflichtet: Soziale Dienste wie spenden, stricken, nähen, Verbände wickeln, „Liebesgaben“ für die Front packen, auf Dienstboten verzichten, vielleicht im Garten Gemüse anbauen, das waren die Pflichten.

1916 kam es in München zu den sog. Hungerkrawallen; die demonstrierenden Frauen traten so erbost auf, dass Ansammlungen verboten und das Anstehen um Lebensmittel zeitlich geregelt wurden, um Aufruhr zu verhindern. Der Wunsch nach „Brot und Frieden“ wurde immer dringender.

Wer realistisch war, konnte erkennen, dass der angekündigte glorreiche Sieg eine Utopie darstellte. Frauen engagierten sich in der Friedensbewegung und wurden zu Staatsfeinden erklärt: Sie durften nicht reisen, nicht publizieren, ihre Korrespondenz wurde überwacht und die ganz



Eine Frau reicht auf einer sehr idealisierenden Postkarte des ‚bayerischen Landeskomitee für freiwillige Krankenpflege im Kriege‘ einen Erfrischungs-trank. In der Hand hält sie die schwarz-weiß-rote Reichsfahne mit der Darstellung des Münchener Kindl in der rechten oberen Ecke. Die Postkarte ist unterschrieben mit ‚Die deutsche Frau im Kriege‘.

Abbildung: Ulrich Frodien/Süddeutsche Zeitung Photo

radikale Marie Zehetmaier wurde sogar in der Psychiatrie weggesperrt. Schon länger gab es politische Organisationen für junge, kritische Menschen: In der Arbeiterjugend und der Gruppe der „Achtzehner“ (sozusagen die „Jusos“) traf man sich zu Fortbildungen und Diskussionsrunden. Viele Frauen und Mädchen waren dort Mitglieder.

Sie besuchten zum Beispiel montags die Gesprächs-abende mit dem Journalisten und Pazifisten Kurt Eisner im „Goldenen Anker“ in der Schillerstraße und sammelten sich ab 1917 in der USPD. Die hatte sich vor allem wegen der Ablehnung des Krieges von der SPD (ab jetzt MSPD) abgespalten. Aus dem linken Flügel der USPD begründete sich im Januar 1919 die KPD.

Frühjahr 1918: Aktivistinnen für den Streik

Ende 1917 wurde aus der Perspektive der Aktivistinnen klar, dass überzeugendere Aktionen, z.B. ein Generalstreik, nötig waren, um Forderungen wie besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen, dem Ende des Kriegs und einer Demokratisierung Nachdruck zu verleihen. In Wien fand

im Januar ein dreiwöchiger Streik statt. Auch in Berlin riefen die Linken zu Streiks auf. Kurt Eisner plante in München einen Munitionsarbeiterstreik. Die Hauptforderungen waren sofortiger Frieden und Entmilitarisierung. Frauen wie die Landauer-Schwestern waren in der Vorbereitung aktiv, verteilten Flugblätter. Sarah Sonja Lerch stand in vorderster Reihe neben Eisner und Parteimitgliedern, die in den Rüstungsbetrieben arbeiteten. Dort waren besonders viele Frauen beschäftigt, von denen die meisten den Ausstand befürworteten.

Am 27. Januar wurden bei einer Mitgliederversammlung der USPD Streikaufrufe und Flugblätter ausgegeben. Es sprachen Kurt Eisner und Sarah Sonja Lerch, diese unter dem Decknamen „Frau Ranowska“. Spätestens jetzt übernahm sie damit eine Führungsrolle.

Die Schwestern Landauer – Haft für Flugblätter

Drei Schwestern Landauer lebten in München: Mathilde (1880–1942), Babette bzw. Betty (1889–1941) und Emilie (1892–1976). (Mit dem Schriftsteller Gustav Landauer, einem der Protagonisten der Räterepublik, waren sie übrigens nicht verwandt.) Lediglich aus Gerichtsprotokollen, die im Bundesarchiv liegen, wissen wir ein wenig über ihre Aktivitäten im Frühjahr 1918, mehr leider nicht. Alle drei waren SPD-Mitglieder und zugleich bei den „Achtzehnern“, traten also im Frühjahr 1917 der USPD bei.

Betty war Buchhalterin. Sie hat sich „allen Arbeiten unterzogen, die mir von der Partei angesonnen worden sind. Hauptsächlich habe ich die Einladungen zu den Versammlungen an die Mitglieder verteilt“.¹ Sie hat neue Mitglieder geworben und Flugblätter an Arbeiterinnen und Arbeiter weitergegeben. Am 1. Februar 1918 wurde sie von der Polizei festgenommen – wie auch Eisner, Lerch und viele andere – und saß bis 9. April wegen des Verbrechens des versuchten Landesverrats in Untersuchungshaft. „Ich habe schon gewusst, dass im Falle eines Streiks weniger Kriegsbedarf hergestellt wird, aber das wünsche ich, denn dann werden weniger Tausend Menschen niedergeschossen“, sagte sie am 4. März vor Gericht aus.² Ihr Leben liegt für uns im Dunkeln, wir wissen nur noch, dass sie als Jüdin in Kaunas ermordet wurde. Dasselbe Schicksal erlitt die älteste Schwester Mathilde, die über die Teilnahme an USPD-Versammlungen hinaus wohl nicht politisch aktiv war.

.....
 1 Cornelia Naumann: Steckbriefe gegen Eisner, Kurt und Genossen wegen Landesverrats. Ein Lesebuch über Münchner Revolutionärinnen und Revolutionäre im Januar 1918, hg. v. Günther Gerstenberg, Lich 2017, S. 94.
 2 Ebd., S. 94.



Betty Landauer
Abbildung: Archiv der Arbeiterbewegung, München



Emilie Landauer
Abbildung: Archiv der Arbeiterbewegung, München

Auch Emilie war Buchhalterin und als Sekretärin und Kassiererin im Vorstand der USPD. Sie wurde ebenfalls am 1. Februar verhaftet und saß zwei Monate im Gefängnis. Wie sie das „Dritte Reich“ überlebte, ist nicht bekannt. 1947 emigrierte sie mit ihrem Mann Carl Kröpelin, einem Revolutionär und späteren SPD-Politiker, in die USA und kehrte 1976 nach München zurück.

Sarah Sonja Lerch

Sarah Sonja Rabinowitz, geboren am 3. Mai 1882 in Warschau, wuchs in einer Akademikerfamilie auf, sympathisierte mit der Sozialdemokratie und war Mitglied des „Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbunds“. 1898 machte sie Abitur, wurde Lehrerin und ging 1900 zum Studium nach Wien und Bern. Im Sommer 1905 nahm sie am Aufstand in Odessa teil. Sie war Mitglied im Arbeiter- und Deutierentenrat.³ Dort meuterten im Juni die Matrosen, nachdem Kundgebungen und Streiks in St. Petersburg im Januar von Militärs niedergeschossen worden waren. Auch in Odessa gab es ein Blutbad und in der Folge Pogrome gegen die Juden der Stadt. Sonja Lerch saß wegen ihrer Aktivitäten 1907 kurz in Haft. Ab 1908 studierte sie in Gießen und Zürich Nationalökonomie, schloss 1913 mit der Promo-

tion über die russische Arbeiterbewegung bis 1905 ab. Sie zog mit ihrem Mann Eugen Lerch nach München, wo er eine Stelle an der Universität hatte. Sie selber gab Unterricht in Russisch und verhielt sich zunächst weitgehend unpolitisch.

Sonja Lerch war seit 1908 Mitglied der SPD, ab 1917 in der USPD und hielt als „Frau Ranowska“ hin und wieder Vorträge, z. B. über die Revolution in Russland. Im Januar 1918 wurde sie eine wichtige Partnerin für Kurt Eisner bei der Agitation für den Streik der Rüstungsarbeiter und Rüstungsarbeiterinnen. Nach einer USPD-Versammlung am 27. Januar baten Vertrauensleute der „Bayerischen Geschützwerke“ sie, bei einer Arbeiterversammlung der Geschützwerke und der Firma „Maffei“ in der „Schwabinger Brauerei“ zu sprechen, „[...] eine russische Anarchistin [...], die in heftigen Worten forderte, wie es in Russland sei, müsse es in Deutschland werden! Mit dem Hinweis auf Berlin forderte auch sie zum Streik auf.“³ So berichtete

.....

3 Cornelia Naumann im „Literaturportal Bayern“, vgl. <https://www.literaturportal-bayern.de/themen?task=lpbtheme.default&tid=1123> [Stand 22.11.2018] Günther Gerstenberg: Der kurze Traum vom Frieden, Lich 2017, S. 171.

der „Bayerische Kurier“. Sonja Lerch wollte die Arbeiter aller verfeindeten Länder vereinen, um den Weltfrieden zu erreichen.⁴ Leider sind ihre Reden nicht erhalten. Bei einem erneuten Treffen zwischen Arbeitervvertretern und den Genossen Eisner, Albert Winter, Hans Unterleitner sowie Sonja Lerch am 29. Januar wurde der Streikaufruf für den folgenden Tag beschlossen.

Dieser Streik am 31. Januar 1918 sollte vor allem den Wunsch der Arbeiterinnen und Arbeiter nach Frieden ausdrücken. Aus allen Fabriken im Münchner Norden und Westen fanden sich die Menschen zu Tausenden zusammen und marschierten in die Stadt zu den Abschlusskundgebungen, zum „Mathäser“ in der Bayerstraße oder ins „Hotel Wagner“ in der Sonnenstraße. Kurt Eisner und Sonja Lerch gingen am Ende des Zuges. Im „Wagnersaal“ sprach sie noch einmal. „Ich habe [...] betont, dass ich auch als Frau besonders gegen den Krieg kämpfe. Ich habe auch gesagt, für uns Frauen heißt es, unseren Männern die Treue halten, wenn wir dafür kämpfen, dass der Krieg ein rasches Ende nimmt.“⁵ Nach einem Abstecher in den „Mathäser“ zu den BMW-Arbeitern und Arbeiterinnen und zu einem USPD-Treffen in der Hans-Sachs-Straße wollte Eisner wegen der fortgeschrittenen Stunde im Hotel übernachten, wurde aber kurz nach dem Einchecken verhaftet.

Zu Sarah Lerch, neben Eisner der „Hauptstetzerin in der Streikbewegung“⁶ (so heißt es in den Akten des Kriegsarchivs), kamen die Beamten am nächsten Tag. Ebenso wurde eine ganze Reihe weiterer USPD-Mitglieder, u.a. Carl Kröpelin, Richard Kämpfer, Vater und Sohn Winter, Ernst Toller, Hans Unterleitner, Lorenz Winkler, die an der Vorbereitung des Streiks beteiligt waren, verhaftet und saßen bis Oktober oder November 1918 im Gefängnis; andere flohen oder wurden ausgewiesen. Sechs Wochen verbrachte Sonja Lerch wegen des Vorwurfs des Landesverrats im Gefängnis Neu-

deck in Untersuchungshaft, am 15. März überführte man sie nach Stadelheim. Zahnschmerzen, unter denen sie wochenlang litt, wurden nicht behandelt. Am 29. März wurde Lerch in einer Zelle, die nicht die ihre gewesen sein soll, erhängt aufgefunden. Die Umstände ihres Todes sind ungeklärt, über behördliche Untersuchungen gibt es keine Unterlagen.

Bis 2017, als Cornelia Naumann und Günther Gerstenberg das Ergebnis ihrer intensiven Beschäftigung mit dem Schicksal Sarah Sonja Lerchs veröffentlichten,⁷ war diese eine weitgehende unbekannte Figur in der Vorgeschichte der Revolution. Es existieren kaum persönliche Dokumente, lediglich die Gerichtsakten geben Aufschluss über ihr Denken und Wirken. Ernst Toller verewigte sie 1919 in seinem Drama „Masse Mensch“ in der Figur von Sonja Irene L.⁸

„Revolution is“

Im November 1918 waren alle Inhaftierten aus den Gefängnissen entlassen bzw. zurück in Bayern. Am Nachmittag des 7. November strömten mindestens 60.000



Erwerbslosen-Demonstration auf der Münchner Theresienwiese am 7. Januar 1919
Abbildung: SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

4 Holger Goblirsch: Vom Königreich zur Republik: der bayerische Weg. In: Friedrich Weckerlein: FREISTAAT!, München 1994, S. 45.

5 Ebd., S. 205.

6 Ebd., S. 221.

7 Gerstenberg (wie Anm. 4), Naumann (wie Anm. 1), Cornelia Naumann: Der Abend kommt so schnell, Meßkirch 2018, Cornelia Naumann: Ich hoffe noch, dass aller Menschen Glück nahe sein muss ..., Lich 2018.

8 Ernst Toller: Masse Mensch, vgl. <http://gutenberg.spiegel.de/buch/masse-mensch-3537/1> [Stand 22.11.2018].

Menschen auf die Theresienwiese, um für Brot und Frieden zu demonstrieren.

USPD, MSPD und freie Gewerkschaften hatten dazu aufgerufen. Kurt Eisner zog zu den Kasernen, wo sich ihm die jungen Soldaten anschlossen. König Ludwig III. floh aus der Stadt. Die Wittelsbacher Dynastie war damit nach jahrhundertelanger Herrschaft entmachteter. Die Aufständischen besetzten strategische Punkte und bildeten im „Mathäserbräu“ den Arbeiter-, Soldaten und Bauernrat. Eisner rief den „Freistaat Bayern“ aus. Die Menschen lebten nun in einer Republik (nichts anderes bedeutet „Freistaat“), Kurt Eisner war Ministerpräsident und Außenminister, sein Rivale Erhard Auer (MSPD-Vorsitzender und Verfechter einer parlamentarischen Monarchie) Innenminister. Unter anderem wurden das allgemeine aktive und passive Wahlrecht und der Acht-Stunden-Tag verkündet, die geistliche Schulaufsicht abgeschafft. Bis zu den angekündigten Parlamentswahlen übernahm ein „Provisorischer Nationalrat“ die Regierung. 7000 Räte wurden in Bayern gebildet, teils sozialdemokratisch, teils bürgerlich geprägt. Sie sollten als eine Art zweite Kammer neben dem Landtag fungieren. Die extreme Linke (am 1. Januar wurde die KPD gegründet) wollte alle Macht bei den Räten sehen, die extreme Rechte forcierte die Angst vor dem „jüdisch-bolschewistischen“ Untergang. Bei den Landtagswahlen am 12. Januar 1919 erlitt die USPD mit 2,5 Prozent eine vernichtende Niederlage, die MSPD erreichte 33, die BVP 35 Prozent. Am 21. Februar 1919 wollte Eisner wegen der verlorenen Wahl sein Amt niederlegen und wurde auf dem Weg zum Parlament von Anton Graf von Arco auf Valley ermordet. Ein Zentralrat aus Vertretern von MSPD, USPD, KPD und Bauernräten übernahm die Regierungsgewalt. Der Landtag wurde wieder einberufen, Johannes Hoffmann (MSPD) zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Zustände wurden chaotisch, es kam immer wieder zu Gewaltausbrüchen. Räte und Landtag standen sich unvereinbar gegenüber. Am 1. März kamen bei einer kommunistischen Kundgebung auf der Theresienwiese drei Demonstranten ums Leben. Aus Berlin kam daraufhin der Befehl, jeden Bewaffneten zu erschießen.

Am 7. April riefen Ernst Toller, Erich Mühsam und Gustav Landauer die erste Räterepublik aus. Die Kommunisten lehnten die Teilnahme an dieser „Schein-Räterepublik“ mit MSPD-Abgeordneten ab. Die Regierung Hoffmann floh nach Bamberg. Am 13. April, beim sog. „Palmsonntagsputsch“ am Hauptbahnhof, versuchten regierungstreue „Republikanische Schutztruppen“ erfolglos, die Räterepublik zu stürzen. 20 Menschen starben am Hauptbahnhof,



Denkmal für die Opfer der Revolution 1919 am Tegernseer Platz in München/ Obergiesing

Abbildung: Jakob Berr/Süddeutsche Zeitung Photo

100 wurden verletzt. Nun kamen die Kommunisten in der zweiten Räterepublik zum Zuge. Den einberufenen Aktionsausschuss führten Eugen Leviné und Max Levien.

Die MSPD-Regierungen in Berlin und München leiteten die Niederschlagung der Räterepublik in die Wege: 33.000 „weiße“ Soldaten und Mitglieder von Freikorpsverbänden marschierten nach Bayern und standen 10.000 roten Kämpfern gegenüber. München wurde belagert, es kam in der Peripherie zu schweren Kämpfen. Am 1. Mai erreichten die weißen Truppen die Stadt. Bei bürgerkriegsähnlichen Kämpfen fanden in den nächsten Tagen nicht nur Revolutionäre, sondern auch viele Zivilisten den Tod, oft wurden sie standrechtlich auf der Straße erschossen oder im Gefängnis ermordet. Von bis zu 1000 Toten spricht man heute, davon waren höchstens 100 „Weiße“. Die Mitglieder der Räteregierung wurden hingerichtet oder zu langen Haftstrafen verurteilt.

Hilde Kramer-Fitzgerald – Die „rote Hilde“

Auch die 18-jährige Hilde Kramer stand am 7. November 1918 in der Menge. „Ich war [...] fast dauernd auf der Straße. Erst war am Nachmittag auf der Theresienwiese eine gewaltige Volksversammlung, auf der sich die beiden soz. Parteien einten. Auer sprach und ich kochte vor Wut. Was habe ich mir die Kehle wundgeschrien mit meinem ‚Lügner, Verräter, Schuft‘. Aber die Sache verlief im Sande. Eine Gewerkschaftsdemonstration wälzte sich pomadig durch die Straßen, nichts von revolutionärem Aufstand. Wir folgten bis zum Friedensengel, dann gaben wir die Sache verzweifelt auf und wollten nach Hause gehen.“⁹ Vorher schaute sie noch am Stiglmaierplatz vorbei. Es „herrschte ein Treiben, wie ich es noch nie gesehen hatte. So, dachte ich mir, muss die Revolution aussehen, Massen von Soldaten mit offenen Uniformröcken und ohne Kopfbedeckung strömten durch die Dachauer Straße. Unter ihnen waren zahlreiche Zivilisten, Männer, Frauen und sogar Kinder. Polizei und Offiziere waren nirgends zu sehen.“¹⁰ „Als ich das ‚Es lebe die Republik! Es lebe die Revolution!‘ hörte, da hatte ich gleich das Gefühl: Diese Menschen sind fähig, wirklich die Revolution zu machen. [...] Gesprungen & gejubelt haben wir, und in die Arme sind wir uns gefallen in jener Nacht.“¹¹

Hilde Kramer, am 11. April 1900 in Leipzig geboren, verlor früh zwei Schwestern und mit zehn Jahren den Vater. Die Mutter zog mit ihr nach München zur ältesten Schwester Frida Adam. Ein Jahr später starb auch die Mutter. Frida hatte vier kleine Kinder und konnte sich nicht um die verstörte Hilde kümmern. Sie gab sie in das Kinderheim von Gabriele Kaetzler nach Riederau am Ammersee, die neben ihren eigenen sechs Kindern noch Pflegekinder aufzog. Die folgenden vier Jahre nannte Hilde später die glücklichsten Jahre ihrer Kindheit. Die Kinder wurden unkonventionell erzogen, in einer sozialistischen, pazifistischen Lebenseinstellung. Hildes Schwager, dem äußerst konservativen Dr. Max Adam, war das nicht recht; sie musste mit 15 Jahren das Idyll am Ammersee verlassen und wurde in ein Pensionat nach Ilmenau in Thüringen geschickt. Nach dem Schulabschluss 1918 kehrte sie nach München zurück, nahm sich in Schwa-

bing ein Zimmer und besuchte verschiedene Kurse. Vor allem aber kam sie in Kontakt mit gleichgesinnten jungen Menschen, beschloss, „mein Leben dem Kampf für den Sozialismus zu widmen“.¹²

Am 8. November, dem ersten Tag des Freistaats Bayern, „gelang es mir, in den Landtag hineinzukommen“, schreibt sie an Luise Kaetzler. „Ich bot mich für alle Arbeiten an und fand zunächst in der Wachstube Beschäftigung. Schon nach wenigen Stunden holte man mich hinauf ins Sitzungszimmer des Sol[daten]-Rates, um zu tippen. [...] Nach 3 Tagen belegte mich die Propaganda-Kommission des Sold[daten]-R[ates] mit Beschlag & da ich sah, daß hier etwas neues zu schaffen war, ging ich gern dorthin.“¹³

Hilde stand den Internationalen Kommunisten nahe, weshalb sie rasch feststellte, dass ihr Eisners politische Ideen nicht weit genug gingen. Sie wünschte sich eine Räterepublik: „Wir haben hier schon wieder die Reaktion. [...] Trotz der verschiedenen neuen Errungenschaften bleibt doch eine riesengroße Enttäuschung zurück. Hier herrscht jetzt Kurt Eisner als Diktator und schiebt das ‚Sozialisieren‘ auf den St. Nimmerleinstag auf.“¹⁴ Die Haltung des Anarchisten Erich Mühsam entsprach mehr ihrer politischen Linie, Hilde Kramer schloss sich der Gruppe um ihn an. Am 30. November 1918 gründeten Mühsam, sie und andere im „Braunauer Hof“ die „Vereinigung Revolutionärer Internationalisten (VRI)“. Im Dezember verbrachte sie mehrere Wochen in Bremen und Berlin bei Gesinnungsgenossinnen.

Am 10. Januar riefen die Kommunisten Eugen Leviné, Max Levien, Erich Mühsam, Josef Sontheimer, Josef Merl und Hilde Kramer zu einer Demonstration am Wahltag, dem 12. Januar, auf, weil sie fanden, dass ein Parlament nur die alten Kräfte wieder an die Macht bringen würde. Ihr Ziel war eine Räterepublik. Sie wurden verhaftet und nach Stadelheim gebracht. Ein Solidaritätsprotest nahm so bedrohliche Ausmaße an, dass Kurt Eisner die Gruppe sofort wieder „enthaften“ ließ und damit einen ersten Angriff der extremen Linken gegen seine Regierung letztlich nicht ahndete.

Hilde Kramer lebte danach einige Wochen bei Erich und Zenzl Mühsam in Schwabing und arbeitete eng mit ihm und Ernst Toller zusammen. Sie bezog Arbeitslosenunterstützung und schrieb Versammlungsberichte u. a. für die Rote Fahne, die Zeitschrift der Kommunisten, sowie Prozessberichte für unabhängige Zeitungen.

9 In einem Brief an Wise Katzler am 18.11.1918, zit. nach Christiane Sternsdorf-Hauck: Brotmarken und rote Fahnen. Frauen in der bayrischen Revolution und Räterepublik 1918/19, Köln/Karlsruhe 2008, S. 81 f.

10 Hilde Kramer: Rebellin in München, Moskau und Berlin. Autobiographisches Fragment 1900-1924, hg. v. Egon Günther/Thies Marssen, Berlin 2011, S. 49.

11 Sternsdorf-Hauck (wie Anm. 9), S. 82.

12 Kramer (wie Anm. 10), S. 43.

13 Sternsdorf-Hauck (wie Anm. 9), S. 82.

14 Ebd., S. 83.



Erich Mühsam mit Hedda Zinner, Kreszentia ‚Zenzl‘ Mühsam sowie mit dem Schriftsteller Fritz Erpenbeck (v.l.), undatiert.
Abbildung: ullstein bild/Abraham Pisarek

In der zweiten, der kommunistischen Räterepublik, arbeitete sie als Angestellte im Kriegsministerium. Ein Ausweis berechtigte sie, „bei Tag und Nacht sämtliche Posten und Strassen zu passieren und alle öffentlichen Gebäude zu betreten.“¹⁵ Kramer hatte die Befugnis, Papiere auszustellen und Haftbefehle zu unterschreiben.

Als München von den gegenrevolutionären Truppen umzingelt war, riet man ihr, sich zu verstecken. Hilde Kramer fiel auf, war fast zwei Meter groß und hatte kurze Haare, weshalb Oskar Maria Graf sie als „Hünenmädchen“¹⁶ beschrieb. Ihre Ziehmutter Gabriele Kaetzler wurde mit den Töchtern Wise (Luise) und Fite (Frida) in Hildes Wohnung verhaftet, Hilde Kramer eine Woche später am Ammersee. Man machte allen wegen

Beihilfe zum Hochverrat den Prozess. Die Kaetzlers, die „roten Frauen von Riederau“; wurden im Juni bzw. Juli freigesprochen, Hilde Kramer am 1. August.

Ihre revolutionären, kommunistischen Ideale gab sie nicht auf. Aus dem Gefängnis schrieb sie: „Nein, ich glaube und bin fest überzeugt davon, dass wir für die Kommenden kämpfen [...]. Wir machen der neuen Generation den Weg frei, wir bereiten für sie eine neue Zeit [...]. Diesen neuen Menschen wird es obliegen, das, was wir in der kommenden Räterepublik – und sie wird kommen trotz aller Noskeschen Maschinen – beginnen, fortzuführen, eine Gemeinschaft (keinen Staat) zu gründen, an deren Geschäften sich das ganze arbeitende Volk beteiligt. Um dieses Ziel vorzubereiten und anzubahnen brauchen wir den Bürgerkrieg, da er sich eben nicht umgehen lässt.“¹⁷

15 Andrea Kampf: Frauenpolitik und politisches Handeln von Frauen während der Bayerischen Revolution, Hagen 2014, S. 180, vgl. https://ub-deposit.fernuni-hagen.de/receive/mir_mods_00000953 [Stand: 14.02.2018].

16 Oskar Maria Graf: Wir sind Gefangene, Berlin 2017, S. 451.

17 Ebd., S. 284.

Nach der Entlassung arbeitete sie wieder für Zeitungen. Während einer KPD-Sitzung am 10. November 1919 wurde sie erneut verhaftet und aus Bayern ausgewiesen. Erich Mühsam schreibt im Gefängnis-Tagebuch am 13. Dezember 1919: „Es ist tröstlich, dass wir noch entschlossene Frauen haben für unsre Revolution: Zenzl und die kleine Erika Schollenbruch und Hilde Kramer nicht zu vergessen verdienen, dass ihre Namen von der Geschichte als Vorbilder weiblicher Gesinnungstreue aufbewahrt werden.“¹⁸

Mit der Ausweisung endete Hilde Kramers politische Tätigkeit in München. Für einige Jahre lebte und arbeitete sie in der Sowjetunion. Sie heiratete den Iren Edward Fitzgerald und bekam mit ihm einen Sohn. Dem Kommunismus blieb sie auch in Deutschland treu. 1937 konnte sie nach England emigrieren und erwarb sich Anerkennung als Sozialforscherin und Bibliothekarin. Im Februar 1974 starb sie in Otley/Yorkshire.

Frauen in den politischen Gremien

In der Nacht des 7. November wurden die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte bestimmt, denen, soweit wir das heute wissen, zumindest offiziell keine Frauen angehörten. Ein provisorischer Nationalrat übernahm zunächst die Regierung. Er zählte 256 Mitglieder – darunter acht Frauen: Anita Augspurg für den „Verein für Frauenstimmrecht“, Aloisia Eberle für die christlichen Gewerkschaften und den „Bezirksverband der Arbeitervereine“, Hedwig Kämpfer für den Landesarbeiterrat, Luise Kiesselbach als Vertreterin des Rats geistiger Arbeiter, Emilie Maurer für den „Sozialdemokratischen Frauenverein“, Helene Sumper für den „Bayerischen Lehrerinnenverein“ und Marie Sturm für die katholischen Lehrerinnen. Rosa Kempf, die für den „Hauptverband Bayerischer Frauenvereine“ im Rat saß, hielt am 18. Dezember die erste Rede einer Frau in einem bayerischen Parlament. Außergewöhnlich wie das Datum ist auch ihr Inhalt: Sie forderte u. a. Frauen in die Räte, Festschreibung des Frauenstimmrechts, für die Zukunft die Beteiligung von Frauen in der Verwaltung (auch in führenden Positionen), in der Fürsorge und an den Gerichten, die Gleichberechtigung von Schülerinnen und Schülern bzw. Lehrerinnen und Lehrern, die Gleichstellung von Mann und Frau in der Familie, ein Recht auf Arbeit.¹⁹

18 Vgl. http://www.muehsam-tagebuch.de/tb/diaries.php#h24_r185 [Stand: 06.11.2018].

19 Verhandlungen des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern im Jahre 1918/1919, vgl. <http://daten.digitale-sammlungen.de/bsb00009665/images/index.html?id=00009665&groesser=&fip=193.174.98.30&no=&seite=132> [Stand 11.06.2018].

Die Landtagswahl am 12. Januar 1919 brachte aber keinen Schritt nach vorne: Es erhielten wiederum nur acht Frauen ein Mandat: Ellen Ammann, Aloisia Eberle, Marie von Gebsattel und Therese Schmitt für die konservative „Bayerische Volkspartei (BVP)“; Aurelie Deffner und Emilie Maurer für die SPD sowie Käthe Günther und Rosa Kempf für die liberale „Deutsche Demokratische Partei (DDP)“. Damit machten die Frauen ganze 4,4 Prozent der 180 Abgeordneten aus.

Auch in anderen Institutionen waren Frauen vereinzelt beteiligt. Im Zentralrat, errichtet nach dem Mord an Eisner, saßen Augspurg, Heymann, Hedwig Kämpfer sowie drei uns fast unbekannte Frauen: Sophie Steinhaus, Luise Mühlbauer und Sophie Setzer. Die schon erwähnte Gabriele Kaetzler und ihre Kinder unterstützten vom Ammersee aus die Räteregierungen in Bayern und in Berlin. Die politisch eher neutrale Frauenrechtlerin und Pazifistin Gertrud Baer, führende Persönlichkeit in der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“, erhielt Mitte Februar die Leitung des neu geschaffenen Referats für Frauenrecht, in dem sie zu ihrem eigenen Bedauern nicht viel bewirken konnte. Hedwig Kämpfer fällt drei Wochen lang im Revolutionstribunal als Richterin Urteile. Die Krankenschwester Thekla Egl begleitete Ernst Toller bei seiner Arbeit als Vorsitzender des Zentralrats in München, aber auch nach Dachau, wo er als Kommandant der Roten Armee am 16. April die Freikorpsstruppen vorläufig zurückschlagen konnte. Die kommunistische Ärztin Hildegard Menzi aus Königsberg war kurzzeitig Mitglied der Gesundheitskommission sowie als Ärztin bei der Roten Armee in Dachau. Elma Klingelhöfer engagierte sich intensiv im „Bund Sozialistischer Frauen“ und war ebenfalls als Krankenschwester in Dachau, mit ihrem Mann Gustav, dem stellvertretenden Oberkommandierenden der Roten Armee. Die Schweizer Sozialistin Anny Klawa-Morf wurde im Februar nach München an Tollers Seite gerufen, sie sollte bei der Roten Armee die Büroarbeit übernehmen. Auch Frida Rubiner, im damals russischen Litauen geboren, kam im April 1919 aus der Schweiz und war als KPD-Mitglied im Propagandaausschuss.

Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann

Die Gallionsfiguren der deutschen Frauenbewegung waren schon lange in der Frauenfriedensbewegung aktiv. Sie lernten Kurt Eisner um 1910 in München kennen und schätzen. Eisner stellte der parteilosen Heymann den Listenplatz 2 in der USPD für die Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung in Weimar am 19. Januar 1919 zur Verfügung. Sie kandidierte erfolglos, genauso wie



Abbildung: Stadtarchiv München

Augspurg am 12. Januar für den Landtag. Immer hatten sie für dieses aktive und passive Wahlrecht für die Frauen gekämpft; entsprechend groß war ihr Jubel, als Eisner in der Nacht zum 8. November den Freistaat und mit ihm ein allgemeines und freies Wahlrecht verkündete. Die Enttäuschung darüber, dass die Frauen bei den Räten doch so gut wie nichts zu melden hatten, folgte rasch. Augspurg und Heymann erinnerten beim Rätekongress Ende Februar, Anfang März zum wiederholten Mal an die Forderung, die Frauen an der politischen Arbeit zu beteiligen. Um Frauenräte ging es allen Frauen, so im November bei der Gründungsversammlung des „Bundes sozialistischer Frauen“, wie in einer Rede von Toni Pfülf (die ab Januar Abgeordnete für die MSPD in Weimar war) bei einer Versammlung des Zentralarbeiterrats am 10. Dezember²⁰ und in der Rede von Rosa Kempf am 18. Dezember im Provisorischen Nationalrat. Auch diesmal blieben

20 Zit. nach Heike Mayer: Toni Pfülf (1877–1933), in: *Einsichten und Perspektiven* 2/2017, Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte, München 2017, S. 35.

alle Bemühungen erfolglos. Erich Mühsam bedauerte die Ablehnung des Antrags, „der Sie [das Plenum] zu gar nichts verpflichtet hätte, der das Selbstverständlichste von der Welt bedeutet hat, nämlich einfach die Gleichberechtigung der Frau.“²¹

Hedwig Kämpfer

Hedwig Kämpfer, 1889 in der Münchner Bäckerfamilie Nibler zur Welt gekommen, arbeitete als Kontoristin für den „Zentralverband der Angestellten“ im Gewerkschaftshaus in der Pestalozzistraße 46. Hier traf sich auch seit 1913 ein „Sozialistischer Arbeitskreis“, dem viele Mitglieder der Arbeiterjugend angehörten. Hedwig und ihr zukünftiger Mann Richard Kämpfer waren dabei, genauso wie bei der Gründung der Münchner Ortsgruppe der USPD. Kämpfer und andere Frauen hatten 1918 eine führende Rolle bekommen, seit alle wichtigen männlichen Mitglieder nach den Januarstreiks im Gefängnis saßen. Sie und Selma Schroeder wurden als die eigentlichen Anführerinnen in der Partei betrachtet – weshalb man beide im April 1918 aus Bayern auswies. Vermutlich waren die Frauen noch nicht zurück, als am 8. November 1918 der Freistaat Bayern ausgerufen wurde.

Am 19. November 1918 luden verschiedene Frauenvereinigungen in den Wagnersaal in der Sonnenstraße. Lida Gustava Heymann sprach über „Die Frau im neuen Staat“, sie forderte u.a. einen Frauenrat, der die politische Schulung der Frauen übernehmen sowie für bessere Berufsmöglichkeiten und die Wahrung der gerade erst errungenen Rechte sorgen sollte. Hedwig Kämpfer lag v. a. am Herzen, dass die proletarischen Frauen politisch geschult würden. Diese Bestrebungen resultierten im Dezember im „Bund Sozialistischer Frauen“, zu dessen Gründungsmitgliedern Hedwig Kämpfer gehörte. Die erste große Versammlung fand am 16. Dezember im Deutschen Theater statt. Über den Bund ist nicht viel bekannt, Dokumente sind, bis auf zwei Plakate, nicht erhalten. Dass die Versammlungen immer in großen Sälen stattfanden, lässt auf eine rege Teilnahme schließen.

Hedwig war außerdem ab November 1918 Mitglied im Provisorischen Nationalrat (ihr Mann war im Soldatenrat). In dessen Ausschüssen verfocht sie stets die Belange der Frauen. Der Rede von Rosa Kempf am 18. Dezember 1918 fügte Hedwig Kämpfer an: „Ich habe [...] das Vertrauen zu unseren Männern aus der Sozialdemokratischen

21 Protokoll des Rätekongresses vgl. <http://daten.digitale-sammlungen.de/~db/bsb00009689/images> [Stand: 08.05.2018].



Hedwig Kämpfer mit Familie
 Abbildung: Archiv der Arbeiterbewegung, München

Partei, dass sie uns, nachdem wir Frauen im Parlament noch sehr schwach vertreten sind, in jeder Hinsicht unterstützen und das Verständnis dafür aufbringen werden, [...] dass Fraueninteressen Volksinteressen im tiefsten Sinne des Wortes bedeuten, dass die sozialen Schäden, die das Wirtschaftsleben mit sich gebracht hat, die die Gesundheit untergraben haben, ausgemerzt werden durch Verfügungen, die den Frauen allgemein entgegenkommen.“²²

Am 10. April 1919 wurde in der „ersten“ Räterepublik das Revolutionstribunal eingerichtet, das über Belange der Bürger urteilen sollte. Hedwig Kämpfer war Richterin – neben 27 Männern. Sie hatte zwei weibliche Beisitzer: Rosa Aschenbrenner und Mathilde Baumeister. Kämpfer übernahm ihre Aufgabe mit dem Vorsatz, keine Todesurteile zu verhängen – was gelang. Zeitzeugen berichten voll Bewunderung von ihrer Arbeit. Der Journalist Ret Marut notiert: „Es hat bis zu dieser Stunde auf der ganzen Erde noch kein Gericht gegeben, in dem alle Urteile mit

.....
 22 Ebd.

einem so tiefen menschlichen Verstehen jeder menschlichen Tat gefällt wurden wie bei diesem Revolutionstribunal, das die bayerische Regierung und die Pressezuhalter als Schreckensgericht bezeichneten.“²³ Und Lida Gustava Heymann schreibt: „Ich hatte in früheren Jahren während meiner sozialen Tätigkeit in Hamburg häufig Gelegenheit, Gerichtsverhandlungen beizuwohnen. Niemals erlebte ich, dass ein Mann selbst bei bestem Willen und Bemühen zustande brachte, was [...] Hedwig Kämpfer beim Revolutionstribunal in München gelang. Mit ernster Entschiedenheit, der nie warme Menschlichkeit fehlte, brachte sie in kurzer Zeit ganz verstockte Menschen dahin, die volle Wahrheit über ihre Delikte ehrlich zu bekennen. Es war, als spürte sie sofort, was Geistes Kind sie vor sich hatte, als begriff sie unmittelbar die Mentalität, aus der heraus der Angeschuldigte gehandelt hatte, wie ihm zur Last gelegt wurde. Sie erfasste sofort die Situation, stellte wie selbstverständlich alle Umstände fest, die der Inkulpat bestätigte. Ihre Fragestellung war einfach, natürlich, führte von Tatsache zu Tatsache, bis das Eingeständnis unvermeidbar geworden war, ihr psychologisches Einfühlungsvermögen arbeitete untrüglich.“²⁴

Als Ende April die „weißen“ gegenrevolutionären Truppen auf München vorrückten und die Kämpfe mit der Roten Armee immer brutaler wurden, versuchten einige Frauen, die kommunistischen Führer zu Verhandlungen zu bewegen. Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann hatten bei Max Levien keinen Erfolg. „Eine der Mitarbeiterinnen“, schreibt Heymann, „verschaffte sich ein Auto und fuhr mit Hedwig Kämpfer unter erheblichen Schwierigkeiten zu den roten und dann zu den weißen Truppen. Beim Führer der Roten fanden sie Entgegenkommen; er gab ihnen sicheres Geleit zum Kommandanten der Weißen, bei dem sie keinerlei Gehör fanden. So schlug auch dieser letzte Versuch fehl! Es folgte, was folgen musste, ein scheußliches Blutbad wurde in München veranstaltet.“²⁵

Am 1. Mai 1919 wurde Hedwig Kämpfer verhaftet. Im Juni musste man sie wieder entlassen, weil sie bei den Stadtratswahlen für die USPD kandidierte; mit Erfolg. Bis 1924 war sie Stadträtin. Ihr Mann Richard arbeitete als Journalist und Angestellter. Über die Jahre bis 1933 wissen wir wenig. Gleich nach der „Machtergreifung“ 1933 floh die Familie nach Paris. 1940 wurde Hedwig Kämpfer

.....
 23 Hansjörg Viesel: Literaten an der Wand, Frankfurt am Main 1980, S. 500.

24 Lida Gustava Heymann: Erlebtes - Erschautes, Kreuzlingen/München 2002, S. 174 f.

25 Ebd., S. 180.

im Lager Gurs in Südfrankreich interniert und überstand dort drei harte Jahre. Nach Kriegsende finden wir sie wieder in Paris. Mit Unterstützung ihrer Familie und ehemaliger Kollegen aus dem Stadtrat bereitete sie die Rückkehr nach München vor. Kurz davor starb sie ganz tragisch in der Nacht auf den 6. Januar 1947 an einer Kohlenmonoxidvergiftung. Sie hatte beim Küchenherd geschlafen, weil es in der Wohnung so kalt war. Wahrscheinlich war der Herd defekt; es roch nach Gas, als man sie friedlich im Bett liegend fand.

Viele Namen – wenig Fakten

Auffallend ist das große Engagement von Frauen, bürgerlichen wie proletarischen, in den Revolutionsmonaten. Dabei fällt außerdem auf, dass die meisten danach kaum mehr eine Rolle spielten und dass nur von wenigen Protagonistinnen Näheres aus ihren Biografien bekannt ist.

Woran liegt's? – Viele Frauen kamen aus der Arbeiterschicht, für die interessierten sich die Geschichtsschrei-

bung und -forschung lange Zeit kaum. – Man nahm die Frauen nicht ernst; so haben Polizeispitzel während der politischen Veranstaltungen ihre Redebeiträge höchstens in Auszügen oder zusammenfassend notiert. – Viele waren nur in der kurzen Zeit von 1918/19 aktiv, saßen dann in Haft oder wurden ausgewiesen, sind weggezogen oder desillusioniert einem unpolitischen Leben nachgegangen. – Manche waren extra für die Revolution nach München gekommen und erlitten danach dasselbe Schicksal wie die oben genannten. – Vermutlich ist einiges Material Ende April 1919 von den Revolutionären selbst vernichtet worden, um ihre Leute zu schützen. – Ebenso haben später die Nationalsozialisten oder die Bomben des Zweiten Weltkriegs Archive vernichtet, z. B. das der Frauenrechtlerinnen Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann, das der Pazifistin Constanze Hallgarten oder das des „Vereins für Fraueninteressen“.

Für Forschungsvorhaben zur Frauengeschichte gibt es hier noch reichlich zu tun. 🌟

Der „Spartakusaufstand“ – die zweite Phase der proletarischen Revolution?

Teil 1: Die Ereignisse bis zum 8. Januar 1919

von Bernhard Sauer



Bewaffnete Spartakusanhänger mit Maschinengewehr haben sich während des Januaraufstands in Berlin verschanzt. Besonders erbittert wurden die Kämpfe im Berliner Zeitungsviertel geführt.

Abbildung: *Süddeutsche Zeitung Photo*

Im Januar 2019 jährt sich zum hundertsten Mal der Januaraufstand in Berlin, oft auch „Spartakusaufstand“ genannt. Er dauerte nur wenige Tage, vom 4. bis zum 11. Januar 1919, war aber doch das herausragende Ereignis der Novemberrevolution auf Reichsebene.¹ Die Demonstrationen im Januar 1919 waren die größten, die Berlin je erlebt hat. Hunderttausende beteiligten sich. Die SPD erklärte damals, dass der „Spartakusbund“ hinter dem Aufstand gestanden habe. Von Seiten der Freikorps wurde die Behauptung aufgestellt, dass damals Deutschland dem Bolschewismus anheimgefallen wäre, wenn nicht die Freikorps mit ihrem Einsatz Deutschland davor bewahrt hätten.

So schrieb beispielsweise Friedrich Wilhelm v. Oertzen, einer der bedeutendsten Freikorps-Chronisten, der selber den Januaraufstand miterlebt hat und sich später dem Nationalsozialismus anschloss: „Der Versuch der Spartakisten, eine zweite proletarische Revolution zu entfesseln, war – jedenfalls in Berlin – durch den Einsatz der Freikorps gescheitert.“² Es wurde ein Szenarium entworfen, wonach in Deutschland die zweite bolschewistische Phase der Revolution unmittelbar bevorstand. „Die russische bolschewistische Regierung“, so wurde behauptet, „lasse den Rubel zu Millionen rollen, um die spartakistische Bewegung in Deutschland jetzt zum Sieg zu führen.“³ Insbesondere das Erscheinen von Karl Radek wurde als Alarmzeichen gewertet.⁴ „Radek“, so hieß es in einer dieser Darstellungen, „sei im Auto des Polizeipräsidenten langsam die Linden entlang gefahren und habe zum Volk gesprochen. Er habe die Leute auf der Straße aufgefordert, auszuharren, bis die russischen Truppen in Berlin seien.“⁵ Auch Gustav Noske behauptete, Berlin habe im Januar 1919 „unmittelbar vor der bolschewistisch-proletarischen Diktatur“ gestanden, die nur mit den von ihm aufge-

stellten Truppen hätte verhindert werden können.⁶ Diese Sichtweise wurde später von weiten Teilen der Geschichtsschreibung übernommen. So schrieb beispielsweise ein Vertreter dieser Richtung: „Die SPD hatte die Krise mit Hilfe gegenrevolutionärer und antidemokratischer Kräfte, der Freikorps, gemeistert, die bald ihre Rechnung präsentieren sollten. Wie anders aber hätte die Regierung eine demokratische Republik errichten und die Einheit des Reiches bewahren können?“⁷ Diese These galt in der deutschen Geschichtsschreibung jahrzehntelang als unumstößliches Dogma. Auch nach Karl Dietrich Erdmann stand Deutschland nach Kriegsende vor der unausweichlichen Alternative: Bolschewismus oder Bündnis der SPD mit dem alten Offizierskorps und der alten Bürokratie. Es gab in dieser Sicht nur ein Entweder – Oder: „Die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem des alten Offizierskorps.“⁸

Dieser Sichtweise hat Eberhard Kolb als einer der ersten widersprochen. In seiner umfangreichen Analyse der Arbeiterräte kommt Kolb zu dem Ergebnis, dass die SPD die Furcht vor den Bolschewisten selbst mit erzeugte. Es sei „seit Januar eine regelrechte Psychose herangezüchtet worden“.⁹ Die SPD habe demnach sehr wohl einen breiteren Handlungsspielraum gehabt. Reinhard Rürup argu-

.....

1 Eine ausführlichere Darstellung in Bernhard Sauer: Der Spartakusaufstand. Legende und Wirklichkeit, in: Heiner Karuscheit /Bernhard Sauer/ Klaus Wernecke: Vom „Kriegssozialismus“ zur Novemberrevolution, Hamburg 2018.
 2 Friedrich Wilhelm v. Oertzen: Die deutschen Freikorps 1918–1923, München 1936, S. 281.
 3 Eduard Stadler: Als Antibolschewist 1918/19, Düsseldorf 1935, S. 44.
 4 Radek war als Abgesandter der bolschewistischen Regierung nach Deutschland gereist, um am Gründungsparteitag der KPD teilzunehmen. Dass er im Auto langsam unter den Linden entlanggefahren sei und zu den Menschen gesprochen habe, davon ist allerdings nichts bekannt.
 5 Hans v. Kessel: Handgranaten und rote Fahnen. Ein Tatsachenbericht aus dem Kampf gegen das rote Berlin 1918–1920, Berlin 1933, S. 151.

.....

6 Vgl. Gustav Noske: Die Abwehr des Bolschewismus, in: Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918–1928, Berlin 1928, S. 35 f.
 7 Walter Tormin: Die Weimarer Republik, Hannover 1973, S. 92.
 8 Karl Dietrich Erdmann: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: Vierteljahrshefte der Zeitgeschichte III/1955, S. 7.
 9 Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962, S. 406.



Ein Vertreter der Spartakusgruppe spricht während des Januaraufstands in Berlin zu einer Menschenmenge, die sich vor dem Reichstagsgebäude versammelt hat.
Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

mentierte in ähnlicher Weise: „Man muss vielleicht deutlich sagen, dass der Januaraufstand kein Spartakusaufstand war, weil das ein verbreitetes Missverständnis noch heute ist, die meisten Leute sprechen vom Spartakusaufstand, es war eine spontane Massenbewegung, die weitgehend führerlos war.“ Er stellte fest, „die in älteren Darstellungen vorherrschende These, dass während der Revolution die größte Gefahr von links gedroht habe, hat mit jeder aus der Quelle gearbeiteten Untersuchung immer mehr an Boden verloren.“¹⁰ Wolfram Wette widersprach ebenfalls in seiner Biographie über Gustav Noske der bislang gängigen Geschichtsbetrachtung: Die Furcht vor einer „bolschewistischen“ Machtergreifung war seiner Meinung nach unbegründet. Die „bolschewistische Gefahr“ sei ein „propagandistisch erzeugter Popanz, keine Realität“. Mit dieser Propaganda sollte der Gewalteintritt der Freikorps gerechtfertigt werden.¹¹

10 Reinhard Rürup: Einleitung, in: ders. (Hg.): Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Studien zur Geschichte der Revolution 1918-19, Wuppertal 1975, S. 8.

11 Vgl. Wolfram Wette: Gustav Noske: Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987, S. 792.

Die Januarerhebung als herausragendes Ereignis in der deutschen Geschichte wird auch nach 100 Jahren kontrovers interpretiert. Nach Rürup ist dies auch nicht verwunderlich, denn bei „einer Revolution, deren Frontstellungen unübersehbar mit zeitgeschichtlichen Erfahrungen und politischen Überzeugungen auch unserer Gegenwart verbunden sind“, kann von der Forschung kein einheitliches Bild der geschichtlichen Ereignisse erwartet werden. „Die Interpretation der Revolution ist in hohem Maße von den politischen Interessen und Kategorien des jeweils Urteilenden abhängig [...]“¹² Doch unabhängig von dem politischen Standpunkt des jeweiligen Betrachters ist es zunächst einmal notwendig, die historischen Fakten im Einzelnen möglichst wahrheitsgetreu darzustellen. Dies geschieht häufig nicht. Oft werden in den Darstellungen einzelne Ereignisse herausgegriffen, zuweilen auch verzerrt oder falsch dargestellt. Der Januaraufstand war ein überaus komplexer Vorgang, die Ereignisse haben sich häufig überschlagen und in wenigen Stunden konnte eine völlig neue Situation entstehen. Um sich ein möglichst genaues

12 Vgl. Rürup, (wie Anm. 10), S. 11.

Bild von den Ereignissen zu machen, erscheint es sinnvoll, den Januaraufstand nach Tagen zu strukturieren, diese in ihrem Verlauf detailliert darzustellen und vor allem auch die damaligen Zeitungsberichte und -kommentare als authentische Quellen hinzuzuziehen. Auf dieser Grundlage ist die Beantwortung zentraler Fragen möglich: Stand hinter der Januarerhebung der Spartakusbund? Gab es damals tatsächlich eine bolschewistische Bedrohung? War der Freikorps-Einsatz unvermeidlich oder gab es Alternativen zu dem Gewalteinsatz der Freikorps?

Der dramatische Verlauf des „Spartakusaufstandes“

Samstag, 4. Januar 1919

Ausgelöst wurden die Januar-Unruhen durch die Absetzung des kommissarischen Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD). Am 4. Januar, einem Samstag, trafen sich daraufhin im Polizeipräsidium der Vorstand der Berliner USPD, die sog. „Revolutionären Obleute“ – jener Kreis linker, von den Gewerkschaften unabhängiger Vertrauensleute, die im Verlauf des Ersten Weltkrieges vor allem in den Berliner Rüstungsbetrieben gebildet wurden – sowie Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck als Vertreter der neu

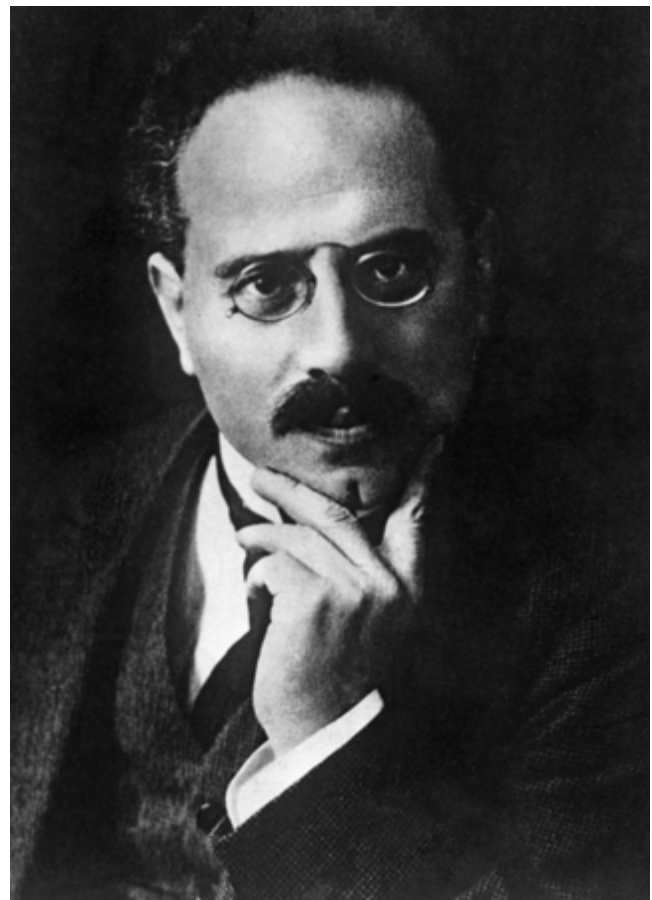
gegründeten KPD mit Eichhorn und beschlossen, für den 5. Januar zu einer Protestdemonstration gegen die Regierung Ebert-Scheidemann aufzurufen.

Sonntag, 5. Januar 1919

Mehr als hunderttausend Menschen folgten dem Aufruf. Einige hundert Demonstranten, die bewaffnet waren, zogen auf eigene Faust in Richtung Zeitungsviertel und besetzten die Druckerei des sozialdemokratischen „Vorwärts“, das „Berliner Tageblatt“, die großen Betriebe von Mosse, Ullstein, Scherl, Büxenstein und das Wolff'sche Telegraphenbüro. Dies geschah spontan, ohne Anweisung der Revolutionären Obleute. Ein Beteiligter erinnert sich: „Es ist niemals festgestellt worden, wer eigentlich die Losung ‚Auf zum Vorwärts!‘ ausgegeben hat. Es wurde in den folgenden Jahren viel darüber diskutiert, ob es ein Provokateur gewesen sein könnte. Das ist möglich. Doch kann es ebenso gut ein Demonstrant gewesen sein, der durch die ungeheure Menschenmenge in Wallung geraten war. So entstehen eben spontane Aktionen; irgendjemand gibt die Parole aus, die in der Luft liegt. Das gehört zur Atmosphäre erregter Zeiten. Unbestreitbare Wahr-



Wilhelm Pieck als Mitglied des Reichstags
Abbildung: ullstein bild



Karl Liebknecht
Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

heit ist, dass der Zug zum ‚Vorwärts‘ nicht vorbereitet war“.¹³ Andere bewaffnete Gruppen besetzten später die großen Bahnhöfe. Die KPD begrüßte die Besetzung. In der Roten Fahne hieß es: „Die Arbeitermasse hat abermals spontan den ‚Vorwärts‘ besetzt. Die brutalen Provokationen der Ebert-Reptile gerade in den letzten Tagen haben die Geduld und Gutmütigkeit der Groß-Berliner Arbeiter auf eine zu harte Probe gestellt. Eine so gefährliche Waffe in den Händen der Feinde der Revolution länger lassen, hieße in der Tat an den vitalsten Interessen der Revolution Verrat üben. Die Zurücknahme des ‚Vorwärts‘, des geraubten rechtmäßigen Besitzes der Berliner Arbeiterschaft, ist ein selbstverständlicher Akt revolutionärer Notwehr. Hoffentlich lässt sich ihn die Arbeiterschaft diesmal nicht wieder entgleiten!“ Weiter schrieb Die Rote Fahne: „Die Proletarier des ganzen Reiches blicken in dieser Stunde auf Berlin. Für die Berliner Arbeiter und Soldaten gibt es nur eine Losung: Kampf bis zum letzten Atemzug unter dem Ruf: Nieder mit Ebert-Scheidemann!“



Spartakusleute besetzen das Redaktionsgebäude des Vorwärts in Berlin.
Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Unter dem Eindruck der gewaltigen Massendemonstration fand noch am Abend des 5. Januar eine weitere Versammlung im Polizeipräsidium statt: 70 Revolutionäre Obleute, zehn Vorstandsmitglieder der USPD, zwei Vertreter der KPD (Liebknecht, Pieck) sowie Eichhorn. Die Konferenz stand, wie ein Teilnehmer berichtete, „ganz im Banne der gewaltigen Demonstration, ohne sich zunächst

.....

13 Karl Retzlau: Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt am Main 1976, S. 116.

darüber schlüssig zu werden, was weiter geschehen müsse.“¹⁴ Heinrich Dorrenbach als Vertreter der Volksmarinedivision erklärte, „nicht nur die Volksmarinedivision, auch alle anderen Berliner Regimenter stehen hinter den Revolutionären Obleuten und sind bereit, mit Waffengewalt die Regierung Ebert-Scheidemann zu stürzen.“¹⁵ Die Soldatenvertreter warnten. Die Berliner Truppen hätten immer geschwankt und es sei noch nicht einmal sicher, ob Dorrenbach seine eigenen Leute hinter sich habe. Doch insbesondere Liebknecht trat für ein offensives Vorgehen ein. Er erklärte, „dass bei diesem Stand der Dinge nicht nur der Schlag gegen Eichhorn abgewehrt werden müsse, sondern der Sturz der Regierung Ebert Scheidemann möglich und unbedingt notwendig sei.“¹⁶ Nach Richard Müller waren Liebknecht und Pieck diejenigen, die die radikalsten Forderungen aufstellten. Mit 80 gegen sechs Stimmen wurde schließlich beschlossen, „den Kampf gegen die Regierung aufzunehmen und bis zu ihrem Sturz durchzuführen“.¹⁷ Richard Müller und Ernst Däumig, die beiden Führer der Obleute, wandten sich gegen diesen Beschluss; sie meinten, dass die Voraussetzungen für eine Regierungsübernahme nicht gegeben seien. Däumig warnte eindringlich „vor einer Massenaktion mit dem Ziel eines Regierungsumsturzes, da diese Bestrebungen wegen des Fehlens jeglicher Planung auf Berliner und überregionaler Ebene nur mit einem Fiasko für die Revolutionäre Linke enden könne“.¹⁸

Dennoch wurde ein 33-köpfiger Revolutionsausschuss gebildet, in dem Georg Ledebour, Karl Liebknecht und Paul Scholze gemeinsam den Vorsitz übernahmen und der zum Generalstreik und zum Sturz der Regierung aufrief. Dieser Revolutionsausschuss – so Pieck in einem detaillierten Bericht, der allerdings erst später in der Öffentlichkeit bekannt wurde¹⁹ – beschloss in der ab 12.00 Uhr nachts stattfindenden Sitzung, „noch in der Nacht die Kabinettsmitglieder zu verhaften, die militärisch wichtigen Gebäude am Montag zu besetzen“, die Arbeiter zu bewaffnen und Kommissionen einzurichten. Zur Umsetzung dieser

.....

14 Zit. nach: Sebastian Haffner: Die deutsche Revolution 1918/19, Köln 2008, S. 157.

15 Zit. nach: ebd., S. 157 f.

16 Zit. nach: Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806-1933, München 2002, S. 388.

17 Haffner (wie Anm. 14), S. 158.

18 Ottokar Luban: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte Heft 6, Leipzig 2008, S. 74.

19 Vgl. Ottokar Luban: Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung und der Berliner Januaraufstand 1919 – Legende und Wirklichkeit, S. 4 f.



Eine Straßensperre aus Möbelwagen in der Linienstraße im Berliner Stadtteil Moabit während des Spartakusaufstandes
Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Beschlüsse kam es jedoch nicht mehr. Unter Protest von Pieck löste sich der Revolutionsausschuss gegen zwei Uhr nachts auf. Im Anschluss an diese Sitzung verhandelten jedoch noch Liebknecht und drei weitere Mitglieder des „Revolutionsausschusses“ – darunter wohl auch Pieck – mit Dorrenbach. Dieser erklärte sich bereit, Matrosen zur Verhaftung der Regierungsmitglieder einzusetzen. Doch blieb auch dieser Plan im Ansatz stecken. Wie dilettantisch die „Regierungsübernahme“ in Angriff genommen wurde, zeigte sich am folgenden Tag: Zur Besetzung von Regierungsgebäuden wurden einige Trupps ausgesandt, die zu ihrer Legitimation eine maschinenschriftliche Erklärung des Revolutionsausschusses über die Absetzung der Ebert-Scheidemann-Regierung und über die vorläufige Übernahme der Macht durch das revolutionäre Gremium erhielten. Vor dem Kriegsministerium erschien am 6. Januar ein Trupp von etwa 300 Bewaffneten unter Führung des Matrosen Wilhelm Lemmgen aus dem Marstall mit dem Auftrag, das Kriegsministerium zu besetzen. Der Matrose verlangte die Übergabe des Kriegsministeriums und verwies auf das mitgebrachte Schriftstück. Der amtierende Leutnant Hamburger wies den Matrosen darauf hin, dass die Unterschrift der „neuen Regierung“ nur mit Maschine geschrieben, und daher nicht „beweiskräftig“ sei. Er gab dem Matrosen eine schriftliche Erklärung mit, das Kriegsministerium sei bereit, sich der „neuen Regierung“ zu übergeben, doch müsste die Proklamation erst handschriftlich unterschrieben sein. Der Matrose und seine Begleiter zogen nach dem Marstall zurück und kehrten nach geraumer Zeit mit den Unterschriften der Vorsitzenden des „Revolutionsausschusses“ Ledebour, Liebknecht und Scholze zurück, wobei Liebknecht auch

für den abwesenden Ledebour unterzeichnete. In dem Schriftstück steht: „Kameraden, Arbeiter! Die Regierung Ebert-Scheidemann hat sich unmöglich gemacht. Die ist von dem unterzeichneten Revolutionsausschuss [...] für abgesetzt erklärt. Der unterzeichnete Revolutionsausschuss hat die Regierungsgeschäfte vorläufig übernommen.“ Der Vorwärts veröffentlichte dieses Dokument nach seiner Wiederzulassung am 14. Januar und schrieb unter der Überschrift: „Das Dokument der Schuld“: „Leutnant Hamburger nahm das kostbare Dokument dankend an sich – von einer Übergabe des Kriegsministeriums war aber freilich dann nicht mehr die Rede. Die dummen Teufel im Marstall waren einfach hineingefallen und hatten den vollen Beweis ihrer verbrecherischen Schuld in die Hand des Gegners gespielt. Es ist kennzeichnend für die zynische Gewissenlosigkeit, aber auch für den naiven Größenwahn Karl Liebknechts, dass er glaubte, er könne mit einem Federstrich das ganze Kriegsministerium zu Untreue, Meuterei und Rebellion verleiten.“²⁰

Montag, 6. Januar 1919

Der Revolutionsausschuss siedelte am Montagvormittag in den Marstall über, dem Sitz der Volksmarinedivision. Dem Aufruf des Revolutionsausschusses folgend, traten viele Berliner Betriebe am 6. Januar in den politischen Streik. Die Massen waren an diesem Montagmorgen noch zahlreicher erschienen: Etwa 200 000 Menschen säumten die Straßen von der Siegesallee bis hin zum Alexanderplatz.

Dies sei „keine Rebellion, das ist eine Revolution“, schrieb Die Rote Fahne und fuhr dann fort: „Noch vor 3 Wochen schienen Ebert-Scheidemann im Zenith ihrer Macht zu stehen. Die blöden Toren! Noch sind keine zwanzig Tage seitdem verflossen und ihre scheinbare Macht ist über Nacht ins Wanken geraten. Die Massen sind eben die wirkliche Macht, die reale Macht kraft ihrer Interessen, kraft der historischen Notwendigkeit, kraft des ehernen ‚Muss‘ der Geschichte. Unaufhaltsam schreitet die Revolution Vorwärts, mit all ihrem äußeren wirren Verlauf, mit der abwechselnden Ebbe und Flut. Die Masse muss eben im Kampfe selbst zu kämpfen, zu handeln lernen.“ Zugleich stellt das Blatt die Frage: „Sind aber ihre Führer, die ausführenden Organe ihres Willens, auf der Höhe? Sind die Revolutionären Obleute und Vertrauensleute

.....
20 In: Vorwärts, Nr. 23 vom 14.1.1919. Im Ledebour-Prozess wurde eine andere Darstellung des Vorfalles gegeben. Demnach ging Lemmgen, dem unterdessen Bedenken gekommen waren, mit dem unterzeichneten Dokument nicht zum Kriegsministerium, sondern nach Hause und übergab es erst später einem Vertreter der SPD-Regierung. Vgl. Luban (wie Anm. 18), S. 81; Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, S. 81.



Menschenmenge auf dem Alexanderplatz in Berlin während des Generalstreiks im Januar

Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

der Großbetriebe, sind die radikalen Elemente der U.S.P. inzwischen an Tatkraft, Entschlossenheit gewachsen? Hat ihre Aktionsfähigkeit mit der wachsenden Energie der Massen Schritt gehalten? Wir befürchten, die Frage nicht mit einem glatten Ja beantworten zu können. Wir fürchten, die Führer sind noch dieselben, wie sie am 9. November waren, sie haben wenig hinzugelernt.“ Vor allem aber warnte das Blatt vor Verhandlungen und Kompromissen: „Andere, pflaumenweiche Elemente sind sicher schon fleißig am Werke, um ‚Verhandlungen‘ anzubahnen, um Kompromisse herbeizuführen, um über den blutigen Abgrund, er sich zwischen der Arbeiter- und Soldatenmasse und der Regierung Eberts aufgetan, eine Brücke zu schlagen, um die Revolution zu einem ‚Vergleich‘ mit ihren Todfeinden zu verleiten. Da ist keine Zeit zu verlieren. Da müssen sofort durchgreifende Maßnahmen vorgenommen werden. Den Massen, den revolutionstreuen Soldaten müssen klare und rasche Direktiven gegeben, ihrer Energie, ihrer Kampflust müssen die richtigen Ziele gewiesen werden. Die schwankenden Elemente unter den Truppen können nur durch entschlossenes, klares Handeln der revolutionären Körperschaften für die hiesige Sache des Volkes gewonnen werden. Handeln! Handeln! Mutig, entschlossen, konsequent, das ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Revolutionären Obleute und der ehrlich-sozialistischen Parteiführer. Die Gegenrevolution entwaffnen, die Massen bewaffnen, alle Machtpositionen besetzen. Rasch handeln! Die Revolution verpflichtet. Ihre Stunden zählen in der Weltgeschichte für

Momente und ihre Tage für Jahre. Mögen sich die Organe der Revolution ihrer hohen Pflichten bewusst sein!“²¹

Aber auch Die Rote Fahne sagte nicht, worin das Handeln bestehen sollte, außer dass die Massen sich bewaffnen und alle Machtpositionen besetzen sollten. Der Großteil der Demonstranten, von denen einige wieder bewaffnet waren, blieb auch am 6. Januar ohne klare Direktiven und Zielsetzungen. Man wartete auf Anordnungen der Führung. Doch es geschah nichts. Der Revolutionsausschuss war unfähig, irgendwelche Entscheidungen zu treffen, er war noch nicht einmal in der Lage, untereinander über die nächsten Maßnahmen zu beraten. Es herrschte ein ständiges Kommen und Gehen. Deren führende Mitglieder waren damit beschäftigt, Reden vor den Demonstranten zu halten. Ein Teilnehmer der Demonstration beschrieb die Situation so: „Es war ein ganz wirres Durcheinander.“²² Einzelne Gruppen machten sich wieder selbständig und besetzten noch ein paar öffentliche Gebäude so u. a. das Spandauer Rathaus. Die Masse jedoch, desillusioniert und des langen Wartens müde, strömte am Abend nach Hause.

Aufgeschreckt durch die Besetzung des Zeitungsviertels und die Aufrufe zum Sturz der Regierung hatten sich in den Morgenstunden des 6. Januar viele Tausende Anhänger der SPD in der Wilhelmstraße eingefunden, um notfalls den Schutz der Regierung zu übernehmen.²³ Aus der Demonstration der regierungstreuen Arbeiter heraus wurde der „freiwillige Helferdienst der sozialdemokratischen Partei“ unter der Leitung des Verlegers Artur Baummeister und des Unteroffiziers der Reserve Liebe gebildet. Dieser Helferdienst stellte in den nächsten Tagen zwei militärische Formationen mit insgesamt 4.500 Mann auf, nämlich das „Regiment Liebe“ und das „Regiment Reichstag“.²⁴ Kuttner hielt vor regierungstreuen Demonstranten, die sich am 7. Januar erneut vor dem Reichskanzlerpalais versammelten, eine Ansprache, in der er die Anwesenden aufforderte, „die Verteidigung der Regierung durch die Tat in die Hand zu nehmen“.²⁵ Daraufhin schloss sich ein Trupp von 150 Mann zusammen, der dann das Brandenburger Tor besetzte.

Am Morgen des 6. Januar war auch die Reichsregierung zusammengetreten. Ebert äußerte dabei den Standpunkt,

.....
21 Die Rote Fahne, Nr. 7 vom 07.01.1919.

22 So der USPD-Arbeiterrat Stahlwerk auf einer parteiinternen Sitzung. Zitat nach: Luban (wie Anm. 19), S. 6.

23 Vgl. Friedrich Wilhelm von Oertzen: Die deutschen Freikorps, S. 261.

24 Vgl. Wette (wie Anm. 11), S. 325.

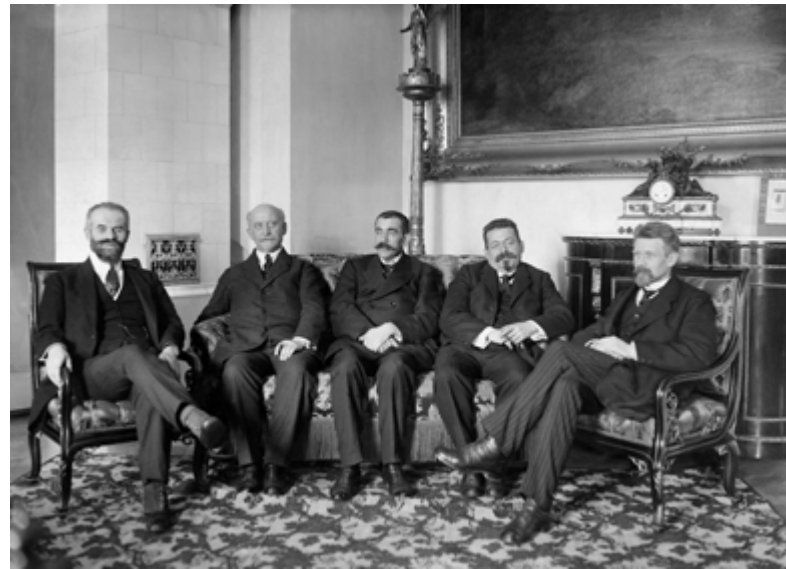
25 Ebd.

dass die Regierung sich eine Truppe schaffen müsse, auf die sie sich verlassen könne, Noske ergänzte, dass „nun versucht werden müsse, mit Waffengewalt Ordnung zu schaffen“.²⁶ In der Folge ging es nur noch um die Frage, wer mit dieser militärischen Aufgabe betraut werden sollte. Die Frage hingegen, ob die Bekämpfung von Unruhen nicht eine polizeiliche Aufgabe sei, die in den Zuständigkeitsbereich des preußischen Innenministers fiel, wurde nicht gestellt. Zunächst wurde der Kommandeur der in Berlin stationierten Garde-Kavallerie-Schützen-Division, Generalleutnant v. Hoffmann, vorgeschlagen, als jedoch eingewendet wurde, dass die Arbeiter gegen einen General größte Bedenken hegen würden, wurde schließlich Noske ins Spiel gebracht, der die militärische Befehlsgewalt schließlich mit den mittlerweile berühmt gewordenen Worten übernahm: „Meinetwegen! Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!“²⁷ Noske begann seine militärische Tätigkeit damit, dass er sich ins Generalstabsgebäude begab, um mit den Herren des Stabes der Abteilung Lüttwitz die militärische Lage durchzusprechen. Die Abteilung Lüttwitz – wenige Tage später in Generalkommando Lüttwitz umbenannt – war die von der Obersten Heeresleitung bestimmte Spitze aller Freikorps in und um Berlin. Im Generalstabsgebäude erfuhr Noske allerdings eine bittere Enttäuschung: Die Organisation der Freikorps – so wurde ihm erläutert – sei keineswegs abgeschlossen und dauere mindestens noch eine Woche. Als Stabsquartier der aufzustellenden Freikorps wurde das Luisenstift in Berlin-Dahlem vorgesehen, wo sich schon der Divisionsstab der Garde-Kavallerie-Schützen-Division befand. Die einzige militärische Formation, die sich zu diesem Zeitpunkt in Berlin befand, war das im Moabiter Kasernenblock stationierte Regiment Reinhard. Oberst Wilhelm Reinhard übernahm zusammen mit seinem Ordonnanzoffizier, Oberleutnant Hans von Kessel, neben der Moabiter Kaserne die Sicherung der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes. Außerdem übernahmen Teile der Republikanischen Soldatenwehr die Verteidigung des Regierungsviertels.

Am Abend des 6. Januar zeichnete sich schon ab, dass der Aufstand aufgrund der Desorganisation in den eigenen Reihen gescheitert war. Hinzu kam, dass entgegen den verbreiteten Erwartungen alle in Berlin stationierten militärischen Formationen sich in den politischen Ausei-

.....
26 Gustav Noske: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 68.

27 Ebd.



Fünf der sechs Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten, v. li. n. re.: Otto Landsberg, Philipp Scheidemann, Gustav Noske, Friedrich Ebert, Rudolf Wissell. Der Rat der Volksbeauftragten war die während der Novemberrevolution gebildete, vorläufige deutsche Regierung. Sie amtierte vom 9. November 1918 bis zum 10. Februar 1919.

Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

inandersetzungen für neutral oder zugunsten der Ebert-Scheidemann-Regierung erklärten. Selbst die Volksmarinedivision widerrief die von Dorrenbach gegebene Unterstützung. Dorrenbach wurde abgewählt und die Revolutionären Obleute mit den „größten Schimpfworten aus dem Marstall gewiesen“.²⁸ Von der Volksmarine division aus dem Marstall hinausgeworfen, begab sich der Revolutionsausschuss in das Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Dort diskutierten die Revolutionären Obleute einen Vorschlag der USPD-Führer, mit der mehrheitssozialdemokratischen Regierung in Verhandlungen zu treten. Breitscheid, Dittmann, Kautsky sowie Cohn-Reuß hatten ein Vermittlungsangebot vorgelegt. Es sollte eine „Kommission zur Schlichtung der vorliegenden Differenzpunkte“ eingerichtet werden, um blutige Zusammenstöße zu vermeiden. Die Freiheit erläuterte diesen Schritt: „Der 6. Januar ist stürmisch verlaufen. Alle sozialistischen Parteien haben den Massenstreik proklamiert und ihre Anhänger auf die Straße gerufen. Es ist an manchen Orten zu Zusammenstößen gekommen und es sind leider auch Opfer gefallen, Opfer, die nicht gebracht worden sind im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, sondern in einem Kampf, der vermieden hätte werden können zwischen Arbeitern. In dem Moment höchster Spannung, als eine

.....
28 So Pieck in seinem Manuskript von 1920, zit. nach: Luban (wie Anm. 19), S. 8.

große Katastrophe fast schon unabwendbar schien, da hat unsere Parteileitung eingegriffen. In den ersten Nachmittagsstunden beschloss sie eine Vermittlung zu versuchen. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden.“ Zum Schluss betonte das Blatt: „Wir wollen keinen Bürgerkrieg innerhalb der Arbeiterschaft, wir wollen den Sieg der ganzen vereinten Arbeiterklasse.“²⁹ Die an der Beratung teilnehmenden Vertreter des Spartakusbundes, Liebknecht und Pieck, lehnten die Verhandlungen entschieden ab. Die Freiheit meinte dazu, dass „dieser Verzicht auf den Gang der Verhandlungen und die weiteren Ereignisse wohl ohne jeden Einfluss bleiben“ wird.³⁰ Die Verhandlungsaufnahme wurde am späten Montagabend mit 51 zu zehn Stimmen von den Revolutionären Obleuten gebilligt. Die Verhandlungen wurden noch am Montagabend aufgenommen. Es wurde eine Kommission gebildet, in der auf Seiten der SPD-Regierung u. a. Ebert, Scheidemann, Landsberg und Wissel saßen. Der Zentralvorstand der USPD und die Revolutionären Obleute bestimmten je sechs Vertreter zu den Verhandlungen. Sie stellten vier Waffenstillstandsforderungen: Beiderseitige Einstellung der Feindseligkeiten; beiderseits keine weiteren Heranziehungen von Truppen; beiderseitige Abschiebung der schon herbeigeschaffenen Truppen; beiderseits keine weitere Herbeischaffung von Waffen und Munition.³¹ Ebert erklärte, es sei ihm eine Gewissenssache, Gewalt nur zur Abwehr anzuwenden. „Wir werden von der Waffe keinen Gebrauch zum Angriff machen.“³² Die Vermittler erzielten eine Erklärung, dass sie bereit seien, ihre Anhänger aufzufordern, keine Gewalt anzuwenden.

Die Rote Fahne wandte sich in einer Erklärung entschieden gegen die Aufnahme von Verhandlungen: „Während die revolutionären ‚Führer‘ beraten und die Ebert-Noske handeln, suchen die Haase und Gen. auch eine ihnen angemessene Rolle in der Revolution zu spielen: Sie haben sich an den Zentralrat gewendet, mit dem Anerbieten, einen Vergleich zu ‚vermitteln‘. Der Zentralrat hat darauf gnädig geruht, das Anerbieten anzunehmen. Der Zentralvorstand der U.S.P. sowie die Revolutionären Obleute haben sich nun darauf hingesezt, um jene Vorschläge zu beraten. Dies die letzte Nachricht vom Kriegsschauplatz. 700.000 Tatenlustige, von revolutionärer Energie strotzende Proletarier irren in den Straßen

.....
29 Die Freiheit, Nr. 11 vom 07.01.1919.

30 Ebd.

31 Vgl. Die Rote Fahne, Nr. 9 vom 09.01.1919.

32 Zit. nach Wette (wie Anm. 11), S. 303.

Berlins directionslos herum, und die revolutionären Körperschaften – beraten über einen ‚Vergleich‘ mit Ebert-Scheidemann. Arbeiter! Soldaten! Erscheint auf den Ruf der revolutionären Führer um 9 Uhr wie ein Mann in der Siegesallee, und erhebt einen so energischen, gellenden Ruf: Nieder mit Ebert-Scheidemann!, dass diesen Führern jede Lust zu ‚Verhandlungen‘ vergeht und ihnen Mut zu Taten kommt!“³³

Dienstag, 7. Januar 1919

Am Dienstag, den 7. Januar, erlebte Berlin noch einmal eine eindrucksvolle Demonstration. Die Rote Fahne schrieb voller Euphorie: „Der Kampf geht weiter. Die Berliner Massen erschienen immer wieder auf der Straße, geschlossen, mutig, kampfbereit, in prächtiger Stimmung. Der Ruf ‚Nieder mit Ebert-Scheidemann‘ tönt immer grummiger aus den endlosen Zügen, die sich die Straße entlang wälzen. Die Bourgeoisie, das Kleinbürgertum sehen dem ‚Treiben der Spartakusleute‘ mit täglich wachsender Wut zu. [...] Alle diese braven Bürger mit ihrer holden Weiblichkeit, die sich sämtliche brutalen Eingriffe des Militarismus vier Jahre lang ohne zu mucken gefallen ließen, die sich aus Wohnungen, Türklinken, Ofentüren und ehrwürdige zinnerne Erbstücke der Großmutter beschlagnahmen ließen, die den ganzen bürokratischen Wahnwitz der Kriegswirtschaftsämter und die tobende blutige Anarchie des Völkermordes als ‚große Zeit‘ priesen, sie verfallen heute in Tobsucht beim Anblick der Arbeitermassen, die es wagen, gehobenen Hauptes auf den Straßen zu marschieren und ihre Forderungen auszurufen. [...] Gemach, Ihr edlen Herrschaften! Ihr werdet noch viele solche Tage von unerträglicher Qual miterleben müssen. [...] Die Revolution ist aus dem Marsche und das, was wir heute erleben, ist nur ein Fragment, eine Etappe des gewaltigen Marsches.“³⁴ Doch entgegen der von der Roten Fahne verbreiteten Euphorie blieben die Arbeiter auch am 7. Januar ohne jegliche Parolen und Direktiven. Einige weitere Gebäude wurden durch revolutionäre Arbeiter besetzt, wobei unklar war, ob es sich um spontane oder vom „Revolutionsausschuss“ angeordnete Aktionen handelte. Am Dienstagmittag fand eine Sitzung der KPD-Zentrale statt, zu der auch Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck hinzugezogen wurden. Beide waren als Vertreter der KPD im Gremium der Revolutionären Obleute und seit Sonntagabend auch in der Aufstands-

.....
33 Die Rote Fahne, Nr. 7 vom 07.01.1919.

34 Die Rote Fahne (wie Anm. 31), Nr. 9 vom 09.01.1919.

leitung tätig, hatten aber weder am Sonnabend noch am Sonntag, noch am Montag Kontakt zu der KPD-Zentrale, die somit ohne Informationen über das Wirken ihrer beiden Vertreter war. Deshalb wurde die Spartakusführung am Montagabend initiativ und schickte zwei ihrer Mitglieder, Leo Jogisches und Paul Levi, zur Sitzung der jetzt im Polizeipräsidium tagenden Aufstandsführung. Diese ließen sich am Rande der Versammlung von Liebknecht und Pieck über die Einzelheiten der seit Sonnabend im Kreise der Berliner Linken geführten Diskussionen informieren und vereinbarten die Teilnahme Liebknechts und Piecks an der Sitzung der KPD-Zentrale für den Dienstag. Auf dieser Sitzung kam es erstmals seit Beginn der Massenaktionen zu gemeinsamen Beratungen mit Liebknecht und Pieck.³⁵ Im Anschluss an diese Sitzung zog Rosa Luxemburg eine erste kritische Bilanz der drei Tage des Aufstandes. Diese Überlegungen erschienen als Leitartikel in der Mittwochausgabe der Roten Fahne unter dem Titel „Versäumte Pflichten“. Darin schrieb sie: „Seit dem 9. November prallt die revolutionäre Welle periodisch gegen dieselbe Mauer: die Regierung Ebert-Scheidemann. [...] Die Fortentwicklung der Revolution laboriert an dem Grundfehler des 9. November: dass an die Spitze der revolutionären Regierung Leute gestellt worden sind, die bis zur letzten Minute alles getan hatten, was in ihren Kräften lag, um den Ausbruch der Revolution zu verhindern und die sich nach dem Ausbruch an ihre Spitze mit der klaren Absicht gestellt haben, sie bei der nächsten passenden Gelegenheit abzuwürgen. [...] Soll die Revolution weiter ihren Gang gehen, soll sie Etappe für Etappe ihrer Entwicklung durchmachen [...], dann muss die Mauer, die sich ihr entgegenstellte, die Regierung Ebert-Scheidemann hinweggeräumt werden.“ Zugleich betonte sie: „Die Regierung Ebert-Scheidemann hinwegräumen heißt nicht, ins Reichstagspalais stürmen und die paar Leute verjagen oder festnehmen: es heißt vor allem sämtliche tatsächliche Machtpositionen ergreifen und sie auch festhalten und gebrauchen.“ Wenn „die Massen“, so fuhr die Autorin fort, den Vorwärts und das Wolfische Telgraphenbureau besetzten, so wäre es Pflicht der revolutionären Organe der Arbeiterschaft gewesen, diese im Sinne der revolutionären Arbeiterschaft zu nutzen.³⁶

Die von Rosa Luxemburg so vehement kritisierten, am Montagabend aufgenommenen Verhandlungen wurden am Dienstag fortgesetzt. Um 11.00 Uhr trafen sich die

.....
35 Vgl. Luban (wie Anm. 19), S. 10.

36 Die Rote Fahne, Nr. 8 vom 08.01.1919.



Rosa Luxemburg (1870-1919), sozialistische Politikerin und Mitbegründerin der KPD

Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Vertreter beider Seiten. Ebert und andere Zentralratsmitglieder forderten nun die Freilassung der besetzten Gebäude als Vorbedingung für weitere Verhandlungen, die Berliner Unterhändler lehnten dies als Kapitulation ab. Kautsky versuchte einen Vermittlungsvorschlag: Der Zentralrat und der Rat der Volksbeauftragten erklären, „dass sie die Verhandlungen als gescheitert betrachten, wenn sie nicht zur völligen Wiederherstellung der Pressefreiheit führen“. Der Vorschlag wird jedoch von den Ebert-Leuten abgelehnt. Die revolutionären Vertreter machen einen neuen Vorschlag: Herausgabe der besetzten Zeitungen, nach Beendigung der Kämpfe. Auch dieser Vorschlag wird von den Ebert-Leuten abgelehnt. Daraufhin erklären die revolutionären Vertreter: Ihre Vollmachten reichten für die Aufgabe der Zeitungen nicht aus, deshalb sei Vertagung der Verhandlungen nötig. Es wurde vereinbart, die Verhandlungen am Mittwoch, 10.00 Uhr, fortzusetzen.³⁷

.....
37 Vgl. Die Freiheit, Nr. 12 vom 07.01.1919.

Währenddessen gingen die Schießereien in der Stadt unvermindert weiter, sie nahmen sogar im Vergleich zum Vortag an Heftigkeit noch zu – es gab mehr Verwundete und Tote. Zwischen 20.00 und 22.00 Uhr kam es vor dem Potsdamer Platz zu Kämpfen mit Handgranaten und Infanteriegewehren. Die revolutionären Arbeiter und Soldaten wollten den Potsdamer Bahnhof besetzen, um den Einmarsch von Regierungstruppen zu verhindern. Der Angriff wurde jedoch abgeschlagen. Von 23.00 Uhr an spielten sich vor dem Anhalter Bahnhof ähnliche Kämpfe ab. Die Revolutionäre gingen mit Handgranaten und Maschinengewehren vor: es gelang ihnen aber auch hier nicht, den Bahnhof zu besetzen.

Um Mitternacht wollten Regierungstruppen die Druckerei der Roten Fahne stürmen. Sie gingen mit Handgranaten vor und verwendeten geballte Ladungen. Der Angriff konnte aber abgewehrt werden. Die Anhänger des Spartakusbundes hatten sich verschanzt und blieben in dem Gebäude. Der Druck der Mittwochausgabe wurde jedoch durch den Angriff verzögert und es konnte nur ein einseitiges Extrablatt Der Roten Fahne erscheinen.³⁸

Mittwoch, 8. Januar 1919

Die Schießereien dauerten die Nacht lang fort. In den frühen Morgenstunden versuchten Regierungstruppen das Wolff'sche Telegraphenbüro zu stürmen. Sie kamen mit einem Panzerauto und eröffneten das Feuer. Der Angriff wurde zurückgeschlagen. Die Gebäude von Scherl und von Ullstein waren nach wie vor in den Händen der Revolutionäre, ebenso das Vorwärts-Gebäude und der Schlesische Bahnhof. Das Reichstagsgebäude war in eine wahre Festung verwandelt worden. Von jedem Balkon herab richteten sich drei oder vier Maschinengewehrläufe drohend auf die Umgebung. Aus den Fenstern und Türen sah man Gewehrläufe ragen. Das Reichstagsgebäude wurde von schwerbewaffneten Soldatenpatrouillen bewacht, die das Gewehr meist schussbereit trugen. Das Brandenburger Tor wurde durch eine Postenkette gesperrt, die Soldaten und Arbeiter, die hier Wache hielten, waren mit einem Panzer von Handgranaten umgeben. Auf dem Tore wehte eine rote Fahne, die bei den Kämpfen des Vortages von revolutionären Arbeitern und Soldaten aufgefplant wurde. Bis in die Mittagsstunde kam es immer wieder zu Schießereien vor dem Reichstagsgebäude und in dessen Umgebung. Es kam noch zu kleineren Demonstrationen revolutionärer Arbeiter im Tiergarten und im Stadtzent-

.....
38 Vgl. Die Rote Fahne (wie Anm. 31), Nr. 9 vom 09.01.1919.

rum, von einer zentralen Führung der Aufständischen war allerdings wenig zu merken, wie v. Oertzen feststellte.³⁹

Die Verhandlungen, die um 10.00 Uhr wieder aufgenommen werden sollten, konnten wegen der Verkehrsschwierigkeiten zu dieser Stunde nicht beginnen. Um Mittag traten die einzelnen Parteien zu Vorverhandlungen zusammen und vereinbarten, im Reichskanzlerpalais die gemeinsamen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Die Freiheit wertete dies als das einzig Gute in der jetzigen Lage, ansonsten zog das Blatt in seiner Mittwochausgabe unter der Überschrift „Vereinbarung oder Bürgerkrieg“ eine überwiegend negative Bilanz der gestrigen Verhandlungen. Die Regierung sei am Dienstag bedeutend schroffer aufgetreten als am Vortag und die Redaktion hatte den Eindruck, dass die Regierung durchaus nicht alles daran setzen wolle, den Weg der Verhandlungen zu gehen, sondern bereit sei, auch den Weg der gewaltsamen Lösung zu beschreiten. Dabei wäre eine Vereinbarung nach Ansicht der Zeitung durchaus möglich gewesen. „Wäre die Regierung in die Verhandlungen eingetreten, statt Vorbedingungen zu stellen, die Vereinbarung wäre unserer Ueberzeugung nach schon fertig, die Zeitungen wären bereits frei.“⁴⁰

Der Revolutionsausschuss mit seinen 33 Mitgliedern beschloss im Laufe des Tages seine Auflösung und die Bildung eines militärischen Ausschusses mit lediglich sechs Mitgliedern, darunter Liebknecht und Pieck. Am Mittwoch fand ebenfalls eine Sitzung der KPD-Zentrale statt, auf der Jogisches kategorisch den Rücktritt seiner Partei aus dem militärischen Ausschuss und eine öffentliche Kritik an der ganzen Aktion forderte. Rosa Luxemburg schloss sich dieser Forderung an, Liebknecht widersprach. Er bezeichnete einen solchen Rücktritt als ein feiges Zurückweichen vor den Schwierigkeiten und erklärte, sich einem solchen Beschluss niemals fügen zu wollen. Die Auffassung von Jogisches und Luxemburg wurde jedoch von der Mehrheit der Führungsmitglieder geteilt.⁴¹

Auch am Nachmittag kam es noch zu Schießereien, doch trat Scheidemann dem Eindruck entgegen, dass Berlin ein einziges großes Schlachtfeld sei. Der holländischen Firma „Holland Nieuws Büro“ gegenüber erklärte er: „Für das Ausland müssen die Nachrichten aus Berlin verwirrend und vor allem verheerend wirken. Kampfberichte von zahllosen verschiedenen Stellen müssen den Eindruck

.....
39 Vgl. von Oertzen (wie Anm. 23), S. 266.
40 Die Freiheit, Nr. 13 vom 08.01.1919.
41 Vgl. Luban (wie Anm. 19), S. 14.



Spartakisten haben sich hinter einer umgestürzten Litfassäule in der Großen Frankfurter Straße verschanzt.
Abbildung: ullstein bild – Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

machen, als sei Berlin ein einziges großes Schlachtfeld, auf dem sich ein blutiger Krieg abspielt. Sie als Augenzeuge wissen es besser. Sie sehen, wie sich, abgesehen von einigen Punkten und Straßen, das tagtägliche Geschäftsleben ruhig weiter abwickelt. Sie wissen, dass der größte Teil Groß-Berlins von den Vorgängen nahezu unberührt ist.⁴²

Noch im Verlauf des Mittwoch hatte sich die Situation grundlegend verändert: Es wurde bekannt, dass die Verhandlungen gescheitert waren. Die USPD kommentierte dies in einem Beitrag, der dann am Donnerstag in *Der Freiheit* unter dem Titel „Nicht Verständigung – Bürgerkrieg!“ wiedergegeben wurde: „Der vierte Kampf-tag bricht an. Das Schießen nimmt zu, das Tuckern der Maschinengewehre, die Explosion der Handgranaten wird zum gewohnten Geräusch. Die Opfer mehren sich in erschreckender Weise. [...] Ist das notwendig [...]. Nein, es ist nicht notwendig, dass diese Opfer fallen, dass das Schießen fortgeht. Es musste nicht sein, dass die Regierung taub blieb allen Ratschlägen, allen immer nun wiederholten Versuchen der Vermittlung. Der Eindruck, den wir seit Beginn der Verhandlungen hatten, die Regie-

rung wolle keine Verständigung, ist im Laufe des heutigen Tages zur traurigen Gewißheit geworden. Die Regierung will den Weg der Gewalt, sie will die Niederwerfung der revolutionären Arbeiter. Wenn wir gestern noch fragen konnten: Verständigung oder Bruderkrieg?, heute ist es keine Frage mehr: der Bruderkrieg tobt in den Straßen.

Unsere Genossen [...] haben alles versucht, um eine Verständigung zu ermöglichen. Vergebens! Wie gestern, so lehnte heute die Regierung Ebert-Scheidemann auch uns ab, in die sachlichen Verhandlungen einzutreten und fordert von vornherein Unterwerfung. Vergebens schlugen die verhandelnden Genossen vor, alle bürgerlichen Zeitungen vorher zu räumen, vergebens sagten sie auch die Rückgabe des ‚Vorwärts‘ als gewisses Resultat der Verhandlungen zu. Die Regierung blieb bei ihrem starren Nein und der Zentralrat entwürdigte sich zu ihrem willenlosen Werkzeug! [...] Die Verhandlungen sind abgebrochen.⁴³

Stattdessen erschien am Mittwoch ein Aufruf der Reichsregierung an die Bevölkerung Berlins. In ihm hieß es: „Mitbürger! Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie

42 Zit. nach *Die Rote Fahne*, Nr. 10 vom 10.01.1919.

43 *Die Freiheit*, Nr. 15 vom 09.01.1919.



**Einzug der Regierungstruppen in Berlin.
Rast der Truppen auf dem Dönhoffplatz.**

Abbildung: ullstein bild – Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben. [...] Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muss aber gründliche Arbeit getan werden, und die bedarf der Vorbereitung. Habt nur noch kurze Zeit Geduld. Seid zuversichtlich, wie wir es sind, und nehmt Euren Platz entschlossen bei denen, die Euch Freiheit und Ordnung bringen werden. Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. [...] Die Stunde der Abrechnung naht.“⁴⁴

Ferner wurde in der Stadt ein Flugblatt verbreitet, das unterzeichnet war: „Im Einverständnis mit dem Oberkom-

.....

44 Zit. nach: von Oertzen, (wie Anm. 23), S. 267.

mandierenden Noske“, „Die Arbeitsstelle Berliner Studenten“. In ihm wurde zur Meldung bei den Freiwilligen-Verbänden zum bewaffneten Kampf gegen die Aufständigen aufgefordert: Der Aufruf hatte den Wortlaut: „Aufruf an alle wehrfähigen Männer! Regierungstreue Männer Berlins! Bürger! Arbeiter! Nun habt Ihr zur Genüge mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Ohren gehört, wie Liebkechts Massen dabei sind, um uns unser gedemütigtes Vaterland in vollkommenen Verfall zu bringen. [...] Unsere provisorische Regierung hat jetzt eingesehen, dass es nicht möglich ist, die Verblendeten mit Güte zur Ruhe zu bringen. Spartakus ist bewaffnet, und unsere Treuen können bis heute bloß die Fäuste ballen. Jetzt könnt Ihr zu den Waffen greifen, um die heilige Ordnung in Deutschland, namentlich in Berlin, zu schirmen. Vier Verbände nehmen Euch sofort auf [...]“. Es wurden vier Wortstellen genannt: Regiment Reinhard, Moabit; Gardekavalleriedi-

vision, Dahlem; Landesjägerkorps, Zossen; Division Hülsen, Werder; als Anreiz versprochen wurden u. a. mobiles Gehalt, 6 Mark Handgeld pro Kopf und Tag, freie Verpflegung und Unterbringung, Treugeld, Entlassungsgeld, Entschädigungen. Zum Schluss hieß es: „Zaudert nicht! Stellt Euch sofort, wie Ihr es 1914 getan habt. Die Gefahr ist größer als damals. Kommt, soweit wie möglich.“⁴⁵

Die Freiheit nannte diesen Aufruf ein „Dokument der Schande“⁴⁶ und der USPD-Vorsitzende Hugo Haase geriet über diesen Aufruf – insbesondere über den Hinweis auf 1914 – derartig in Rage, dass er in einem Flugblatt die Bildung der Freiwilligen-Verbände anprangerte und zum Widerstand gegen die drohenden Gewalttaten der „Weißen Garde“ aufrief. Das Flugblatt hatte den Wortlaut: „[...] Die Regierung will nicht mit Güte regieren, sie will mit der eisengepanzten Faust den Massen entgegentreten. [...] Dazu soll die Weiße Garde unter dem Patronat Noskes helfen. Und man wagt es, Arbeiter für die konterrevolutionäre Weiße Garde zu werben und gegen einen Judaslohn zu Verrätern ihrer Klasse zu machen. Arbeiter! Ihr werdet diesen Schimpf denen heimzahlen, die so gewissenlos sind, Euch gegen Eure Arbeitsbrüder aufzuhetzen. Die Herren Bourgeois und Rechtssozialisten verlangen von Euch in dem Flugblatt, Ihr sollt so tun, ‚wie Ihr es 1914 getan habt‘. Die Studenten und ihre Hintermänner wollen also den Taumel des August 1914 von neuem entfesseln. Sie haben nicht genug an den Millionen Toter und Verstümmelter. Sie bereiten ein neues Blutbad vor und diesmal nicht gegen den äußeren, sondern gegen den inneren Feind, den klassenbewussten Arbeiter. Über vier Jahre haben sie ihre verderbliche Kriegspolitik getrieben und damit unser Volk bis zum Weißbluten gebracht, unser Wirtschaftsleben zerstört,

Hunger und Not über die Massen verhängt. Jetzt sollen die blutigen Orgien weitergehen. Kein ehrlich denkender Arbeiter wird diesem schändlichen Lockruf folgen. Die Ebert, Scheidemann, Landsberg, Noske haben jede Achtung bei den Massen verloren, auch bei denjenigen, die sich bis jetzt noch nicht entschließen konnten, sich vollständig von ihnen abzuwenden.“⁴⁷

Am Abend tagten die Revolutionären Obleute, um über die veränderte Lage zu beraten. Sie verabschiedeten den Haase-Text als gemeinsamen Aufruf der Berliner Linken und unterzeichneten ihn auch mit der KPD-Zentrale, obwohl Liebknecht und Pieck noch gar nicht anwesend waren. Diese kamen erst am späten Abend von der KPD-Sitzung. In einer mehrstündigen Diskussion war die Stimmung der ursprünglich auf Verhandlungen und friedliche Beilegung des Konflikts orientierten Obleute vollständig umgeschlagen. Eine große Mehrheit entschied sich dafür, erneut zum Generalstreik und zum bewaffneten Kampf aufzurufen. Ein besonders aggressives, von Liebknecht formuliertes Flugblatt wurde zu später Abendstunde verabschiedet. In ihm hieß es: „Es muss gekämpft werden bis aufs Letzte [...]. Zeigt den Schurken eure Macht! Bewaffnet euch! Gebraucht die Waffen gegen eure Todfeinde, die Ebert Scheidemann! [...] Auf zum Kampfe, auf zum vernichtenden Schlag, der zerschmettern muss die blutbesudelten Ebert-Scheidemann!“⁴⁸

Ende Teil 1

Die Fortsetzung der Ereignisse des „Spartakusaufstands“ bis zum 11. Januar 1919 sowie eine historische Einordnung finden Sie im nächsten Heft Einsichten&Perspektiven 1/19. 📌

45 Die Freiheit (wie Anm. 43), Nr. 15 vom 09.01.1919.

46 Ebd.

47 Ebd.

48 Zit. nach: Wette (wie Anm. 11), S. 318.



Impressum

Einsichten und Perspektiven
hg. von der Bayerischen Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit
Verantwortlich: Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs, Philipp Rabl
Redaktionsassistentin: Karina Kunert

Titelabbildung: picture alliance/imageBROKER/Manfred Bail

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar.
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.
Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln.
Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Str. 12, 81925 München, Fax: 089 2186-21 80, landeszentrale@stmuk.bayern.de
www.blz.bayern.de